

DOSSIER:

NSU RECHTSTERROR

DOSSIER:

**NSU EXTREME
RIGHT-WING TERRORISM**

DOSYA:

NSU SAĞ TERÖRÜ

Koordinationsrat der Muslime (KRM)

Coordination Council of Muslims (CRM)

Müslümanlar Koordinasyon Konseyi (KRM)

Dossier über den
NSU Rechtsterror

Koordinationsrat der Muslime (KRM)

im November 2012

Korrespondenzadresse

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
Subbelrather Str. 17 · 50823 Köln

Tel: +49 221 869970

Fax: +49 221 8699791

info@koordinationsrat.de

Der Koordinationsrat der Muslime wurde im März 2007 von den vier großen Dachverbänden DITIB, VIKZ, Islamrat und ZMD gegründet. Er organisiert die Vertretung der Muslime in Deutschland und ist Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft.

Inhalt	1
1. Einleitung	3
2. Reaktionen vor und nach dem Bekanntwerden	4
2.1 Rolle der Verfassungsschutzbehörden.....	5
2.2 Reaktionen vor und nach dem Bekanntwerden.....	9
2.3 Reaktionen des Staates auf den NSU-Skandal.....	14
Gedenkfeier für die NSU-Opfer.....	14
Gedenktafel und Straßenumbenennungen.....	15
Untersuchungsausschuss des Bundestages.....	16
3. Islamfeindlichkeit in Deutschland	19
3.1 „Deutsche Zustände“ - Heitmeyer.....	22
3.2 Die Deutschen und ihre Migranten	
– Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie - Schmidt-Denter.....	25
3.3 Sinus-Milieustudie „Diskriminierung im Alltag“ (2008).....	27
3.4 Studie zur Gefühlslage der türkischen Migranten	
nach den NSU-Morden.....	30
4. Standpunkt des KRM	32
Foredrungskatalog.....	34
Anlage 1: Die Chronik des NSU-Terrors.....	36
Anlage 2: Reaktionen des KRM zur NSU-Mordserie.....	42
Pressemitteilung vom 15.11.2011.....	42
Pressemitteilung vom 23.11.2011.....	44
Pressemitteilung vom 15.01.2012.....	48
Pressemitteilung vom 23.02.2012.....	49
Pressemitteilung vom 28.05.2012.....	51
Quellenverzeichnis:	53
Studien:	55

1. Einleitung

Die Aufdeckung des sogenannten Rechtsterrorismus durch den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) hat deutlich vor Augen geführt, wie es um die Sicherheitslage von Minderheiten im Allgemeinen und der Muslime im Besonderen in Deutschland bestellt ist. Über ein Jahrzehnt lang konnten Rechtsterroristen eine breite Blutspur durch die gesamte Republik ziehen und zehn Menschen kaltblütig erschießen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Der Fall konnte ein Jahr nach Bekanntwerden der Täter weiterhin nicht aufgeklärt werden. Es bleibt unklar, ob staatliche Behörden versagt haben und welche Unterstützer diese Gruppe über ihre Mitglieder hinaus hatten.

Stattdessen hat man frühzeitig die Angehörigen der Opfer im Visier gehabt. Die Möglichkeit, dass die Taten fremdenfeindliche Motive haben könnten, hat man jahrelang nicht in Erwägung gezogen. Über viele Jahre fahndeten Sicherheitsbehörden in vermeintlichen inner-türkischen Mafiakreisen oder nach vermeintlichen Tätern in der Türkei. Begriffe wie „Döner-Morde“ oder „SOKO-Bosporus“ machten in der gesamten Medienlandschaft die Runde und erweckten den Eindruck, als trugen die Opfer eine Mitschuld an ihrer Ermordung.

Die Chronik der NSU-Morde sowie die Reaktionen darauf von Seiten des Koordinationsrates der Muslime (KRM) selbst, des Staates und seiner Sicherheitsdienste sollen in der vorliegenden Analyse zusammengefasst und aus Sicht der im KRM zusammengeschlossenen Religionsgemeinschaften erläutert werden.

Dabei wird nicht nur ein Blick auf die im unmittelbaren mit den NSU-Morden in Zusammenhang stehenden Aspekte geworfen, sondern auch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung anhand von Studien jüngerer Datums betrachtet. Hier wird beispielhaft dargelegt, in welcher Verfassung sich das Bild des Islam bzw. der Muslime innerhalb der Gesamtgesellschaft befindet.

Den Abschluss dieser Analyse bildet ein Forderungskatalog des KRM. Darin sind Erwartungen und Forderungen der KRM-Mitgliedsverbände im Zusammenhang mit dem NSU-Terror formuliert.

2. Reaktionen vor und nach dem Bekanntwerden

Der Umgang sowohl der Politik als auch der Medien mit den Mordfällen, die der NSU nun zugeschrieben werden, hat die Muslime in Deutschland in höchstem Maße verunsichert. Die politischen Akteure wie auch die Medien haben lange Zeit einen fremdenfeindlichen Hintergrund dieser Taten nicht in Erwägung gezogen. Die Art und Weise, wie mit diesen Mordfällen umgegangen wurde, hat das Vertrauen der Muslime in den deutschen Rechtsstaat erschüttert. Um diese wiedererlangen zu können, ist eine Aufklärung dieses Falles von großer Bedeutung. Staatliche Institutionen müssen sich nun die Frage stellen, warum man lange Zeit einen fremdenfeindlichen Hintergrund ausgeblendet hat. Gab es strukturelle Probleme oder auch Probleme personeller Art? Welche Rolle spielten die Verfassungsschutzbehörden in diesem Skandal? Und hat die Politik bisher die richtigen Konsequenzen daraus gezogen? Diese Fragen müssen im Laufe der Aufklärungsarbeiten geklärt werden.

2.1 Rolle der Verfassungsschutzbehörden

Die Rolle des Verfassungsschutzes bei der Überwachung des NSU, insbesondere des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz und seines ehemaligen Präsidenten Helmut Roewer¹, ist Gegenstand der politischen und medialen Debatte. Der Innenminister Thüringens Jörg Geibert zweifelt, ob die Behörden des Landes ab Januar 1998 bei der Verfolgung des Trios Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, in den Medien auch als Zwickauer Terrorzelle bezeichnet, fehlerfrei gearbeitet hätten und kündigte eine Kommission an.² Roewer hingegen vermutet Verbindungen der Terrorzelle zur Jenaer Polizei, die eine Verhaftung bereits im Jahr 1998 verhindert habe.³

Am 13. November 2011 berichtete die Presse, in den Trümmern des in Brand gesetzten Hauses seien sogenannte legale illegale Papiere sichergestellt worden⁴; so werden amtlich-falsche Ausweisdokumente bezeichnet, die von Geheimdienstbehörden zur Tarnung an ihre Mitarbeiter ausgegeben werden. Am 22. November 2011 wurde über dpa jedoch richtiggestellt, dass es sich bei diesen Papieren um einen von einem Unterstützer des NSU auf eigenen Namen ordnungsgemäß beantragten Pass handelt, der dem Meldeamt dabei ein Foto von Uwe Mundlos untergeschoben hat.

Am 18. November 2011 berichtete der MDR, im Jahr 1998 oder 1999 sei das Thüringer Spezialeinsatzkommando (SEK) bereit für einen Zugriff auf die aufgespürten drei Verdächtigen gewesen. Diese seien in Chemnitz von Zielfahndern entdeckt und gemeldet

¹ Christiane Kohl: Neonazi-Anschlagsserie und der Verfassungsschutz: 24 Aktenordner - und nichts fiel auf. In: Süddeutsche Zeitung, 14. November 2011.

² Verfolgung Thüringer Rechtsextremer. Innenminister zweifelt an eigenen Behörden. In: faz.net. 12. November 2011.

³ Rechtsextreme Terrorzelle: Früherer Bundesrichter Schäfer soll Rolle der Behörden klären. Ex-Verfassungsschützer erhebt Vorwürfe gegen Polizei. MDR, 15. November 2011.

⁴ Günther Lachmann, Florian Flade: Rechter Terror: Die mögliche Verbindung der Täter zum Geheimdienst. „Legale illegale Papiere“ sichergestellt. In: Welt Online. 13. November 2011.

worden. Es soll die konkrete Möglichkeit für einen Zugriff auf die Gruppe bestanden haben. Der Einsatz sei kurz vor der Abfahrt des SEK abgebrochen worden, was nach MDR-Angaben zu massiven Beschwerden der beteiligten Beamten bei der Amtsleitung führte. Auch die Zielfahnder seien auf Weisung des LKA wieder zurückgeholt worden. Das Thüringer Landeskriminalamt bestreitet diese Darstellung, der ehemalige Innenminister Richard Dewes verweigert eine Stellungnahme mit der Begründung, als damaliger Amtsträger habe er „rechtliche Regeln“ zu beachten.⁵ Der Spiegel berichtete über mindestens drei V-Leute im Umfeld von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe in den 1990er Jahren.⁶

Eine nach dem Tod der beiden Männer 2011 vom thüringischen Innenminister Jörg Geibert eingeleitete Untersuchung, die vom ehemaligen Bundesrichter Gerhard Schäfer geleitet wird, soll die genauen Umstände der misslungenen Festnahme von 1998 klären.⁷

Mitte Dezember wurde bekannt, dass der Thüringer Verfassungsschutz den Aufenthaltsort der untergetauchten Gruppe zumindest zeitweilig gekannt hat. Das belegt ein Observationsfoto des Trios vom 15. Mai 2000 aus Chemnitz, das in die Akten des Thüringer Landeskriminalamts gelangte und ursprünglich von den Thüringer Verfassungsschützern stammen soll. Helmut Roewer hatte noch im November erklärt, die Fahndung nach den 1998 untergetauchten Rechtsextremisten sei „leider erfolglos“ gewesen.

Außerdem soll der Thüringer Verfassungsschutz laut Bild am Sonntag eine Geldzahlung an das Zwickauer Trio eingeräumt haben. Demnach ließ der Geheimdienst der Terrorzelle über Mittelsmänner mehr als 2000 D-Mark für gefälschte Pässe zukommen. Dies habe ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes am 6. Dezember 2011 vor der geheim tagenden Kontrollkommission des Thüringer Landtags berichtet. Nach Aussagen des Verfassungsschützers wusste seine Behörde aus abgehörten Telefonaten,

⁵ „Zwickauer Trio“: Thüringer SEK kurz vor Zugriff „zurückgepiffen“. MDR, 18. November 2011.

⁶ NSU-Ermittlungen: Verfassungsschutz führte drei V-Leute im Umfeld des Terror-Trios. In: Spiegel Online. 19. November 2011.

⁷ Pannen bei Neonazi-Fahndung: Thüringer Minister attackiert Ermittler. In: Spiegel Online. 16. November 2011.

dass die Neonazi-Gruppe damals dringend Geld für neue Pässe brauchte. Man habe darauf gesetzt, mithilfe der Geldzahlung Hinweise auf den Aufenthaltsort sowie die Tarnnamen der Rechtsterroristen zu erhalten. Der Verfassungsschutz habe im Jahr 2000 dem NPD-Funktionär und V-Mann Tino Brandt das Geld übergeben. Da der Verfassungsschutz die Meldeämter aber nicht eingeweiht hatte, konnten Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt mit den neuen Identitäten unerkant untertauchen. Der Verfassungsschutz bestätigte kurz darauf, dass die Geldübergabe gescheitert sei, da ein Mittelsmann das Geld für sich selbst verwendet habe. Einem Artikel der Berliner Zeitung zufolge, die als Quelle nicht näher genannte Sicherheitskreise aufführte, sabotierten die Thüringer Verfassungsschutzbehörden Ende der 1990er auch Ermittlungsmaßnahmen der Polizei. So habe der Verfassungsschutz seinem V-Mann Tino Brandt Informationen über Observierungen gegeben. Misstrauen und Informationsblockaden zwischen den involvierten Behörden seien so weit fortgeschritten gewesen, dass in mehreren Fällen observierende Polizeibeamte von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes beschattet wurden. Als weitere Indizien für das konkurrierende Agieren von Polizeibehörden und thüringischem Verfassungsschutz nannten Berliner Zeitung sowie Spiegel Online Bestätigungen von Tino Brandt sowie dem Vater von Uwe Mundlos.⁸

Neben dem thüringischen kamen auch weitere Landesämter für Verfassungsschutz in die öffentliche Kritik. So wurden Zweifel an der Rolle eines Beamten des hessischen Verfassungsschutzes laut, der sich zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat direkt am Tatort, einem Internet-Café in Kassel, aufhielt und von dort entfernte, ohne sich als Zeuge zu melden.⁹ Auch niedersächsische Behörden räumten schwere Fehler bei der Observierung des mutmaßlichen Helfers Holger G. ein, der als Mitläufer eingestuft wurde.¹⁰ Aus einer Stellungnahme des bayerischen Innenministers Joachim Herr-

⁸ Thüringer Verfassungsschutz: Pleiten, Flops und Pannen, Spiegel Online, 19. Dezember 2011.

⁹ „Nationalsozialistischer Untergrund“: Verfassungsschützer womöglich in „Döner-Mord“ involviert. In: FAZ. 14. November 2011.

¹⁰ Neonazi-Mordserie: Niedersachsen räumt Panne bei Terrorfahndung ein. In: Süddeutsche Zeitung. 16. November 2011.

mann vom Januar 2012 geht hervor, dass Tino Brandt bereits Anfang der 1990er bis 2002 vom bayerischen Verfassungsschutz überwacht, jedoch nicht kontaktiert wurde. Zudem habe diesbezüglich ein Informationsaustausch zwischen den Landesämtern für Verfassungsschutz Thüringen und Bayern stattgefunden.

Im Dezember 2011 wurde bekannt, dass wichtige Beweismittel, die aus den früheren Ermittlungen gegen die Jenaer Haupttäter Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt stammen, unwiederbringlich verloren sind. Nach Informationen der Frankfurter Rundschau wurden die im Januar 1998 sichergestellten vier Rohrbomben wie auch Abhörbänder von mutmaßlichen Unterstützern des abgetauchten Trios schon Jahre vor dem Auffliegen der Gruppe von Thüringer Ermittlungsbehörden vorschriftsgemäß vernichtet. Das erschwert nach Angaben aus Sicherheitskreisen die Ermittlungen erheblich.¹¹

Die Ergebnisse der Untersuchungen lassen den Schluss zu, dass die Länder bemüht waren, die Bundesanwaltschaft „systematisch aus dem Verfahren herauszuhalten“; die Bundesanwälte konnten nur anhand von Zeitungsartikeln prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Übernahme vorlagen.¹²

¹¹ „Beweismittel gegen Zwickauer Zelle vernichtet“, Frankfurter Rundschau, 23. Dezember 2012.

¹² „Chaos und Streit bei Ermittlungen zu NSU-Morden“, Süddeutsche Zeitung, 05. Mai 2012.

2.2. Reaktionen vor und nach dem Bekanntwerden

Der Umgang sowohl der Politik als auch der Medien mit den Mordfällen, die der NSU nun zugeschrieben werden, hat die Muslime in Deutschland in höchstem Maße verunsichert. Die politischen Akteure wie auch die Medien haben lange Zeit einen fremdenfeindlichen Hintergrund dieser Taten nicht in Erwägung gezogen. Die Art und Weise, wie mit diesen Mordfällen umgegangen wurde, hat das Vertrauen der Muslime in den deutschen Rechtsstaat erschüttert. Um diese wiedererlangen zu können, ist eine Aufklärung dieses Falles von großer Bedeutung. Staatliche Institutionen müssen sich nun die Frage stellen, warum man lange Zeit einen fremdenfeindlichen Hintergrund ausgeblendet hat. Gab es strukturelle Probleme oder auch Probleme personeller Art? Welche Rolle spielten die Verfassungsschutzbehörden in diesem Skandal? Und hat die Politik bisher die richtigen Konsequenzen daraus gezogen? Diese Fragen müssen im Laufe der Aufklärungsarbeiten geklärt werden.

Die Morde an Kleingewerbetreibenden mit Migrationshintergrund waren in den Medien zumeist auf eine angebliche Verstrickung der Opfer in kriminelle Aktivitäten innerhalb der türkischen Gemeinschaft in Deutschland zurückgeführt worden. Jahrelang vermuteten sowohl Journalisten als auch die Ermittler verschiedene Motive, nur keine rechtsextremistischen. Nicht nur das die Polizei zwischen den Morden keine Verbindung sah, sie vermutete schon ganz früh eine Abrechnung im kriminellen Milieu, auch wenn es dafür keine Beweise gab und nur spekuliert wurde. „Das spricht für einen Profi“, zitiert *Die Welt* einen Ermittler und mutmaßt über einen „Auftrag einer aus den Bergen Anatoliens heraus operierenden Bande“, später von einer Istanbuler Handelsfirma, die europaweit in Drogenschmuggel und Menschenhandel verwickelt sei.¹³ Der *Focus* zitiert Soko-Leiter Wolfgang Geier: Die Morde seien „sehr rational, überlegt und planvoll ausgeführt“. Von einem ausländerfeindlichen Hintergrund halte er „überhaupt nichts“. *Bild* nennt „vier heiße Spuren“: „Drogenmafia, organisierte Kriminalität, Schutzgeld, Geldwäsche“. Für die *Frankfurter Rundschau* „liegt der Gedanke an einem fremdenfeindlichen Hintergrund nahe“. Jedoch fehlten Indizien, die auf ein politisches Motiv hinwiesen.¹⁴

¹³ „Eine Bande aus den Bergen Anatoliens“, taz, 21. November 2011.

¹⁴ ebenda

Die Ermittler bekämen „vielleicht einen Tee mit Minze, aber keine Antworten auf ihre Fragen“, schreibt das *Hamburger Abendblatt* über die türkische Community. Auch der *Spiegel* beklagt: „Die schwer durchdringbare Parallelwelt der Türken schützt die Killer.“ In der *Süddeutschen* äußert sich ein bayerischer Oberstaatsanwalt über die türkischen Bekanntenkreise der Opfer: Er habe den Eindruck, „da weiß einer mehr, aber er will es uns nicht sagen“. Soko-Chef Geier sagt der *Süddeutschen*, er habe „angesichts der Mauer des Schweigens“ den Eindruck, dass „die Türken noch nicht in dieser Gesellschaft angekommen sind“.¹⁵

Der *Spiegel* vermutet noch Anfang 2011 hinter den Taten eine „mächtige Allianz zwischen rechtsnationalen Türken, dem türkischen Geheimdienst und Gangstern“. Im August 2011 legt das Magazin nach: Es gäbe einen Zeugen, der die Ermittler zu „einer romantischen Villa nahe des Bodensees führen“ könne. Dort liege die Tatwaffe in einem Tresor. „Alles frei erfunden“, dementiert der Verfassungsschutz. Der *Spiegel* schreibt: „Die Morde, so viel wissen die Ermittler, sind die Rechnung für Schulden aus kriminellen Geschäften oder die Rache an Abtrünnigen.“

Durch die Aufdeckung der rechtsextremistischen Zelle geriet die Bundesrepublik in einen „Schockzustand“, so die Beschreibung des Spiegels.¹⁶ So hatte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich nach dem Doppelanschlag in Norwegen noch im Juli 2011 erklärt, er sehe keine unmittelbare Gefahr für rechtsextremistische Terroranschläge in Deutschland.¹⁷ Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum zeigte sich überrascht, „weil wir bei unseren Ermittlungen in den letzten Jahren nicht feststellen konnten, dass es in der rechtsextremen Szene rechtsterroristische - also festgefügte - Strukturen gab“.¹⁸

Markus Horeld (DIE ZEIT) sieht das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert, weil dieser Skandal für ihn Fragen aufwerfen, die aufgeklärt werden müssen:

„Wie kann man in einem Land, in dem fast alles beobachtet wird, einen Laden betreten, den Besitzer fotografieren, erschießen, wieder fotografieren und sogar noch den Abtransport des Sarges dokumentieren?“

¹⁵ ebenda

¹⁶ Severin Weiland: Zwickauer Zelle: Republik im Schockzustand. In: Spiegel Online. 13. November 2011.

¹⁷ Attentat in Norwegen: Welche Gefahr droht in Deutschland durch radikalisierte Einzeltäter? In: Der Tagesspiegel. 24. Juni 2011.

¹⁸ Terror-Enthüllungen: Thüringen stoppt bundesweite Imagekampagne. Bundesanwaltschaft war „überrascht“. In: Spiegel Online. 17. November 2011, abgerufen am 25. November 2011.

Was ist das für ein Verfassungsschutz, der rechtsradikale V-Leute im Umfeld der Serienmörder bezahlt und nichts erfährt? Oder vielleicht schlimmer: Informationen nicht an die Polizei weitergibt?

Wie kann es drei Menschen gelingen, in Deutschland dreizehn Jahre spurlos zu verschwinden?¹⁹

Wegen Versäumnissen sowie möglicher Verstrickungen von V-Leuten werden grundlegende Reformen im Verfassungsschutz angemahnt.²⁰ Nils Minkmar zitierte in der FAZ den Teroexperten Bruce Riedel mit seiner Quintessenz „Wenn sich jemand über viele Jahre einer intensiven Fahndung entziehen kann, dann genießt er staatlichen Schutz“ und bezeichnete die Arbeit der Geheimdienste im Fall des NSU als „völliges Versagen“. Es wäre Zeit „sie abzuschaffen“, da zehn Menschen noch leben könnten, wenn sie ihre Arbeit getan hätten.²¹

Anders als die Öffentlichkeit haben die Muslime in Deutschland schon länger die Objektivität des Verfassungsschutzes in Zweifel gezogen. Islamische Organisationen, die Moscheegemeinden und orthodox praktizierende Muslime im Lande wurden von den Verfassungsschutzbehörden immer wieder auch als potenzielle „Täter oder Unterstützer“ angesehen. Die andere Möglichkeit, dass Muslime auch Opfer des Terrorismus sind oder werden können, wurde dabei sträflich vernachlässigt. Es gibt längst alle Formen des Terrors gegen Muslime in Deutschland. In dieses Bild passt auch das vergebliche Bemühen islamischer Organisationen, genaue Informationen über die „Zwickauer Liste“ zu erhalten. So erfuhren muslimische Funktionäre erst durch die Presse, dass sie ins Visier der Terroristen geraten sind. Nachdem sich die Polizei über angebliche mangelnde Zusammenarbeit der Muslime in der Terrorbekämpfung beklagt hat, werfen nun muslimische Organisationen der Polizei mangelnde Zusammenarbeit vor. Nur spärlich informieren Behörden die Betroffenen überhaupt über ihren Erkenntnisstand. Inzwischen haben einige muslimische Organisationen Standardbriefe über ihre Nennung auf schwarzen Listen erhalten.

In den Medien werden nun dagegen die Versäumnisse im Kampf gegen die Extreme akribisch aufgelistet. Aber die Muslime in Deutschland haben dabei nicht vergessen, dass die

¹⁹Markus Horeld: Rechtsterrorismus: Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist erschüttert. In: Zeit Online. 14. November 2011.

²⁰Yassin Musharbash: Sicherheitsbehörden in der Kritik: Was die Geheimdienste ändern müssen. In: Spiegel Online. 18. November 2011.

²¹Nils Minkmar: Geheimdienste: Hauptsache, es macht peng! In: FAZ. 20. November 2011

Leitmedien selbst nicht nur den menschenverachtenden Begriff der „Dönermorde“ erfunden, sondern auch die offizielle „Mafiatheorie“ über die Täter (und Opfer) jahrelang klaglos übernommen haben. Nur türkische Medien hatten zuvor über einen rechtsradikalen Hintergrund der Täter spekuliert.

Bei den Muslimen gibt es auch inhaltliche Kritikpunkte an der Arbeit der Sicherheitsbehörden, gerade wenn es um die Beobachtung der Muslime geht. Der bequeme „Lieblingsfeind“ der Behörden in Deutschland war der sogenannte „Islamismus“, der über keinerlei kritische Lobby verfügt. Der unbestimmte Begriff des „Islamismus“ aber, der auch unbescholtene Muslime schnell in den Kontext von Massenmördern setzen kann, erlaubt massive direkte und indirekte Grundrechtseingriffe. Die vorschnelle Gleichsetzung von religiöser Orthodoxie mit moderner Ideologie ist irreführend. Und die teilweise erschreckend oberflächlichen Verfassungsschutzberichte haben das Vertrauen in die Behörden längst untergraben. Zahlreiche „Panikmacher“, Autoren, Journalisten und Berater mit islamkritischem Hintergrund, die den Behörden zuarbeiten, vervollständigen das Bild.

Auch langatmige Ermittlungen gegen muslimische Funktionsträger, die als angebliche „kriminelle Vereinigung“ medienwirksam ins Licht gerückt wurden und die anschließend im Nichts verliefen, haben das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht gerade gestärkt. Eine weitere Folge war: in Teilen der nichtmuslimischen Bevölkerung wuchs so der Eindruck, der Islam sei Teil einer bedrohlichen Gefährdungslage. Die Debatte über dubiose V-Leute, die staatsfeindliche Strukturen mitgestalten, kann nach Ansicht vieler Muslime auch nicht auf die rechte Szene begrenzt werden. Eine Debatte über die Rolle von V-Leuten beim Aufbau feindlicher Linien ist längst überfällig geworden.

Erstaunlich sind auch die Meldungen über VS-Mitarbeiter mit rechter Gesinnung. Zweifellos gibt es im Sicherheitsapparat und in dem Beraterstab der Behörden auch Strömungen, deren Haltung zum Islam nicht etwa objektiv, sondern so subjektiv wie fragwürdig ist. Auch zwischen den Bundesländern, je nach Regierung, gibt es keine einheitliche Einschätzung über die Gesinnung der Muslime. Die Markierung als „Islamist“ bleibt in der Entstehung vage, in der sozialen Wirkung aber fatal. Das Zusammenspiel von Verfassungsschutzberichten und den zumeist in dieser Hinsicht völlig unkritischen Medien stattet die Ämter und ihre Islam-Berater mit einem ungeheuren Machtzuwachs aus. Der Klageweg

gegen falsche oder polemische Berichte dauert so lange, dass der Reputationsverlust der Betroffenen - völlig unabhängig vom Urteil - nicht mehr aufgehalten werden kann.

Die These der Blindheit auf dem rechten Auge - die auch durch die politische Orientierung mancher Funktionsträger in Sachen Sicherheit erklärt werden kann - mag auch die gelegentlich zu beobachtende Hysterie und Unverhältnismäßigkeit, wenn es um Muslime geht, erklären. Möglicherweise liegt hier einer der wesentlichen Schlüssel zur Erklärung der schleichenden Vernachlässigung der rechten Szene und der jetzt klar werdenden dramatischen Folgen.

Im April 2012 erklärte der frühere Bundesinnenminister Otto Schily etwa, dass es eine Fehleinschätzung gewesen sei, als er damals als verantwortlicher Innenminister nach dem Bombenanschlag in Köln einen terroristischen Hintergrund die Aussage tätigte, dass die Tat keinen terroristischen Hintergrund habe:

„Dafür, dass wir der NSU-Terrorgruppe nicht früher auf die Spur gekommen sind, tragen ich und die Länderinnenminister die politische Verantwortung“, sagte Schily dem *Tagespiegel*. Er gab zu, dass es ein Fehler war, am Tag nach dem Bombenanschlag des NSU im Juni 2004 in Köln, geäußert zu haben, ersten Ermittlungen zufolge gebe es keinen terroristischen Hintergrund. „Inzwischen wissen wir, dass das ein schwerwiegender Irrtum war“, sagte Schily. Mit „wir“ ist auch sein damaliger Amtskollege in Nordrhein-Westfalen gemeint, Fritz Behrens (SPD). Er hatte mit Schily die falsche Einschätzung in einer gemeinsamen Erklärung verkündet.“²²

Der *Tagesspiegel* betont, dass diese Fehlprognose der Minister gravierende Folgen gehabt haben könnte auf die Arbeit der Polizei und Staatsanwaltschaft, in dem sie sich bei ihren Ermittlungen eher den Milieus der Ausländerkriminalität widmeten.

Da aus Sicht der Strafverfolger kein politisches Motiv zu erkennen war, wurde die für Terrorverfahren zuständige Bundesanwaltschaft, die einen Prüfvorgang eingeleitet hatte, nicht eingeschaltet.²³

²²„Schily gibt schweren Irrtum zu“, *Tagesspiegel*, 19. April 2012.

²³eibenda

2.3 Reaktionen des Staates auf den NSU-Skandal

Gedenkfeier für die NSU-Opfer

Im Bundestag wurde am 21. November 2011 durch die Abgeordneten eine Schweigeminute abgehalten und nach einer kontroversen Debatte eine einstimmige Erklärung gegen extremistische Gewalt abgegeben. Dabei entschuldigte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert im Namen aller Abgeordneten bei den Angehörigen der Opfer. „Er schäme sich dafür, dass die Sicherheitsbehörden die über Jahre geplanten und ausgeführten Verbrechen weder aufdecken noch verhindern konnten.“²⁴

In der vorangegangenen Debatte rief Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dazu auf, Fremdenfeindlichkeit keinen Raum zu lassen. Er sprach sich für ein Verbot der NPD aus, wenn dies aussichtsreich sei. Das Thema stehe jedoch nicht allein im Mittelpunkt.

In einer zentralen Gedenkfeier im Konzerthaus Berlin am 23. Februar 2012 bat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Angehörigen der Opfer um Verzeihung für die falschen Verdächtigungen. Sie nannte die Morde „eine Schande für unser Land“ und stellte in Bezug auf die Täter die Frage „[...] wer oder was [...] solche extremistischen Täter“ präge. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, kritisierte die Gedenkfeier. Was Politiker anlässlich der Brandanschläge von Mölln und Solingen in den 1990er Jahren gesagt hätten, würde auch heute gelten. Kolat vermisst eine klare Strategie der Bundesregierung gegen den gesellschaftlichen Rassismus.²⁵

²⁴Bundestag bittet Angehörige der Opfer um Verzeihung, Die Zeit vom 22. November 2011.

²⁵Opfer des Rechtsterrors: Merkel bittet Angehörige um Verzeihung, Spiegel vom 23. Februar 2012.

Gedenktafel und Straßenumbenennungen

Sieben Städte, in denen der NSU mordete, wollen mit Gedenktafeln und Straßenumbenennungen an die Opfer gedenken. In den sieben Städten soll jeweils an alle zehn Opfer der rechtsextremistischen Mörder erinnert werden. Auf den geplanten Tafeln soll an die Opfer erinnert und darauf hingewiesen werden, dass den Ermittlungsbehörden der fremdenfeindliche Zusammenhang zwischen den Taten lange Zeit entgangen sei.

Die Inschrift soll lauten: „Neonazistische Verbrecher haben zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet: Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue Heimat fanden, und eine Polizistin. Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder!“

Untersuchungsausschuss des Bundestages

Der Bundestag hat zur Aufklärung der NSU-Morde einen Untersuchungsausschuss gegründet. Seine Aufgabe wird es sein, die Fehler zu ermitteln, die Polizei und Geheimdienste bei der Aufklärung der Mordserie gemacht haben, die von einer dreiköpfigen Nazi-Zelle unbehelligt von den Sicherheitsbehörden begangen werden konnte.

Hauptperson in der ersten Anhörung des Untersuchungsausschusses war Barbara John, die 22 Jahre lang Ausländerbeauftragte des Berliner Senats war und heute dem Berliner Paritätischen Wohlfahrtsverband vorsitzt. Seit dem 20. Dezember ist sie die Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der von den Neonazis ermordeten Menschen, soll ihnen als ihre erste Ansprechpartnerin mit praktischer Hilfe zur Seite stehen. Leicht ist diese Aufgabe nicht, etwa 70 Personen gilt es zu betreuen. Ein Büro hat ihr die Bundesregierung dafür nicht zur Verfügung gestellt, sie nutzt die Räumlichkeiten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Selbst die Telefonkosten, die für ihre Arbeit anfallen, zahlt sie aus eigener Tasche.²⁶

John hält nicht nur Kontakt zu den Angehörigen, sondern auch zu deren Rechtsanwälten, verschiedenen Ministerien, dem Generalbundesanwalt und setzt sich mit Ämtern und Behörden auseinander, die mit ihrer bürokratischen Starrheit die Hinterbliebenen immer wieder zur Verzweiflung bringen. So muss die Ombudsfrau beispielsweise darum kämpfen, dass die 10.000 Euro, die einige aus einem Opferfonds des Justizministeriums erhalten haben, nicht auf andere staatliche Sozialleistungen angerechnet werden. John schildert Fälle, in denen sich die Behörden weigern, Arbeitslosengeld II zu zahlen, bevor nicht die Entschädigung aufgebraucht ist.

²⁶John fordert mehr Hilfe für Angehörige der NSU-Opfer, Die Welt vom 22. Februar 2012.

Auch ein Opfer des vom NSU verübten Nagelbomben-Anschlags in Köln, welches von John betreut wird, muss mit den Behörden kämpfen. Die Behörden verlangen von dem Anschlagsoffer, dessen halber Oberkörper laut John zerfetzt worden sei, sich in psychologische Behandlung zu begeben - dabei sei seine Psyche in Ordnung. Die Zahlungen nach dem Opferentschädigungsgesetz jedoch werden von der zuständigen Stelle sofort eingestellt, sobald er die psychologische Behandlung absetzt.

Doch auch die Arbeit der Polizei kritisierte John deutlich. Es sei wichtig, dass sich der Untersuchungsausschuss die Polizeiarbeit anschau, insbesondere, ob diese auf die Bedürfnisse in einem Einwanderungsland zugeschnitten sei. Jeder, der mit der Polizei zu tun gehabt habe, wisse, dass es dort einen Korpsgeist gebe. Dieser ist der Ombudsfrau zufolge ein Grund dafür, warum Missstände nicht an die Öffentlichkeit kommen. Deshalb regte sie an, eine unabhängige Clearingstelle zu schaffen, an die sich beispielsweise Opfer von fremdenfeindlichen Einstellungen seitens der Polizei wenden könnten.

Hintergrund von Johns Forderungen sind die einhelligen Berichte der Hinterbliebenen zu ihren Erlebnissen mit der Polizei. Bis in alle Verwandtschaftsgrade seien die Familien gleich nach den Taten von den Polizisten bedrängt worden. Die einzige Ermittlungsrichtung der Beamten sei dabei die Ausländerkriminalität gewesen. Dabei hätten einige der Angehörigen den Ermittlern durchaus gesagt, dass auch Rechtsradikale als Täter in Frage kämen, doch dieser Ansatz wurde offenbar konsequent ignoriert. Stattdessen habe die Polizei mit ihrer Arbeit das soziale Umfeld der Angehörigen erschüttert, die entstandenen Schäden bestünden bis heute fort.

Viele Menschen hätten sich von den Hinterbliebenen abgewandt, im Glauben, an den Vorwürfen der Polizei wäre schon etwas dran. Einige Familien hätten irgendwann sogar selbst angefangen, daran zu glauben, dass irgendein Verwandter etwas mit der Tat zu tun hat. Teilweise hätten die Polizisten die Angehörigen mit erfundenen Behauptungen konfrontiert, nur um deren Reaktion zu testen. John ermunterte deshalb den Ausschuss, auch einmal einen Angehörigen zur Polizeiarbeit zu befragen. Auch einen Vorschlag zur

Verbesserung der Ermittlungsarbeit hatte die Ombudsfrau dabei: Künftig solle bei allen Taten, bei denen ein Mensch mit Migrationshintergrund Opfer sei, die Ermittlung in Richtung eines fremdenfeindlichen Hintergrunds zum Standard werden.

Dass es auf der anderen Seite jedoch für Menschen mit Migrationshintergrund nicht leicht ist, selbst eine Anzeige aufzugeben, wenn sie Opfer einer Straftat geworden sind, konnte Christina Büttner von der Mobilen Opferberatungsstelle Ezra in Thüringen berichten. So sei es einem Afrikaner, der in einer Bankfiliale von mehreren Tätern bedroht und anschließend seines vor der Filiale geparkten Fahrrads beraubt wurde, nicht möglich gewesen, bei der örtlichen Polizei eine Anzeige zu erstatten. Der Mann habe dies erst mit Hilfe eines Anwalts erzwingen müssen.

Zudem machten Opfer oft die Erfahrung, dass ihnen die Schuld für den rechtsextremen Übergriff gegeben werde, insbesondere dann, wenn der Polizei bekannt sei, dass sie sich gegen Nazis engagieren und auch entsprechende Demonstrationen besuchen. Rassismus, so Büttner, finde sich nicht nur in rechtsextremen Denkstrukturen, sondern auch in den Behörden wieder, dem müsse sich eine freie Gesellschaft stellen.

Die Untersuchungsausschüsse zum NSU, die mittlerweile im Bund und in den Ländern entstanden sind, können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Ob sie ihrer Arbeit jedoch effektiv nachgehen können, hängt auch davon ab, ob den Parlamentariern die dafür notwendigen Akten schnellstmöglich zugänglich gemacht werden. Hieran wird sich festmachen lassen, wie groß das Aufklärungsinteresse der Politik tatsächlich ist. Die Opfer, so John, erwarteten von dem Untersuchungsausschuss jedenfalls, dass diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass lange Jahre in die falsche Richtung ermittelt wurde, identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden. Doch dass das tatsächlich so passiert, daran mag auch Barbara John nicht glauben. Heute, ein Jahr nach Bekanntwerden der NSU, zeigt sich, dass Johns anfängliche Skepsis nicht unbegründet war.

3. Islamfeindlichkeit in Deutschland

Die KRM-Mitgliedsverbände versuchen schon seit Jahren auf die zunehmende Islamfeindlichkeit in Deutschland aufmerksam zu machen. Zahlreiche Studien und Erhebungen haben in den letzten Jahren diese Einschätzung bestätigt, dass die muslimfeindlichen Stimmungen zunehmen und somit sich auch das Risiko muslimfeindlicher Straftaten erhöht. Obwohl Anschläge auf Moscheen und andere muslimfeindliche Straftaten immer mehr zunehmen, werden diese Straftaten immer noch unter dem Themenfeld „Hasskriminalität“ erfasst und damit dem Bereich „Straftaten mit fremdenfeindlichen Hintergrund“ zugeordnet. DIE LINKE hat im Bundestag schon vor dem NSU-Skandal durch eine kleine Anfrage auf diesen Missstand hingewiesen.²⁷

Wie die Antwort auf diese und auch auf eine neue Anfrage²⁸ der linken Bundestagsfraktion ergab, gibt es im Bereich der politischen Kriminalität keine Kategorie für „Islam-“ oder „Muslimfeindlichkeit“. Beide werden bisher unter „Hasskriminalität“ subsumiert. 2011 habe es nach Angaben des Bundesinnenministeriums (BMI) mehr als 30.000 „politisch motivierte Straftaten“ gegeben. 3,3 Prozent - oder 1.010 - entfielen dabei auf „Ausländerkriminalität“. Mehr als die Hälfte (16.873) wird „Rechtsextremisten“ zugeschrieben. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich zeigte sich besorgt, dass insbesondere die Anzahl von Verbrechen aus „fremdenfeindlichen Motiven“ zugenommen habe.²⁹

²⁷Muslimfeindliche Straftaten in Deutschland, Drucksache 17/4335 vom 22. 12. 2010.

²⁸Angriffe auf Moscheen in Deutschland, Drucksache 17/9523 vom 07.05.2012.

²⁹Massouda Khan: „Moscheen im Brennpunkt?“, in: Islamische Zeitung, 30.05.2012.

Außerdem sei diese rechtsextreme Kriminalität durch eine „innewohnende Brutalität“ gekennzeichnet - mit einer deutlich höheren Quote an Verletzten im Verhältnis zur Menge der Straftaten. „Unter Berücksichtigung der Morde des NSU und der bisherigen Ergebnisse der noch andauernden Überprüfung von Altfällen auf etwaige rechtsextreme Hintergründe sind bislang 60 Todesopfer rechter Gewalt seit dem Jahr 1990 zu verzeichnen“, sagte Friedrich vor Pressevertretern.

Laut Angaben des KRM ist seit 2001 alle zweieinhalb Wochen eine Moschee oder eine andere muslimische Einrichtung in Deutschland angegriffen worden. In vielen Fällen stehen die Ansichten der mutmaßlichen Täter fest - durch Schmierereien, Schweinsköpfe oder anti-muslimische Symbole. Dieser Trend setzt sich unglücklicherweise bis heute fort.

Angesichts der schlechten Aussichten auf Aufklärung solcher Verbrechen ist zu vermuten, dass es eine wesentlich größere Dunkelziffer bei den Attacken gegen Muslime gibt. Denn Islamfeindlichkeit kann nicht einfach unter ‘Fremdenfeindlichkeit’ oder ‘Hassdelikte’ subsumiert werden, sondern muss als eigenständiger Tatbestand von rassistischer Gewalt gewertet werden. Da das bislang noch nicht der Fall ist, kommt es zu den Verzerrungen und der Irrung, dass es muslimfeindliche Straftaten bislang nicht gibt.

Die Zunahme der Übergriffe auf Moscheen beunruhigen die muslimischen Gemeinschaften sehr. Wie die DITIB am 16. Mai 2012 der Presse mitteilte ist seit Anfang dieses Jahres bundesweit die Anzahl der Übergriffe auf Moscheen bedenklich angestiegen. „Auch die Qualität und die Hemmungslosigkeit der Übergriffe entwickeln einen bedenklichen Anstieg: der bisherigen stetig steigenden Anzahl von Hetz- und Hassbriefen, folgen die Ablegung von abgetrennten Schweineköpfen vor Moscheen, Schmierereien von rechten Parolen und Hakenkreuzen an Moscheewänden, Anschläge mit Molotowcocktails sowie gefährliche Brandstiftung“, heißt es in der Pressemitteilung.³⁰

³⁰DITIB-Pressemitteilung vom 16.05.2012: Übergriffe auf Moscheen nehmen zu. <http://ditib.de/detail.php?id=301&lang=de>

Der Umgang der Öffentlichkeit und der Politik mit diesen Fällen macht die Muslime stutzig. Einerseits werden in den Medien über die Übergriffe kaum berichtet. Die öffentliche Anteilnahme hält sich in Grenzen. Aber auch die Reaktionen der Sicherheitsbehörden irritieren viele Muslime: „Bedauernd ist, dass seitens der Sicherheitsbehörden dazu geraten wird, die Übergriffe der Öffentlichkeit gegenüber zu verschweigen, mit der Begründung „Nachahmer zu vermeiden“. So entsteht eine bedenkliche Spirale des Schweigens, die die betroffenen Gemeinden umso mehr zu Opfern macht: Die Angehörigen der Moscheegemeinden sind durch die Taten nicht nur schockiert, sondern ebenfalls infolge der Taten in ihrem Sicherheitsbedürfnis stark beeinträchtigt.“³¹

Der Vorsitzende des DITIB-Landesverbandes Hamburg und DITIB-Nord, sowie Vorstandsmitglied des DITIB-Dachverbandes Dr. Zekeriya Altuğ, der sich öffentlich zu den Anschlägen in Hamburg-Hamm wegen einer Brandstiftung zu Sylvester und zuletzt zum Anschlag in Ahrensburg äußerte, sagt dazu: „Wenn Betroffene, wenn ganze Gemeinden zum Schweigen verdammt werden, dann schaffen wir ein Klima der Kälte und der Angst. Es heißt: WER SCHWEIGT, STIMMT ZU! Deshalb raten wir Betroffenen dazu, sich bei An- und Übergriffen an die Öffentlichkeit zu wenden, um eben diesen Eindruck nicht zu erwecken. Wir ermuntern alle Gemeinden und Moscheen, solche Übergriffe möglichst umgehend publik zu machen. Denn nur so kann eine gemeinsame Ächtung der Taten und ein Bewusstsein für die Bedürfnislage der betroffenen Gemeinden erwachsen.“

³¹ebenda

3.1 „Deutsche Zustände“ - Heitmeyer

Unter der Leitung von Professor Wilhelm Heitmeyer wurde in der über 10 Jahre angelegten Studie „Deutsche Zustände“ des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung immer wieder auf die steigende Fremdenfeindlichkeit oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und den Hang zu rechten und nationalistischen Haltungen hingewiesen. Diese Studie macht eines deutlich: diese Tendenzen sind keineswegs lediglich in radikalen Minderheiten zu finden, sondern sie wachsen aus der Mitte der Gesellschaft heraus.³²

„In den letzten Jahren hat sich dies in der Ablehnung von Einwanderern, aber vor allem in der des Islam und von Muslimen kondensiert. Die Morde der NSU-Bande an deutschen Muslimen haben demonstriert, dass die rechtsextremen und islamfeindlichen Bewegungen hier ein gemeinsames Ziel gefunden haben, das den einst bei den Rechten herrschenden Antisemitismus abgelöst hat. Diese Entwicklungen lassen sich, wie das Institut in anderen Forschungsprojekten eruiert hat, in ganz Europa feststellen.“³³

Professor Heitmeyer spricht in der Studie von einem „entsicherten Jahrzehnt“. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich durch Abwertung und Diskriminierung von Muslimen, Einwanderern oder Behinderten, aber auch von Arbeitslosen, Frauen oder Homosexuellen manifestiert, bereitet für die Sozialwissenschaftler den Boden für die Anwendung von Gewalt, etwa durch Rechtsextremisten dar. Diese agieren nicht am Rande der Gesellschaft, sondern fühlen sich durch menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung legitimiert und befeuert.

³²Florian Rötzer, Die Gesellschaft ist vergiftet, in: telepolis vom 11.12.2011.

³³ebenda

Für Wilhelm Heitmeyer haben während der 10 Jahre langen Studie Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus in Deutschland zugenommen. „Etwa zehn Prozent der Deutschen denken durch und durch rechts“, so resümiert er nach Spiegel Online das Ergebnis der letzten Befragung. Zwischen 2010 und 2011 hätten sowohl die Rechtfertigung von Gewalt als auch die Gewaltbereitschaft bei Rechtspopulisten um 16 Prozent zugenommen. Misstrauen und Feindseligkeit gegenüber Muslimen seien besonders stark angewachsen. Die Hälfte der Deutschen will nicht in eine Gegend ziehen, in der viele Muslime leben. „Die zunehmende Spaltung zersetzt das Miteinander. Die Gesellschaft ist vergiftet“, so Heitmeyer.

Die Studie stellt in puncto Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit folgendes fest:³⁴

a) **Wieder ansteigend: Rassismus** und die **Abwertung von Obdachlosen** sind nach einer bis dato leicht rückläufigen Entwicklung in der deutschen Bevölkerung von 2010 auf 2011 signifikant angestiegen. Bei der **Abwertung von Langzeitarbeitslosen** setzt sich der ansteigende Trend seit 2009 in diesem Jahr signifikant fort. Ein ebenfalls ansteigender Trend lässt sich aktuell bei der **Fremdenfeindlichkeit** und bei der **Abwertung von Behinderten** beobachten, wobei hier das Niveau immer noch niedriger ist als in der jeweiligen Ersterhebung des Vorurteils in 2002 bzw. 2005. Die Ansicht: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ ist in diesem Jahr um fünf Prozentpunkte auf 29,3 gestiegen. Mehr als die Hälfte (52,7 Prozent) der Befragten meint in 2011 „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“ 35,4 Prozent stimmen in 2011 der Aussage zu: „Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden“ und befürworten damit die Ungleichbehandlung und den Ausschluss obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum.

³⁴Heitmeyer, Deutsche Zustände – Das entsicherte Jahrzehnt, Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, 12.12.2011.

b) **Relativ gleichbleibend:** Die Betonung von **Etabliertenvorrechten** hat in diesem Jahr nach einem sprunghaften Anstieg von 2009 auf 2010 wieder signifikant abgenommen und befindet sich aktuell auf einem niedrigeren Niveau als zum ersten Erhebungszeitpunkt. Auch die **Islamfeindlichkeit** ist nach einem signifikanten Anstieg von 2009 auf 2010 wieder deutlich zurückgegangen. In 2011 fühlen sich 30,2 Prozent „...durch die vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. In 2010 waren dies noch 38,9 Prozent. Die Ansicht „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“ teilen aktuell 54 Prozent der Befragten, während 2010 noch 64,7 Prozent diese Auffassung vertraten.³⁵

³⁵Deutsche Zustände: Das entsicherte Jahrzehnt, von Heitmeyer (IKG).

3.2 Die Deutschen und ihre Migranten

- Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie
- Schmidt-Denter

Wie aufgeschlossen sind die Deutschen gegenüber ihren ausländischen Mitbürgern? Eine auf zehn Jahre angelegte Studie des Lehrstuhls für Entwicklungs- und Erziehungspsychologie unter der Leitung von Prof. Dr. Ulrich Schmidt-Denter hat Einstellungen zweier Generationen in Deutschland mit zehn europäischen Nachbarländern verglichen. Über 6.000 Probanden mit und ohne Migrationshintergrund wurden zu ihren fremdenfreundlichen und fremdenfeindlichen Haltungen befragt.

Das Ergebnis der Studie zeigt: Deutsche Jugendliche und ihre Eltern nehmen hinsichtlich der Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit (Xenophobie) und Antisemitismus innerhalb des europäischen Rankings einen unauffälligen mittleren Platz ein. Andererseits sind die Deutschen aber offenbar ausgesprochen fremdenfreundlich. Nach Werten für Fremdenfreundlichkeit (Xenophilie) befragt, belegen die Deutschen europaweit einen unangefochtenen Spitzenplatz. Nirgendwo sonst finden fremdenfreundliche Statements so viel Zustimmung wie in Deutschland. Gleichzeitig sind die Deutschen aber sehr selbstkritisch. Die negative Haltung sich selbst gegenüber lässt sich nach den empirischen Kriterien der Studie sogar als „typisch deutsch“ bezeichnen. Beispielsweise wird der Aussage „Ausländer haben viele positive Eigenschaften, die uns Deutschen fehlen“ sehr viel häufiger zugestimmt als bei den europäischen Nachbarn.

Angesichts der Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund wird in den Medien häufig die Frage nach der Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen, der „Erinnerungskultur“ oder der „Vergangenheitsbewältigung“ gestellt. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass eine Schuld- und Schamgefühle induzierende Erziehung und eine Dekonstruktion sozialer und nationaler Bindungen sich nicht nur auf die Deutschen

ungünstig auswirken. Das ständige Kultivieren negativer deutscher Selbstbeschreibungen wirkt auch auf integrationswillige Zuwanderer verstörend. Maßnahmen, die Deutsche und Migranten zusammenführen, stärken dagegen das Gemeinschaftsgefühl. Das konnten die Wissenschaftler bereits in einer Studie zur Fußballweltmeisterschaft 2006 nachweisen. Sie gehen davon aus, dass sich Gemeinsamkeit nicht nur bei freudigen, sondern auch bei traurigen Ereignissen fördern lässt (etwa im Konsens gegen Gewalt, Extremismus und Terrorismus). Fraglich bleibe dagegen, ob das oft demonstrative Auftreten türkischer Politiker die Entwicklung eines „Wir-Gefühls“ zwischen den Deutschen und ihren Migranten fördert oder ob jene als Repräsentanten einer ausländischen Macht nicht eher Gefühle wechselseitiger Entfremdung verstärken.³⁶

³⁶ Schmidt-Denter, U. (2011). Die Deutschen und ihre Migranten
– Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie. Weinheim: Beltz/Juventa.

3.3 Sinus-Milieustudie „Diskriminierung im Alltag“ (2008)

Die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Auftrag gegebene Sinus-Milieustudie „Diskriminierung im Alltag“³⁷ offenbart dringenden Handlungsbedarf für eine diskriminierungs- und vorurteilsfreie Gesellschaft insbesondere gegenüber Muslimen. Der Studie nach verengt sich die Auseinandersetzung mit Benachteiligungen wegen der Religion oder Weltanschauung jedoch meist sehr schnell auf das überwertige Religions-thema und dabei auf den Islam und dessen Negativimage. Die typischen Assoziationsketten laufen nach folgendem Muster ab:

Religion > Islam > Fundamentalismus > Terror

Das heißt, beim Stichwort „Religion“ denkt man sofort an den „Islam“. Dieser wird spontan mit religiösem „Fundamentalismus“ in Verbindung gebracht. Und von diesem erwartet man in erster Linie Gewalt und „Terror“ – wie man es aus einschlägigen Medienberichten gelernt hat. Die Spielart dieser Engführung in den gehobenen Milieus des Leitsegments und der Mitte ist:

Religion > Islam > rückständig > Unterdrückung der Frau > Zwangsheirat und Ehrenmord

Die Variante in den unterschichtigen Milieus, die die Zusammenhänge oft konkretistisch wahrnehmen und deshalb personalisiert darstellen:

Religion > Moslems > Türken > Ausländer > Bedrohung

Nicht viel anders verläuft die Assoziationskette im traditionellen Segment:

Religion > Moslems > Intoleranz > Hassprediger > Unterwanderung/Zerstörung unserer Kultur

Lediglich in den jungen Milieus gibt es alternative Denk- und Assoziationsmuster:

³⁷ Sinus-Milieustudie „Diskriminierung im Alltag, Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft“ (2009) herausgegeben von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)

*Religion > uncool > Islam >
Mittelalter > unzeitgemäß > Aufklärung nötig
Fanatiker, Spinner > unsympathisch > Distanzierung*

Auch Statements zum Thema Religion sind besorgniserregend. So sind 39 % der Ansicht, dass Muslime intolerant und gewalttätig sind und lediglich 55 % finden es nicht in Ordnung, dass nach jedem Terroranschlag als erstes die Muslime verdächtigt werden. Weniger als die Hälfte der Befragten ist für eine Gleichstellung nichtchristlicher Religionsgemeinschaften (z. B. Juden oder Muslime mit den christlichen Kirchen). 41 % sprechen sich für die Aufhebung des Kopftuchverbots aus und etwa jeder Dritte möchte mehr über fremde Religionen und Glaubensgemeinschaften wissen. Für "Religiöser Eifer passt nicht mehr in unsere heutige Zeit." stimmten 79 % der Befragten und 59 % sind der Ansicht, dass Religionen keinen staatlichen Schutz verdienen, weil Religionen Andersgläubige diskriminieren.

Gleich in mehreren Milieu-Segmenten hält man Diskriminierung, die Anhänger fremder Religionen treffen – Muslime, für gut verständlich, wenn nicht sogar für gerechtfertigt („Muslime würde ich diskriminieren, das Drecksvolk!"). Gleichzeitig wird bestritten, dass in Deutschland Menschen wegen ihrer Religion diskriminiert werden („Ich wüsste niemanden ...“; „In Deutschland herrscht Religionsfreiheit“).

Erklärbar sind solche Widersprüche der Studie nach nur durch die massiven Ängste, von der wachsenden Zahl der Moslems im Land „überrollt“, „überrannt“, „unterwandert“ oder „eingenommen“ zu werden. Vor allem in den Milieus der „Konservativen“ und „Traditionsverwurzelten“ geht man davon aus, dass der Islam nicht „friedfertig“ ist, sondern seine „rückständigen“ Vorstellungen, Normen und Gebote den Einheimischen mit Gewalt aufzwingen will („Da entsteht was, da wird was ausgebrütet, wir wachen erst auf, wenn alles unterwandert ist“). Entsprechende Verschwörungsszenarien werden gelegentlich auch in den anderen Milieus ausgemalt (skurriles Beispiel: „Die Diskriminierung der Frauen in unserem Land ist durch die Moslems eingeschleppt worden“).

Insbesondere weibliche Befragte kommen im Zusammenhang mit dem Thema Reli-

gion oft auf das „Leiden der moslemischen Frauen“ zu sprechen, schwankend zwischen Mitleid und Empörung („Mir tun die türkischen Frauen unendlich leid, die geschlagen werden, zwangsverheiratet werden, Kopftuch tragen müssen“; „Meine türkische Freundin, die von den Eltern geprügelt wird – das ist der Hammer!“).

Die den Anhängern des Islam zugeschriebene vormoderne Lebensform der Frauenverachtung, der Gewalttätigkeit und des Machotums wird scharf kritisiert, was nicht selten in heimliche oder offene Sympathie für drastische Gegenmaßnahmen mündet („Wir leben hier in Deutschland, da kann nicht jeder machen, was er will, da muss Zwang ausgeübt werden“). Unabhängig von der gefühlten Bedrohung durch den Islam lehnt man öffentlich sichtbares religiöses Engagement ab und rückt es in die Nähe von „Fundamentalismus“ und „Fanatismus“. Aufgrund dieser Ergebnisse bestehe, so die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Martina Köppen, u.a. in Bezug auf religiöse Minderheiten „noch Aufklärungsbedarf“.

3.4 Studie zur Gefühlslage der türkischen Migranten nach den NSU-Morden

Das Zentrum für Migrations- und Politikforschung der Hacettepe Universität Ankara hat gemeinsam mit dem in Berlin ansässigen Meinungsforschungsinstitut SEK-POL/Data 4U eine öffentliche Studie durchgeführt, die das Ziel hatte, die Gefühle, Meinungen und Vorstellungen der türkischen Migranten über die seit 2000 ausgeübten rassistischen Angriffe der Neonazi- Bewegung darzustellen³⁸. Die Forschung, die die Überschrift "Rassistische Neonazi- Morde in Deutschland: Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten" hat, wurde unter 1.058 in Deutschland lebenden türkischen Migranten telefonisch durchgeführt. Befragt wurden repräsentativ ausgewählte Personen über 14 Jahre im Zeitraum von 5.12.-15.12.2011.

In der Studie wurde zunächst versucht herauszufinden, wie groß das Interesse der Deutsch-Türken am Thema "Rassistische Neonazi- Morde in Deutschland" ist und wie sie sich über dieses Thema informieren. Es zeigte sich, dass 87% der türkischen Migranten die Ereignisse hautnah verfolgen und ihre Quellen überwiegend türkische Medien sind.

Die in Deutschland lebenden türkischen Migranten nehmen die durch die Neonazis begangenen Morde trotz populistischer Aussagen mit großer Gelassenheit und Reife auf. Sie setzen diese Ereignisse nicht mit der deutschen Gesellschaft in Verbindung und vermeiden somit Anschuldigungen der Deutschen.

Die Mehrheit der türkischen Migranten (78%) bringen die Morde nicht mit der deutschen Gesellschaft als Ganzes, sondern mit einer radikalen Gruppierung in Verbin-

³⁸ Studie: „Rassistische Neonazi-Morde in Deutschland: Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten“ – Data 4U, Hacettepe Universität im Januar 2012

dung. Nur etwa 2% der Befragten sind der Ansicht, dass “die Morde durch die deutsche Gesellschaft begangen wurden” und nur etwa 7% glauben, dass “ein großer Teil der deutschen Gesellschaft” für die Morde mitverantwortlich ist.

Die türkischen Migranten haben das Vertrauen in den deutschen Staat in großem Maße verloren. Die Frage “Wurden Ihrer Meinung nach die Mörder vom deutschen Staat gefördert oder gar beschützt?” wird zu 55% mit “ja” beantwortet. Nur etwa 21% dagegen glaubt dies nicht. Hintergrund des großen Misstrauens der türkischen Migranten gegenüber dem deutschen Staat ist insbesondere die Tatsache, dass die Täter der seit 2000 ausgeübten Morde nicht gefasst wurden und die Nachrichten und Informationen über Beziehungen der Neo-Nazis zu einigen Mitarbeitern des Verfassungsschutzes. Dies hat das Misstrauen gegenüber dem deutschen Staat erheblich gesteigert.

Über zwei Drittel (67%) der türkischen Migranten befürchten weitere rassistisch motivierte Morde in Deutschland und fast 40% haben konkret Angst davor, dass sie selbst oder Freunde und Bekannte Opfer des Neo-Nazi-Terror werden könnten.

Trotz dieser Besorgnis überwiegt bei den türkischen Migranten als generelle Reaktion auf die Mordserie nicht “die Angst” (8%) oder die „Wut“ (12%) sondern mit 74% “die Trauer”.

Annähernd 60% der türkischen Migranten sind der Ansicht, dass die deutschen Politiker die Ereignisse am Liebsten vertuschen und unter den Teppich kehren möchten.

Der Anteil der türkischen Migranten, die daran glauben, dass die deutschen Politiker betroffen sind und versuchen eine Lösung zu finden, liegt bei etwa 35%.

Nur etwa ein Drittel der türkischen Migranten sehen die “Entschuldigung” des Bundestags als Reue und glaubhafte Trauer der deutschen Verantwortlichen. Fast 60% hingegen stimmen dem Statement „Die Deutschen sind wegen der Ereignisse traurig und erklären ihre Trauer glaubhaft.“ nicht zu.

4. Standpunkte des KRM

Mord, Banküberfälle und Anschläge - Deutschland zeigt sich nach den Taten einiger Rechtsterroristen schockiert. Nur langsam liefert die Polizei weitere Ermittlungsergebnisse über die Einzelheiten der Taten. Nicht alle Beweismittel sind bisher in eine logische Rekonstruktion der bis in das Jahr 2007 datierten Ereignisse einzufügen.

Inzwischen beginnt eine intensive Debatte über das Verhältnis des Staates gegenüber dem Rechtsextremismus. Die rechte Szene in Deutschland ist in Teilen auch durch ein Netz staatlich finanzierter V-Leute geprägt und mit Geldmitteln versorgt worden. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechts war zudem jahrelang vom Kampf gegen muslimische Terroristen überlagert. Dabei wurde auch kaum mehr Kritik gegen die Methoden und politischen Sichtweisen der Verfassungsschutzämter laut. Diese Ämter sind an der politischen Stimmung im Lande mit Über- und Untertreibungen beteiligt.

Der Begriff des „Islamismus“ hat zum Beispiel auch tausende unbescholtene, staatstreue Muslime in den Kontext von Verbrechen gestellt und der Bevölkerung eine akute Bedrohungslage für Staat und Gesellschaft suggeriert. Auf dieser Grundlage wiederum konnten rechte „Islamkritiker“ auch bürgerliche Kreise gegen den Islam und gegen die Muslime mobilisieren.

Seit vielen Jahren werden in Deutschland gesetzestreue Muslime und ihre Moscheegemeinden mit dem Label „Islamismus“ etikettiert, überwacht und de facto aus dem öffentlichen Diskurs und der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Es brauchte den Besuch des türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu, der zweifelsohne den wichtigsten Beitrag des Jahres in der Debatte um den Islam in Deutschland leistete. Bei seinem letzten Aufenthalt widersprach Davutoğlu dem deutschen Innenminister Friedrich deutlich. Davutoğlu wies Friedrichs Benutzung der Vokabel „islamistischer

Terror“ zurück. Er wolle mit niemandem reden, der an diesem Begriff festhalte. Genauso wenig wie man von „christlichem Terror“ oder von „deutschem Terror“ sprechen könne, könne man eben auch nicht von „islamistischem Terror“ sprechen. Aus Sicht des KRM beleidigt die von Bundesinnenminister Friedrich verwandte Formulierung, sowie der „Islamismus“-Begriff als Ganzes, die Muslime und stellt sie unter einen nicht zu begründenden Generalverdacht.

„Wenn Begriffe wie Terror und Islam (...) derart miteinander vermengt gebraucht werden, darf es nicht verwundern, wenn die Bevölkerung den ‘Terror’ automatisch mit dem ‘Islam’ assoziiert, wie die Sinus-Milieustudie ‘Diskriminierung im Alltag’ bereits 2009 herausstellte“, hieß es in einer Presseerklärung der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Im Lichte des rechtsextremistischen Terrors hätte spätestens jetzt deutlich werden müssen, wie weit das gehen könne.

Einzelne „Panikmacher“ verfolgen die Strategie, die Muslime insgesamt mit Straftaten und kriminellen Ideologien zu assoziieren. Trotz der angespannten Lage ist es im Verhältnis zwischen Staat und Muslimen wichtig, nicht noch weiteres gegenseitiges Misstrauen zu schüren. Jeder Bürger, ob Muslim oder nicht, ist in unserem modernen Staat auf das Funktionieren der bundesdeutschen Polizeiorgane angewiesen.

Deswegen hilft auch keine polemische Kritik an der Arbeit der Polizei, wohl aber die Forderung nach kriminalistischer Aufklärung der Versäumnisse. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass ein Netzwerk von V-Leuten und einigen, einzelnen Mitgliedern des Sicherheitsapparates eine Art „schützende Hand“ über die Verbrechen gelegt hat.

Die Idee eines planmäßigen Handelns des Staates gegen türkische Mitbürger ist auf der anderen Seite Unsinn. Berechtigt ist aber die Kritik an dem unsensiblen Umgang der Behörden mit den muslimischen Mitbürgern, die auf den „Listen“ der Terrorgruppen auftauchen. Diese Muslime müssen als tatsächlich gefährdet gelten, was bisher weder Polizei noch Medien besonders zu interessieren scheint. Dass potenzielle Opfer mit einem Standardbrief der Behörden abgespeist werden, ist ein Skandal innerhalb des Skandals und schadet dem Ansehen der Bundesrepublik.

Forderungskatalog

Die deutschen Sicherheitsbehörden sind in der Bringschuld, den aufgrund des NSU-Terrors entstandenen Vertrauensverlust seiner Bürger – und muslimischen insbesondere - in die Sicherheitsdienste wiederherzustellen. Ohne dieses Vertrauen ist es nicht möglich, sich sicher zu fühlen und sich als in Deutschland beheimatet zu fühlen. Das Vertrauen kann hergestellt werden, wenn

1. der NSU Sachverhalt lückenlos rekonstruiert wird, hierzu zählen vor allem die Aufklärung
 - a. sämtlicher Straftaten der NSU selbst und aus deren Umfeld,
 - b. der Aktenvernichtungen,
 - c. aller bisher bekannten und unbekanntem Fehler, Pannen und Versagen sämtlicher Behörden bei der Verfolgung bzw. Nichtverfolgung von Spuren im Zusammenhang mit dem NSU Terror,
2. sämtliche personellen Direkt-, Quer und Drittverbindungen aus den Kreisen der Sicherheitsdienste und der Politik zum NSU Umfeld festgestellt werden,
3. nach Abschluss dieser Ermittlungen sämtliche Informationen der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden,
4. im Anschluss dieser Ermittlungen sämtliche Verantwortliche im Staatsdienst und in der Politik personelle Konsequenzen aus ihrem Versagen ziehen,
5. im Anschluss dieser Ermittlungen alle Verantwortlich gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden,
6. der Staat eine nachweisbare Entnazifizierung in Behörden und Ämter mit dem Ziel durchführt, niemanden im Staatsdienst zu erdulden, der sich im rechtsextremen Milieu bewegt,

7. der Bundesinnenminister glaubhaft machen kann, inwiefern die neu besetzten Spitzen des Bundesamtes für Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes mit Ministerialbeamten besetzt wurden, die sog. „Islamismus“-Experten sind und gerade diese Personalentscheidung im Kampf gegen den Rechtsextremismus geeignet sein soll,
8. bisher ungeklärte Anschläge auf Personen, Gebäude und Einrichtungen im Lichte der Erkenntnisse aus dem NSU Skandal neu bewertet werden,
9. Begriffe wie „Islamismus“ und/oder „islamistisch“ aus dem Sicherheitsdiskurs gestrichen werden zugunsten einer Wortwahl, die nicht geeignet ist, den Islam und die Muslime unter Generalverdacht zu stellen,
10. insbesondere Politiker Abstand von Äußerungen und Statements nehmen, die geeignet sind, den Islam und Muslime unter Generalverdacht zu stellen, diese diffamieren oder verunglimpfen, um die steigende Islam- und Muslimfeindlichkeit nicht zu beflügeln, sondern entgegenzuwirken,
11. Islamfeindlichkeit mit ein Hauptthema der Deutschen Islamkonferenz und der Sicherheitspartnerschaft wird,
12. islam- und muslimfeindliche Straftaten in der Kriminalitätsstatistik unter eigener Rubrik erfasst wird und nicht mehr wie bisher als „politisch motivierte Kriminalität“, um das Ausmaß und die Entwicklung dieses Phänomens erfassen und beziffern zu können,
13. der Staat bei diesen Herausforderungen den KRM aktiv und als Partner mit einbezieht,
14. der Staat den Opfern der NSU über die Staatstrauerfeier hinaus jährlich gedenkt, um dem Vergessen entgegenzuwirken,
15. der NSU Terror als ein Folgeproblem des Naziregimes ein Teil des schulischen Geschichtsunterrichts wird.

Anlage 1: Die Chronik des NSU-Terrors

1996 Der „Thüringer Heimatschutz“ (THS) wird gegründet. Einer der Aktivisten wurde beim Verfassungsschutz als V-Mann geführt, er verkaufte dem Staat Informationen aus der Szene. Neben Brandt waren auch das NSU-Trio sowie spätere NPD-Funktionäre beim THS aktiv.

1998: In Jena hebt die Polizei eine Bombenwerkstatt der NSU-Terroristen aus. Aufgrund von „Polizeifehlern“, kann das NSU-Trio fliehen.

1999: Unbekannte Täter beginnen eine Serie von mindestens 14 Banküberfällen in mehreren ostdeutschen Bundesländern. Später werden die Taten der NSU zugeordnet.

Juli 2000: Bei einem Anschlag in Düsseldorf werden zehn Einwanderer aus Osteuropa verletzt. Ein ungeborenes Kind wird getötet. Die Täter bleiben unbekannt. Der Fall wird nach Bekanntwerden der NSU neu aufgerollt.

September 2000: In Nürnberg wird der türkische Blumenhändler Enver Şimşek erschossen.

Januar 2001: In Köln wird eine 19-jährige Deutsch-Iranerin bei einem Anschlag auf das Lebensmittelgeschäft ihrer Eltern schwer verletzt.

Juni 2001: In Nürnberg wird der Fabrikarbeiter und Änderungsschneider Abdurrahim Özüdođru erschossen.

Juni 2001: In Hamburg wird der Obst- und Gemüsehändler Süleyman Taşköprü erschossen.

August 2001: In München wird Habil Kılıç erschossen.

Februar 2004: In Rostock wird der Dönerverkäufer Mehmet Turgut erschossen.

Juni 2004: Bei einem Nagelbombenanschlag in Köln werden 22 Menschen verletzt, fast alles Türken.

Juni 2005: In Nürnberg wird der Dönerladenbesitzer İsmail Yaşar erschossen.

Juni 2005: In München wird der Schlüsseldienst-Mitinhaber Theodoros Boulgarides erschossen.

April 2006: In Dortmund wird der Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık erschossen.

April 2006: In Kassel wird der Internetcafé-Betreiber Halit Yozgat erschossen.

April 2007: In Heilbronn wird eine 22 Jahre alte Polizistin erschossen. Ihr Kollege überlebt schwer verletzt.

November 2011: In Döbeln bei Leipzig wird ein Dönerbuden-Betreiber erschossen. Die Täter können fliehen.

4. November 2011: Nach einem Banküberfall in Eisenach (Thüringen) werden Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil in einem Vorort von Eisenach gefunden. Angeblich erschoss Uwe Mundlos zunächst seinen Komplizen, setzte dann das Wohnmobil in Brand und erschoss sich dann selbst. In Zwickau (Sachsen) geht die Wohnung, in der die beiden mutmaßlichen Bankräuber mit Beate Zschäpe gelebt hatten, in Flammen auf und wird komplett zerstört.

15. November 2011: Es wird bekannt, dass ein Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes während des Mordes in Kassel am Tatort war. Der Mann arbeite inzwischen bei einer Bezirksregierung in Hessen.

18. November 2011: Bund und Länder beschließen den Aufbau einer zentralen Datei für Ermittlungen gegen rechtsextreme Gewalttäter. Außerdem soll ein „Abwehrzentrum Rechts“ gegründet werden. Ein NPD-Verbot ist wieder im Gespräch.

3. Dezember 2011: Möglicherweise war der NSU auch an einer Brandserie im Saarland beteiligt. Medienberichten zufolge wurden zwischen dem 3. September 2006 und 3. September 2011 in Völklingen Häuser, in denen Italiener, Afrikaner, vor allem aber Türken lebten, angezündet. Bei den elf Bränden habe es mindestens 20 Verletzte gegeben, darunter Kinder.

15. Dezember 2011: Die Bundesländer kündigen gemeinsam ein zügiges Verbotsverfahren gegen die NPD an.

18. Dezember 2011: Medien berichten, dass nach dem Abtauchen des Thüringer Neonazi-Trios im Februar 1998 der Verfassungsschutz Thüringen einzelne Fahndungsmaßnahmen der Polizei sabotiert haben soll.

- 31. Dezember 2011:** Medien berichten, dass der Verfassungsschutz der NSU mehrmals auf der Spur war aber untätig blieb.
- 26. Januar 2012:** Alle Bundestagsfraktionen stimmen der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des NSU-Terrors zu.
- 18. Januar 2012:** Die Bundesregierung beschließt den Aufbau einer neuen Datei mit gesammelten Informationen über Rechtsextreme. Darin sollen die Informationen des Verfassungsschutzes, der Polizei und des militärischen Abschirmdienstes zusammengetragen werden.
- 26. Januar 2012:** Thüringen beschließt die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum NSU-Terror.
- 30. Januar 2012:** Erste NSU-Opfer erhalten eine Entschädigung zwischen 5.000 und 10.000 Euro.
- 8. Februar 2012:** Eine Bund-Länder-Kommission soll helfen, die Neonazi-Morde aufzuklären und die Rolle der Verfassungsschützer zu beleuchten. Opposition kritisiert, das Gremium sei überflüssig.
- 12. Februar 2012:** BKA-Chef Ziercke weist den Vorwurf zurück, seine Behörde habe bei Ermittlungen gegen die Rechtsterroristen der NSU Beweise vernichten lassen.
- 23. Februar 2012:** Trauerfeier für die NSU-Opfer in Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel bittet die Angehörigen der Opfer „um Verzeihung“.
- 7. März 2012:** In Sachsen wird mit den Stimmen der SPD, Grünen und der Linkspartei ein NSU-Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht. CDU, FDP und NPD enthalten sich der Stimme.
- 15. Mai 2012:** Gerhard Schäfer legt seinen Bericht zur Arbeit der Sicherheitsbehörden in Thüringen vor. Erst später wird bekannt, dass der Schäfer-Kommission nicht alle Akten vorgelegt wurden.
- 24. Mai 2012:** Der frühere bayerische Innenminister Günther Beckstein weist vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages Kritik zurück. Er könne keine Versäumnisse der Sicherheitsbehörden erkennen.
- 25. Mai 2012:** Der Bundesgerichtshof hebt den Haftbefehl gegen einen mutmaßlichen NSU-Unterstützer auf.

- 29. Mai 2012:** Die Bundesanwaltschaft ordnet die Freilassung von zwei weiteren mutmaßlichen Unterstützern der Neonazi-Zelle NSU an.
- 14. Juni 2012:** Der Bundesgerichtshof hebt im NSU-Verfahren einen weiteren Haftbefehl auf.
- 28. Juni 2012:** Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat bei den Ermittlungen zur NSU-Terrorserie Akten vernichtet, nachdem das Neonazi-Trio aufgefliegen war.
- 2. Juli 2012:** Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, gibt sein Amt vorzeitig ab.
- 5. Juli 2012:** Innenminister Hans-Peter Friedrich sagt in der ARD, er gehe davon aus, dass der Verfassungsschutz keine V-Leute aus dem Umfeld des NSU rekrutiert habe.
- 7. Juli 2012:** Thüringens Verfassungsschutz-Präsident Thomas Sippel gibt wegen der Affäre um die Neonazi-Terrorzelle sein Amt auf.
- 9. Juli 2012:** Thüringens Verfassungsschutz-Präsident Helmut Roewer weist den Verdacht zurück, dass der Geheimdienst V-Leute vor Polizeirazzien gewarnt habe. Später wird bekannt, dass Polizisten Informationen an Neonazis weitergegeben hatten.
- 11. Juli 2012:** Sachsens Verfassungsschutzchef Reinhard Boos tritt ab.
- 14. Juli 2012:** Medienberichten zufolge soll auch der sächsische Verfassungsschutz Akten zur Terrorzelle NSU vernichtet haben. Die Behörde bestreitet.
- 15. Juli 2012:** Acht Monate nach dem Bekanntwerden der NSU tauchen in Thüringen 20 Ordner mit möglichem NSU-Bezug auf.
- 18. Juli 2012:** Das Bundesamt für Verfassungsschutz will den Schwerpunkt seiner Arbeit auch künftig auf die Bekämpfung des „islamistisch motivierten Terrors“ legen.
- 19. Juli 2012:** Es wird bekannt, dass das Bundesinnenministerium, zehn Tage nach dem Auffliegen der NSU, die Vernichtung von Verfassungsschutz-Akten zum Thema Rechtsextremismus angeordnet hat.
- 27. August 2012:** Ex-Verfassungsschutzpräsidenten Heinz Fromm kann im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags nicht erklären, wie sieben Akten

über V-Leute in der rechtsextremen Szene kurz nach Bekanntwerden der Neonazi-Mordserie im November 2011 vernichtet werden konnten.

- 28. August 2012:** Die Innenminister von Bund und Ländern diskutieren über die Reform des Inlandsgeheimdienstes.
- 11. September 2012:** Es wird bekannt, dass der Militärische Abschirmdienst im März 1995 den späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos vernommen hatte, da dieser während seines Wehrdienstes durch rechtsextreme Aktivitäten aufgefallen war. Das Verteidigungsministerium wusste, dass diese Akte vorhanden ist, informierte aber den Untersuchungsausschuss des Bundestags nicht darüber.
- 13. September 2012:** In Sachsen-Anhalt tritt Verfassungsschutzchef Volker Limburg von seinem Amt zurück.
- 13. September 2012:** Es wird bekannt, dass ein mutmaßlicher NSU-Helfer mehr als zehn Jahre lang für das Berliner Landeskriminalamt als V-Mann gearbeitet hat.
- 18. September 2012:** Berlins Innensenator Frank Henkel gesteht vor dem Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses Fehler beim Umgang mit den NSU-Ermittlungen ein.
- 19. September 2012:** Innenminister Friedrich nimmt die neue Neonazi-Verbanddatei in Betrieb. Die Opposition kritisiert, dass diese Datei die NSU-Morde nicht verhindert hätte.
- 20. September 2012:** Medien berichten, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz einen V-Mann bezahlt haben soll.
- 21. September 2012:** In Bayern nimmt mittlerweile der vierte NSU-Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf.
- 24. September 2012:** In Dortmund wird in Erinnerung an NSU-Opfer Mehmet Kuşak ein Gedenkstein eingeweiht.
- 28. September 2012:** Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier sagt vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags aus und weist jedes Fehlverhal-

ten von sich. Ihm wird vorgeworfen, die Ermittlungen zum Kasseler Mordfall verhindert zu haben.

- 1. Oktober 2012:** Zum Gedenken an Halit Yozgat wird in Kassel der Halitplatz eingeweiht.
- 8. Oktober 2012:** Der Thüringer Verfassungsschutz liefert rund 780 Akten mit den Klarnamen von V-Leuten an den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags, was heftig kritisiert wird. Der Schutz von V-Männern gehe vor.
- 10. Oktober 2012:** Laut Medienberichten soll noch bis Ende des Jahres Anklage in der NSU-Sache erhoben werden. Der Prozess soll im März 2013 beginnen.
- 15. Oktober 2012:** Der Sänger einer Neonazi-Band wird wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt. In einem Lied hatte er die Morde des „Döner-Killers“ besungen.
- 17. Oktober 2012:** Laut einem Untersuchungsbericht soll ein Mitarbeiter des baden-württembergischen Verfassungsschutzes Dienstgeheimnisse an den Leiter eines deutschen Ablegers des rassistischen Ku-Klux-Klan (KKK) verraten haben.
- 18. Oktober 2012:** Ex-Verfassungsschützer Fritsche bestreitet im Bundestagsuntersuchungsausschuss Fehler rigoros ab.

Anlage 2: Reaktionen des KRM zur NSU-Mordserie

Pressemitteilung vom 15.11.2011

Der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) ruft zur Aufklärung und Bekämpfung des rechtsradikalen Terrorismus auf

Der Koordinationsrat der Muslime ruft Politik und Justiz auf, rechtsradikalen Rassismus und ihre terroristischen Auswüchse nicht mehr zu bagatellisieren, sondern entschieden zu bekämpfen, damit diesem Terror keine weiteren Menschen aufgrund der ethnischen Herkunft oder religiöser Überzeugung zum Opfer fallen. Der KRM verfolgt mit großer Sorge und Wachsamkeit die aktuellen alarmierenden Erkenntnisse hinsichtlich des rechtsradikalen Terrorismus und seiner Netzwerke in Deutschland.

Die Tatsache, dass seit geraumer Zeit rechtsradikale Terroristen unbehelligt durch Deutschland ziehen können, dabei kaltblütig mehrere Menschen hinrichten, Terroranschläge verüben und bis heute von Sicherheitsbehörden als Terrorzelle unentdeckt operieren können, verunsichert und beängstigt. Es ist sehr bedenklich, dass die Bundes- und Landessicherheitsbehörden diese schreckliche Verbrechen und Morde bisher nicht als rassistische und terroristische Taten erkannt haben. Der KRM befürchtet, dass durch diese folgenreichen Fehlbeurteilungen rechtsradikale, gewaltbereite Extremisten in ihrem Tatendrang ermutigt wurden und weiterhin ermutigt werden könnten.

Unverständlich ist in diesem Zusammenhang auch die Verweigerung im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz (DIK), die Thematik des zunehmenden, gewaltbereiten Rechtsradikalismus auf die Agenda zu setzen, die obwohl bereits zu dem Zeitraum die Feststellung der muslimischen Religionsgemeinschaften einer zunehmenden Radikalisierung in rechten Milieus und den damit verbundenen zunehmenden Anschläge auf Migranten und Moscheen vorlag.

„Die Verunsicherung ist sehr groß, ebenso der Aufklärungsbedarf. Deutschlandweit sind ungeklärte Anschläge auf Einwanderer, aber auch auf ihre Gebetsstätten zu verzeichnen, die nunmehr neu diskutiert werden. Unter diesen Umständen ist die

Stimmungslage zwischen fassungslos, verstört und verängstigt zu verorten. Der Aufklärungsprozess muss den radikalisierten, gewaltbereiten Milieus klar signalisieren, dass dies mit der gebotenen Härte der Rechtsstaatlichkeit geahndet wird und die Sicherheit aller Bürger, in diesen konkreten Fällen der Migranten, immer im Vordergrund steht.“ sagte Alboğa, Sprecher des KRM.

Daher ruft der KRM die Politik und Justiz auf, das rechtsradikale Netzwerk, ihre Auswüchse und den Rassismus nicht mehr zu verharmlosen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit das Morden ein Ende hat und auf Häuser oder Moscheen keine Übergriffe mehr erfolgen.

Pressemitteilung vom 23.11.2011

Offener Brief an den deutschen Staat und die deutsche Öffentlichkeit - Rechtsradikale Gesinnung ist eine Gefahr für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und bedroht unsere Demokratie.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das ungehinderte und unbemerkte Treiben rechtsradikaler Gewalttäter im Unter- und Hintergrund mit seinen zahlreichen Opfern hat uns alle erschüttert. Dieses Ereignis wird neben dem peinlichen Versagen der Sicherheitsapparate als zutiefst einschneidender und schmerzhafter Skandal in die deutsche Geschichte eingehen. Der rechtsradikale Terror hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Staatsapparate erheblich zerstört. Der Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen hat, konnte den hasserfüllten Mord an unschuldigen Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft und Religion nicht verhindern. Verheerender wird diese Tat dadurch, dass sogar von einer möglichen Verstrickung der Sicherheitsapparate und Deckung der Täter die Rede ist. Durch Vorverurteilungen der Ermordeten bei Ermittlungen mit vermeintlicher Nähe zu kriminellen Machenschaften und Ausschluss von rechtsradikalem Hintergrund wurden nicht nur Opfer, sondern auch Ihre Familien zutiefst verletzt und verschmäht. Ein früheres Eingreifen der Sicherheitskräfte hätte zu vielen ungenutzten Gelegenheiten diese Morde verhindern können.

Allen betroffenen Familien der Opfer sprechen wir unser Beileid aus. Sie sollen wissen, dass wir hinter ihnen stehen und uns für die vollständige Aufklärung dieser schrecklichen Taten einsetzen werden. Als Muslime in Deutschland sind wir äußerst besorgt und leben in diesen Tagen in einem bedrückenden und beängstigenden Gefühl der Unsicherheit. Die Existenz einer Art Todesliste, in der auch tausende Namen von muslimischen und türkischen Personen sowie Einrichtungen aufgelistet sind, gibt Anlass zur Sorge. Die Ohnmacht, nicht Bescheid zu wissen, ob der eigene Name oder die Organisation als Zielperson oder Zielobjekt sich auf dieser Liste befindet, macht Angst. Die Wunden von Mölln und Solingen sind durch die Ermordung der Marwa Sherbini im Gerichtssaal, zunehmenden Brandanschläge auf Moscheen und Häuser von Migranten und letztlich durch diese unfassbar kaltblütige Serie an Nazi-Morden von neuem geöffnet.

Wir fragen uns, was nährt diesen rechtsradikalen Extremismus und Terrorismus in unserem Land? Es wurde zu lange weggeschaut. Im Schatten einer imaginären Islamismusgefahr konnte sich der Rechtstextremismus ungehindert entfalten. Der mit guten Absichten eingeführte Deutsche Nationale Integrationsplan und die Deutsche Islamkonferenz, die zum Ziel die Verbesserung des Zusammenlebens haben, konnten leider am verzerrten Bild über die Muslime nichts verändern. Denn zu sehr dominierte die Sicherheitsdebatte diesen Prozess.

Die falsche Integrationspolitik, Problematisierung der Themen im Kontext Türken und Muslime durch die Fokussierung auf Zwangsheirat, Kopftuchverbote oder Islamisierung Deutschlands sowie Verschärfung der Familienzusammenführung bei türkischen Staatsbürgern als beherrschende Themen der öffentlichen Debatten, führten dazu, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung den Islam und die Muslime als Bedrohung wahrnimmt. Auch viele einseitige Berichterstattungen in Medien, die mehr die Probleme der Integration thematisiert haben, als die Erfolge, haben zum negativen Bild des Türken und des Islam im Allgemeinen beigetragen.

Zudem wird auf antimuslimischen Internetforen rechtsradikales Gedankengut, Drohungen, Hass und Volksverhetzung gegenüber Migranten und Muslimen und dem Islam ungehindert unter den Deckmantel der Meinungsfreiheit verbreitet. Menschen, die sich für die Demokratie, Gleichberechtigung und gleiche Teilhabechancen von Minderheiten einsetzen, werden von einigen verächtlich als „Gutmenschen“ diffamiert und diskreditiert, gleichwohl doch das Streben nach dem Guten uns alle in unserem Handeln leiten sollte.“

Auf diesem alltäglich gegenwärtigen Nährboden konnte der Rassismus und Rechtsextremismus gedeihen und rechtsradikale Brandstifter eine Rechtfertigung für ihre Ideologien finden. In den letzten zehn Jahren hat der Rechtsextremismus einen Ausmaß erreicht, das viele für nicht möglich gehalten haben. Ein Terrornetzwerk mit unüberschaubarer Dimension, Verstrickung und Unterstützer hat sich gebildet und möglicherweise auch Sicherheitsapparate unterwandert. Dies bedroht nicht nur Muslime und Migranten, sondern auch unsere Demokratie.

Als Koordinationsrat der Muslime haben wir immer wieder Politik und Gesellschaft auf die Gefahren des Rechtsextremismus aufmerksam gemacht und sind dabei leider allzu oft auf taube Ohren gestoßen. Wir als Muslime und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sehen einen akuten Handlungsbedarf, der über eine reine Aufklärung dieser Mordserie weit hinausgehen muss. Die ethnische und religiöse Vielfalt in unserem Lande ist eine Bereicherung und muss geschützt werden. Zu dieser Vielfalt gehören Menschen mit einer anderen Hautfarbe, einer anderen Religion und einem anderen Lebensstil usw.

Es ist an der Zeit Vielfalt zur Normalität werden zu lassen. Daher appellieren wir an die Bundesregierung und an alle Bürgerinnen und Bürger:

1. Für diese Vielfalt, die für den Aufschwung und Ruf unseres Landes immens wichtig ist, zu werben und eine Atmosphäre der Anerkennungskultur zu schaffen.
 2. Weitverbreitetes rechtsextremistisches Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft entschieden durch wirkungsvolle Maßnahmen zu bekämpfen wie z.B. durch Aufklärung und Weiterbildung von Bürgerinnen und Bürgern.
 3. Alle Verantwortlichen im Staatsapparat, die ihre Pflicht bei der Observierung der rechtsradikalen Terroristen, sei es durch bewusstes Unterschlagen der Beweise, durch Irreführung, Deckung oder Schlamperei verletzt haben, zur Rechenschaft zu ziehen.
 4. Alle Unterstützer der Terroristen und Hintermänner ausfindig zu machen und sie vor Gericht zu stellen sowie ungeklärte Anschläge auf Personen, Häuser (z.B. Ludwigshafen), Moscheen, Friedhöfe im Lichte neuer Erkenntnisse neu zu bewerten.
 5. Gegen die Verbreitung von rechtradikalem Gedankengut in Schulen, öffentlichen Anstalten, Ämtern und Behörden entschieden vorzugehen und Personen mit derartiger Gesinnung die Ämter zu entziehen.
 6. Der Diskriminierung von Muslimen und Menschen mit Migrationshintergrund im Alltag, Arbeitsleben und bei Behörden entschieden entgegenzuwirken.
 7. Islamfeindlichkeit und Bekämpfung des Rechtsextremismus im Kontext Islam und Muslime als Hauptthema sowohl auf die Agenda der Deutschen Islamkonferenz als auch der Sicherheitspartnerschaft zu setzen und präventive Maßnahmen zum Schutz der Muslime und ihrer Einrichtungen zu entwickeln..
 8. Erfassung von islam- und muslimfeindlichen Straftaten durch die Sicherheitsbehörden unter eigener Rubrik und nicht mehr wie bisher als „politisch motivierte Kriminalität“.
- Als Erstunterzeichner schließen sich folgende Vertreter und Organisationen diesem

Appell an. Er wird über die verschiedenen Kommunikationswege auch weiteren Unterzeichnern zur Verfügung gestellt werden (www.koordinationsrat.de).

Erstunterzeichner:

Name oder Organisation

1. Koordinationsrat der Muslime (KRM)
2. DITIB Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
3. VIKZ Verband der Islamischen Kulturzentren
4. ZMD Zentralrat der Muslime in Deutschland
5. Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
6. Verein unabhängiger Industrieller und Unternehmer e.V.
7. Deutschsprachiger Muslimkreis e.V.
8. Türk UNID Türkischer Studentenverein Köln
9. AIB Europäischer Arbeitgeber und Akademiker Verband in NRW
10. NITAB Niederrhein türkischer Akademiker Bund
11. Türkischer Caferiten Union in Europa
12. Köln Malatyallilar Verein
13. UETD Union Europäisch Türkischer Demokraten
14. IGMG Islamische Gemeinschaft Milli Görüs
15. Köln Galatasaraylilar 1997 e.V.
16. Islamische Religionsgemeinschaft Hessen
17. ATIAD Verband türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa e.V.
18. AAIB Alevitisch-islamische- Union-Deutschland e.V.
19. Zentralrat der Marrokaner in Deutschland
20. Islamische Gemeinschaft Jama'at-un Nur Deutschland
21. Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung
22. ABTTF Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
23. BTEU Bund Türkisch Europäischer Unternehmer
24. ABAF Avrupa. Ehli-Beyt. Alevi. Federasyonu.
25. TGB Türkische Gemeinde zu Berlin e.V.
26. Sineb El Masrar, Magazin Gazelle
27. TD-Plattform e.V.
28. IGBD Islamische Gemeinschaft der Bosniaken e.V.

Pressemitteilung vom 15.01.2012

Der Koordinationsrat der Muslime in Deutschland begrüßt die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Neonazi-Terrorserie.

Nach der Enthüllung der kaltblütigen Neonazi-Terrorserie sind viele Fragen nach wie vor unbeantwortet. Für viele Menschen und die Politik stellen sich viele begründete Fragen, wie in Deutschland rechtsradikale Terroristen über zehn Jahre im Untergrund abtauchen und unschuldige Menschen ermorden konnten.

Einer repräsentativen Studie des Zentrums für Migrations- und Politikforschung der Hacettepe-Universität in Ankara zufolge ist das Vertrauen der Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere der türkischstämmigen Menschen, gegenüber dem deutschen Staat drastisch erschüttert. Daraus folgernd hat sich ein Misstrauen gegenüber dessen Sicherheitsbehörden entwickelt. „Für die Türken bedeutet Deutschland eigentlich Ordnung, Organisation und ein sehr gut funktionierender Sicherheitsapparat. Deshalb können viele der Befragten nicht begreifen, dass diese Morde mehr als zehn Jahre lang nicht aufgeklärt wurden“, lautet die Feststellung. Durch das zögerliche und langsame Fortschreiten der Aufklärungsarbeiten verlieren insbesondere die Angehörigen der Opfer den Glauben an den deutschen Rechtsstaat.

„Wir begrüßen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Es ist ein wichtiges Zeichen an die Angehörigen und die Gesellschaft, dass der Bundestag die Hintergründe des Versagens der Ermittlungen aufklärt“, sagt Bekir Alboğa, Sprecher des KRM. Denn zum Wesen des Rechtsstaates gehöre, so Alboğa weiter, der Schutz seiner Bürger und die konsequente Aufklärung von terroristischen Morden. Insbesondere stimmten auch die Rückmeldungen aus den muslimischen Glaubensgemeinschaften bedenklich, dass im Kielwasser dieser Entwicklungen auch die Zahl der Übergriffe und Verunglimpfungen der Moscheen und Ihrer Gemeinden neu zu bewerten ist. Dass in den letzten 2 Jahren einen Höchststand erreicht wurde, der mehr kriminelle Taten als in den 2 Jahrzehnten davor verzeichnet, ist ebenfalls Ausdruck einer zunehmenden Gewaltbereitschaft und Kriminalisierung der rechten Szene.

„Wir hoffen, dass –nicht nur in Hinblick auf die Sicherheitsbedürfnisse der Migranten und Muslime- der Ausschuss zeitnah Ergebnisse liefert und dadurch verloren gegangenes Vertrauen wieder gewonnen wird“, so Alboğa abschließend.

Pressemitteilung vom 23.02.2012

Der Koordinationsrat der Muslime erinnert an die Opfer der Neonazi-Mordserie in der zentralen Gedenkfeier in Berlin

Köln, Donnerstag den 23.02.2012 – Heute wird in einer zentralen Gedenkfeier an die Opfer der Neonazi-Mordserie gedacht.

Anlass dieser Gedenkfeier sind die Opfer der rechtsextremistischen Neonazi-Terrorgruppe NSU. Der NSU konnte über zehn Jahre in Deutschland unbehelligt Menschen mit Migrationshintergrund planmäßig nach neonazistischem Gedankengut ermorden. Bekir Alboğa, Sprecher des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland, betrachtet es als unfassbar, dass heute noch in Deutschland mit neonazistischer und rechtsradikaler Motivation Menschen umgebracht und täglich fast 3, jährlich etwa insgesamt 900 neonazistische Verbrechen und Angriffe auf Migranten, Muslime und ihre Einrichtungen verübt werden.

So wollen wir am heutigen Tag derer Gedenken, die als Opfer dieser Verbrechen ins kollektive Gedächtnis eingehen werden: Enver Şimşek, Abdurrahim Özdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, Ismail Yaşar, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Theodoros Bulgarides und Michele Kiesewetter.

Allen Angehörigen der Opfer möchten wir als KRM erneut unser herzliches Beileid aussprechen.

Bekir Alboğa, Sprecher des KRM, fasst die Ereignisse weiterhin wie folgt zusammen: „Das ungehinderte und unbemerkte Treiben rechtsradikaler Gewalttäter im Unter- und Hintergrund mit seinen zahlreichen Opfern hat uns alle erschüttert. Der rechtsradikale Terror hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Staatsapparate erheblich zerstört. Der Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen hat, konnte den hasserfüllten Mord an unschuldigen Menschen mit einer anderen ethnischen Herkunft und Religion nicht verhindern. Durch Vorverurteilungen der Ermordeten bei Ermittlungen mit vermeintlicher Nähe zu kriminellen Machenschaften und Ausschluss von rechtsradikalem Hintergrund wurden nicht nur die Opfer, sondern auch ihre Familien

zutiefst verletzt und verschmäht. Ein früheres Eingreifen der Sicherheitskräfte bei zu vielen ungenutzten Gelegenheiten hätte diese Morde verhindern können.“

Der Koordinationsrat der Muslime hat diesbezüglich am 23. November 2011 einen offenen Brief an den deutschen Staat und an die deutsche Öffentlichkeit formuliert, der von zahlreichen islamischen Religionsgemeinschaften und vielen anderen Migrantenorganisationen mitunterzeichnet wurde und weiterhin mitgetragen wird.

„Als Koordinationsrat der Muslime haben wir immer wieder Politik und Gesellschaft auf die Gefahren des Rechtstextremismus aufmerksam gemacht und sind dabei leider allzu oft auf taube Ohren gestoßen. Wir als Muslime und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sehen einen akuten Handlungsbedarf, der über eine reine Aufklärung dieser Mordserie weit hinausgehen muss.“ führt Bekir Alboğa weiter aus.

Die Opfer der Neonazi-Terrorgruppe werden nach Mölln und Solingen als Mahnmal in die deutsche Geschichte eingehen und hoffen, dass dies endgültig das letzte Mal sein wird, an Opfer des Rechtsradikalismus zu gedenken. Das erneute und immer wiederkehrende Geschehen dieser Verbrechen zeigt, dass im Grunde die Maßnahmen noch nicht erfolgreich sind, das neonazistische Gedankengut ewig aus dieser Gesellschaft zu verbannen.

„Die Einrichtung einer Untersuchungskommission des Bundesrates und die heutige zentrale Gedenkfeier können als klare Signale der gesamten deutschen Gesellschaft gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gelten. Dennoch sind sie nicht ausreichend, um nachhaltig rechtsradikale Verbrechen zu verhindern. Dem rechtsradikalen Extremismus muss der Nährboden durch eine Anerkennungskultur entzogen werden, um weiterhin unseren Staat und unsere demokratische Rechtsordnung zu bewahren.“, erklärt Alboğa.

„Wir hoffen, dass der neue designierte Bundespräsident, sich für den Zusammenhalt und das Zusammenwachsen in unserer Gesellschaft mit ihrer Vielfalt einsetzt. Förderung der Bürgerrechte, auch der Migranten und der Muslime, und in diesem Rahmen ebenfalls die freie Religionsausübung der Muslime dürfte dabei für ihn wichtig sein. Die ethnische und religiöse Vielfalt in unserem Lande ist ein Gewinn und muss geschützt werden. Dazu gehört auch der Islam.“, sagte Bekir Alboğa abschließend.

Pressemitteilung vom 28.05.2012

Wir wollen, Wir dürfen nicht vergessen, nicht wegsehen und nicht schweigen! Gemeinsam mit der Familie Genc, den Menschen in der Stadt Solingen und in ganz Deutschland gedenken wir in unseren Gemeinden der Opfer des perfiden, hinterhältigen und tragischen Brandanschlags. Wir tragen Trauer und erinnern an den 29. Mai 1993, an dem fünf türkische Mädchen und Frauen jäh ihres Lebens beraubt wurden. Diese schreckliche Erfahrung, die einen traurigen Höhepunkt der rechtsextremen Gewalt in den 90er Jahren darstellt, hat sich dauerhaft ins kollektive Gedächtnis der deutschen Gesellschaft und ihrer Migranten eingebrannt.

Der Solinger Anschlag wurde in einem gesellschaftlichen Klima begangen, in dem Ausländer zunehmend zu einer Gefahr für die Bundesrepublik erklärt wurden. Ängste wurden geschürt, rassistische Ressentiments wurden mit Begriffen der angeblichen „Überfremdung“ und „Staatsnotstand“ unter der leichtsinnigen Losung „Das Boot ist voll“ politik- und gesellschaftsfähig. In diesem Klima der Kälte und Angst, die sich gegen „Ausländer und Asylanten“ richtete, fühlten sich die Rechtsextremen bestärkt und entfalteten einen unheilvollen Aktivismus. Gerade das war verheerend für die weiteren gesellschaftlichen Entwicklungen.

In einer Zeit, in der die Bemühungen um universale Menschenrechte und Freiheiten von Individuen, aber auch Gesellschaften an Bedeutung gewinnen, haben menschenfeindliche Hass- und Gewalttaten keinen Platz. Dennoch besteht einerseits das Bestreben zur nachhaltigen Eindämmung rechtsradikaler und menschenfeindlicher Gesinnungen und andererseits ein proportional dazu ein dauerhaft bestehendes, großes Problem eben damit.

Eine gesamtgesellschaftliche Anleitung, Befähigung und Aufklärung zu einem dauerhaft konstruktivem Menschenbild, das auch die vermeintlich „Fremden“ als natürlichen, gleichberechtigten und wertvollen Teil der Gesellschaft einschließt, ist durch sozialisierende Einrichtungen und Akteure dringend notwendig.

Denn offenbar gibt es begünstigende Zusammenhänge zwischen weitreichenden gesellschaftlichen Strukturen und Vorgängen, stigmatisierenden Diskussionen und negativ

konnotierten soziopolitischen Einbettungen einerseits, und der rechtsextremen, gegen marginalisierte Teile der Gesellschaft gerichtete Gewalt- und Hasstaten andererseits.

Prof. Ali Dere, Vorsitzender des DITIB-Dachverband sagt dazu: „Diese menschenverachtende Tat führt uns größte Zerstörungskraft solcher Taten im persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Leben vor Augen. Diese Tat, der Solinger Anschlag, erinnert uns daran, wie verheerend das Zusammenspiel von gesellschaftlichen, politischen und medialen Diskussionen das Zusammenleben nachhaltig beeinflussen kann; Und wie dadurch Ausbreitung und Agitationsformen rechtsextremer Gesinnungen toleriert und ermöglicht, ja sogar hoffähig werden. Gerade unter diesem Eindruck -auch aktueller Entwicklungen- wollen wir unsere Betroffenheit und Hilflosigkeit überwinden, indem wir dazu anregen, Missstände anzusprechen und mit der Öffentlichkeit zu teilen.

Eine breite gesellschaftliche Diskussion zum Umgang mit solchen Taten ist dringend notwendig, denn das gesellschaftliche Zusammenleben kann nur gelingen, wenn ethische Werte unserer Gesellschaft in den Vordergrund gestellt und gelebt werden. Werte der gegenseitigen Akzeptanz, der Bewusstwerdung füreinander und der gesellschaftlichen Empathie sind gleichermaßen religiöse und demokratische Werte, die durch diese Tat nur umso bedeutsamer werden, wenn man denn aus der Geschichte lernen möchte.

Politik, Medien und Gesellschaft lade ich zu einer Hinwendung und Betonung von Menschen- und Nächstenliebe ein, zur Empathie und Redlichkeit, zur Ausgewogenheit und Fairness gegenüber gesellschaftlich Schwache, Benachteiligte und Ausgegrenzte. Denn jede Gesellschaft, jede Gemeinschaft ist nur so stark, wie seine Schwächsten. Daran werden wir uns immer messen lassen müssen.

Daran mahnt und erinnert uns das nicht nur das sinnlose Sterben der fünf Mitglieder der Familie Genc. Die Opfer des Solinger Brandanschlages wollen wir in unsere Gebete einschließen und den betroffenen Familien Kraft und Gottes Beistand wünschen.“

Vorstand

DITIB-Dachverband

Quellenverzeichnis:

- Christiane Kohl: Neonazi-Anschlagsserie und der Verfassungsschutz: 24 Aktenordner - und nichts fiel auf. In: Süddeutsche Zeitung, 14. November 2011.
- Verfolgung Thüringer Rechtsextremer. Innenminister zweifelt an eigenen Behörden. In: faz.net. 12. November 2011.
- Rechtsextreme Terrorzelle: Früherer Bundesrichter Schäfer soll Rolle der Behörden klären. Ex-Verfassungsschützer erhebt Vorwürfe gegen Polizei. MDR, 15. November 2011.
- Günther Lachmann, Florian Flade: Rechter Terror: Die mögliche Verbindung der Täter zum Geheimdienst. «Legale illegale Papiere» sichergestellt. In: Welt Online. 13. November 2011.
- «Zwickauer Trio»: Thüringer SEK kurz vor Zugriff «zurückgepiffen». MDR, 18. November 2011.
- NSU-Ermittlungen: Verfassungsschutz führte drei V-Leute im Umfeld des Terror-Trios. In: Spiegel Online. 19. November 2011.
- Pannen bei Neonazi-Fahndung: Thüringer Minister attackiert Ermittler. In: Spiegel Online. 16. November 2011.
- Thüringer Verfassungsschutz: Pleiten, Flops und Pannen, Spiegel Online, 19. Dezember 2011.
- „Nationalsozialistischer Untergrund“: Verfassungsschützer womöglich in „Döner-Mord“ involviert. In: FAZ. 14. November 2011.
- Neonazi-Mordserie: Niedersachsen räumt Panne bei Terrorfahndung ein. In: Süddeutsche Zeitung. 16. November 2011.
- „Beweismittel gegen Zwickauer Zelle vernichtet“, Frankfurter Rundschau, 23. Dezember 2012.
- „Chaos und Streit bei Ermittlungen zu NSU-Morden“, Süddeutsche Zeitung, 05. Mai 2012.
- «Eine Bande aus den Bergen Anatoliens», taz, 21. November 2011.
- Severin Weiland: Zwickauer Zelle: Republik im Schockzustand. In: Spiegel Online. 13. November 2011.
- Attentat in Norwegen: Welche Gefahr droht in Deutschland durch radikalisierte Einzeltäter? In: Der Tagesspiegel. 24. Juni 2011.
- Terror-Enthüllungen: Thüringen stoppt bundesweite Imagekampagne. Bundesanwaltschaft war «überrascht». In: Spiegel Online. 17. November 2011, abgerufen am 25. November 2011.

- Markus Horeld: Rechtsterrorismus: Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist erschüttert. In: Zeit Online. 14. November 2011.
- Yassin Musharbash: Sicherheitsbehörden in der Kritik: Was die Geheimdienste ändern müssen. In: Spiegel Online. 18. November 2011.
- Nils Minkmar: Geheimdienste: Hauptsache, es macht peng! In: FAZ. 20. November 2011
- „Schily gibt schweren Irrtum zu“, Tagesspiegel, 19. April 2012.
- Gedenken an die Opfer rechter Gewalt, Die Zeit vom 13. November 2011.
- Bundestag bittet Angehörige der Opfer um Verzeihung, Die Zeit vom 22. November 2011.
- Opfer des Rechtsterrors: Merkel bittet Angehörige um Verzeihung, Spiegel vom 23. Februar 2012.
- John fordert mehr Hilfe für Angehörige der NSU-Opfer, Die Welt vom 22. Februar 2012.

Studien

- Deutsche Zustände: Das entsicherte Jahrzehnt, von Heitmeyer (IKG).
- Schmidt-Denter, U. (2011). Die Deutschen und ihre Migranten – Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie. Weinheim: Beltz/Juventa.
- Sinus-Milieustudie „Diskriminierung im Alltag, Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft“ (2009) herausgegeben von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)
- Studie: „Rassistische Neonazi-Morde in Deutschland: Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten“ – Data 4U, Hacettepe Universität im Januar 2012

Dossier

NSU Extreme Right-wing Terrorism

**Koordinationsrat der Muslime (KRM)
(Coordination Council of Muslims) (CRM)**

In November 2012

Postal address

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
Subbelrather Str. 17 · 50823 Köln

Tel: +49 221 869970

Fax: +49 221 8699791

E-mail: info@koordinationsrat.de

The Koordinationsrat der Muslime (Coordination Council of Muslims) was founded in March 2007 by the four large umbrella associations DITIB, VIKZ, Islamrat (Islamic Council) and the ZMD (Central Council of Muslims in Germany). It organises the representation of Muslims in Germany and is the contact body for politics and society.

1. Introduction	2
2. Reactions before and after revelation.	3
2.1 Role of Constitution Agencies.....	4
2.2 Media opinion prior to uncovering the NSU.....	8
2.3 Government reaction to the NSU scandal.....	13
Commemoration of the NSU victims:.....	13
Plaques and the renaming of streets:.....	14
Parliamentary investigative committee.....	15
3. Islamophobia in Germany	18
3.1 “German Conditions” - Heitmeyer.....	21
3.2 The Germans and their migrants – results from the European Identity Study - Schmidt-Denter.....	24
3.3 Sinus Milieu study “Discrimination in Every Day Life” (2008).....	26
3.4 Study of the Turkish migrant state of mind after the NSU murders.....	29
4. Position of the KRM (CRM)	31
List of demands.....	33
Appendix 1: Chronicle of the NSU Terror.....	35
Appendix 2: Reaction of the KRM (CRM) to the NSU murder series.....	41
Press release of 15/11/2011.....	41
Press release of 23/11/2011.....	43
Press release of 15/01/2012.....	47
Press release of 23/02/2012.....	48
Press release of 28/05/2012.....	50
Bibliography:	52
Studies:	53

1. Introduction

The revelation of so called right-wing terrorism committed by the *Nationalsozialistischen Untergrund* (National Socialist Underground or NSU) has made us acutely aware of the security issues facing minorities and, in particular, Muslims in Germany. For over a decade extreme right-wing terrorists were able to leave a trail of blood through Germany, which involved the cold-blooded murder of 10 people, without being brought to justice. A year after the revelation of the perpetrators the case has still not been resolved. It remains unclear whether state authorities failed and what supporters this group had beyond their members.

Instead investigator attention was focused on the relatives of the victims early on. For years xenophobia was not considered a possible motive of the crimes. Security authorities spent years searching for the perpetrators amongst the alleged Turkish mafia circles or in Turkey itself. Terms such as “Döner-Morde” (“kebab murders”) or “Task Force Bosphorus” gained currency in the media and gave the impression that the victims were somehow complicit with their murderers.

The *Koordinationsrat der Muslime* (KRM) (Coordination Council of Muslims or CRM) has summarised the history of the NSU murders and the reactions to these crimes as well as the role of the government and its security services in the present analysis from the point of view of religious communities encompassed within the KRM (CRM).

At the same time the present dossier does not only consider the aspects immediately connected with the NSU murders, but also reflects the entire social development using recent studies, for example the image of Islam or the Muslims in society as a whole. The conclusion of this analysis presents a catalogue of demands by the KRM (CRM). Within this expectations and demands of the KRM (CRM) member associations in connection with the NSU terror are formulated.

2. Reactions before and after revelation.

The way politicians and the media handled the murder cases attributed to the NSU has greatly unsettled Muslims in Germany. Political actors and the media failed to consider a xenophobic background of these crimes over a long period of time. Muslim confidence in the German constitutional state has been shattered due to the manner and method, in which these murder cases were handled. An investigation of this issue is vital in recovering this trust. Government institutions must question why a xenophobic background was dismissed for such a long time. Were structural problems or personnel problems to blame? What role did the intelligence services play in this scandal? And did policy makers draw the necessary conclusions? These questions must be answered in the course of the investigation.

2.1 Role of the Office for the Protection of the Constitution

The political and media debates revolve around the role of the Federal Office for the Protection of the Constitution in monitoring the NSU, in particular the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution and its former president Helmut Roewer¹. The Interior Minister of Thuringia Jörg Geibert doubts whether the authorities of the region worked flawlessly from January 1998 in pursuing the trio Beate Zschäpe, Uwe Mundlos and Uwe Böhnhardt, who were also termed as the “Zwickau terrorist cell” in the media, and set up a commission.² On the other hand Roewer suspects a connection between the terrorist cell and the Jena police who had previously prevented an arrest in 1998.³

On 13th November 2011 the press reported that so-called “legal illegal documents” were secured in the rubble of the house destroyed by fire.⁴ This term denotes officially fraudulent ID documents, which are issued by the intelligence authorities to conceal their colleagues. However, on 22nd November 2011 the German press agency dpa correctly stated that the passport concerned had been applied for in the correct manner by an NSU supporter in their own name. At the same time they submitted a photo of Uwe Mundlos to the registration office.

On 18th November 2011 the public television station MDR reported that the Thuringia

¹ Christiane Kohl: Neonazi-Anschlagsserie und der Verfassungsschutz: 24 Aktenordner - und nichts fiel auf. In: Süddeutsche Zeitung, 14th November 2011.

² Verfolgung Thüringer Rechtsextremer. Innenminister zweifelt an eigenen Behörden. In: faz.net. 12th November 2011.

³ Extreme right-wing terrorist cells: previous federal judge Schäfer should explain the role of the authorities. Ex constitutional protector raises allegation against the police. MDR, 15th November 2011.

⁴ Günther Lachmann, Florian Flade: Rechter Terror: Die mögliche Verbindung der Täter zum Geheimdienst. „Legale illegale Papiere“ sichergestellt. In: Welt Online. 13th November 2011.

Special Weapons and Tactics squad was on standby to seize the three suspects tracked down in 1998 or 1999. Police investigators found and reported the three suspects in Chemnitz by. It should have been possible to seize the group. According to MDR details the operation was stopped shortly before deployment of the SEK leading to a barrage of complaints to police headquarters filed by participating officials. Even the police investigators were recalled on instruction of the LKA. The Thuringian State Office of Criminal Investigation disputes this version, the former interior minister Richard Dewes refuses to comment maintaining that he had to adhere to “legal regulations” as the then office holder.⁵ The Spiegel reports of at least three confidential informants in connection with Mundlos, Böhnhardt and Zschäpe during the 90s.⁶

An investigation instigated after the death of both men in 2011 by Thuringia’s Interior Minister Jörg Geibert and conducted by the previous federal judge Gerhard Schäfer, should explain the exact circumstances of the failed arrests of 1998.⁷

In the middle of December the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution knew at least temporarily of the whereabouts of the group which had gone underground. A surveillance photo of the trio from 15th May 2000 in Chemnitz provided confirmation, which ended up in the files of the Thuringian Office of Criminal Investigation. The photograph supposedly originated from the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution. In November Helmut Roewer announced that the manhunt for the right-wing extremists in hiding had unfortunately been “unsuccessful”.

In addition according to *Bild am Sonntag* the Thuringian State Office for the Protec-

⁵ “Zwickauer Trio“: Thüringer SEK kurz vor Zugriff „zurückgepiffen“. MDR, 18th November 2011.

⁶ NSU-Ermittlungen: Verfassungsschutz führte drei V-Leute im Umfeld des Terror-Trios. In: Spiegel Online. 19th November 2011.

⁷ Pannen bei Neonazi-Fahndung: Thüringer Minister attackiert Ermittler. In: Spiegel Online. 16th November 2011.

tion of the Constitution had made a payment to the trio from Zwickau. Afterwards the intelligence service sent DM 2000.00 to the terrorist cells for false passports via middle men. This was reported on 6th December 2011 by an employee of the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution before a secret meeting of the Thuringian state parliament control commission. According to statements of the State Office for the Protection of the Constitution its authorities knew that the neo-Nazi group urgently needed money at that time for new passports from tapped telephone calls. The cash payment led to the receiving of instructions about the whereabouts as well as the code names of the extreme right-wing terrorists. In 2000 the State Office for the Protection of the Constitution delivered the money to the NPD functionary and confidential informant Tino Brandt. However, since the State Office for the Protection of the Constitution did not inform the registration offices Zschäpe, Mundlos and Böhnhardt were able to go underground and remain undetected with their new identities. Shortly afterwards the State Office for the Protection of the Constitution confirmed that the delivery of the money had failed, because a middle man had used the money for himself. According to a subsequent article in the *Berliner Zeitung*, which loosely named “security sources” as their source, the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution had also sabotaged the police investigation at the end of the 1990s. According to the newspaper the State Office for the Protection of the Constitution had given its confidential informant Tino Brandt surveillance information, which had been collected about him. Distrust and information blockades between the authorities involved were so extensive that in several cases surveillance officers were surveillance by officers of the State Office for the Protection of the Constitution. The *Berliner Zeitung* and *Spiegel Online* referred to statements made by Tino Brandt Uwe Mundlos’ father as further evidence of the competitive strategies of the police and the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution.⁸

⁸Thüringer Verfassungsschutz: Pleiten, Flops und Pannen, Spiegel Online, 19th Dezember 2011.

Other state constitutional protection agencies were also publically criticised together with the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution. According to allegations an official of the State Office for the Protection of the Constitution in Hessen, who was present at the crime scene, left the crime scene without reporting himself as a witness.⁹ Also authorities in Lower Saxony acknowledged substantial errors in the surveillance of the alleged backer Holger G. who was later categorised as an accomplice.¹⁰ A statement of the Bavarian Interior Minister Joachim Herrmann of January 2012 indicates that Tino Brandt had already been the subject of surveillance between the early 1990s to 2002 by the Bavarian State Office for the Protection of the Constitution however, had not been contacted. In addition, the Thuringian and Bavarian State Constitution Agencies had shared information concerning that matter.

In December 2011 it became known that important evidence, collected from the earlier investigations of the main Jena perpetrators Zschäpe, Mundlos and Böhnhardt, had been irretrievably lost. According to the *Frankfurter Rundschau* the four pipe bombs seized in January 1998 and surveillance tapes of suspected supporters of the missing trio had been correctly destroyed years before the investigating authorities in Thuringia flushed out the group. According to information from security sources this significantly hampers the investigations.¹¹

The results of the investigations suggest that the federal states were anxious to “systematically keep the Federal Attorney General on the side-lines of the proceedings”; the Federal Public Prosecutors had to rely on newspaper articles to determine whether there was enough evidence to take over the case.¹²

⁹ „Nationalsozialistischer Untergrund“: Verfassungsschützer womöglich in „Döner-Mord“ involviert. In: FAZ. 14th November 2011.

¹⁰ Neonazi-Mordserie: Niedersachsen räumt Panne bei Terrorfahndung ein. In: Süddeutsche Zeitung. 16th November 2011.

¹¹ „Beweismittel gegen Zwickauer Zelle vernichtet“, Frankfurter Rundschau, 23th December 2012.

¹² „Chaos und Streit bei Ermittlungen zu NSU-Morden“, Süddeutsche Zeitung, 5th May 2012.

2.2 Media opinion prior to uncovering the NSU

The media saw the victims' own criminal activities within Germany's Turkish community as the cause of the murders of small-scale entrepreneurs with migrant backgrounds. For years journalists as well as investigators looked into a range of different motives, yet ignored motives involving the extreme right wing. Not only did the police see no connection between the murders, as they had already linked the murders to the criminal milieu early on, even though there was evidence and this assumption was based on mere speculation. „This points to a professional“, *Die Welt* quotes an investigator as saying and suspects a „contract killing from one of the gangs operating from the mountains of Anatolia „, later traced back to a trading company in Istanbul, which is involved in drug smuggling and human trafficking all over Europe.¹³ *Focus* quotes task force director Wolfgang Geier: The murders were „carried out in a very rational, methodical and planned manner“. He sees „absolutely no sign“ of xenophobic motives. *Bild* specifies „four hot leads“: „Drugs mafia, organised crime, protection money, money laundering“. According to the *Frankfurter Rundschau* „xenophobic motives suggest themselves „. However, there are no indicators of a political motive.¹⁴

The investigators may have „got tea with mint but no answers to their questions“, the *Hamburger Abendblatt* writes of the Turkish community. Even *Der Spiegel* complains: „The impenetrable parallel world of the Turks protects the killers.“ A Bavarian senior prosecutor talks about the Turkish acquaintances of the victims: he had the impression that „someone knows more, but isn't talking“. Task force head Mr Geier tells the *Süddeutschen*, „in light of the wall of silence „, he has the impression that „the Turks have still not arrived in this society „,¹⁵

¹³„Eine Bande aus den Bergen Anatoliens“, taz, 21st November 2011.

¹⁴ibidem

¹⁵ibidem

At the start of 2011 *Der Spiegel* still suspected a “powerful alliance between right-wing nationalist Turks, the Turkish secret service and gangsters” were behind the crimes. In August 2011 the magazine went even further down this line: it specified a witness, who could lead the investigator “to a romantic villa near the Bodensee“. The weapon used in the crime lay in safe there. The Federal Office for the Protection of the Constitution denies this: „It is complete and total fiction“. *Der Spiegel* writes: „The murders, as much the investigators know, are the settling of a score for debts from criminal businesses or revenge for disloyalty.“

Der Spiegel describes how the Federal Republic found itself in a “state of shock” after the discovery of the extreme right-wing cell.¹⁶ Even after the twin attacks in Norway in July 2011 the Federal Interior Minister Hans-Peter Friedrich explained he saw no immediate danger of extreme right-wing terrorist attacks in Germany.¹⁷ Federal Prosecutor General Rainer Griesbaum seemed surprised “since we could not establish any terrorist structures within the extreme right-wing scene with our investigations over recent years“.¹⁸

Markus Horeld (*DIE ZEIT*) thinks confidence in the constitutional state has been shattered since this scandal throws up questions which must be answered:

„In a country where nearly everything is monitored how is it possible to enter a shop, photograph the owner, shoot him, photograph him again and even record the removal of the coffin?

What good is a Office for the Protection of the Constitution that pays right-wing extremist informants connected with the serial killers yet learns nothing? Or perhaps even worse: does not share this information with the police?

¹⁶Severin Weiland: Zwickauer Zelle: Republik im Schockzustand. In: Spiegel Online. 13th November 2011.

¹⁷Attentat in Norwegen: Welche Gefahr droht in Deutschland durch radikalisierte Einzeltäter? In: Der Tagesspiegel. 24th June 2011.

¹⁸Terror-Enthüllungen: Thüringen stoppt bundesweite Imagekampagne. Bundesanwaltschaft war „überrascht“. In: Spiegel Online. 17th November 2011, retrieved on 25st November 2011.¹⁹Markus Horeld: Rechtsterrorismus: Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist erschüttert.

How can three people disappear without a trace for thirteen years in Germany? ¹⁹

In view of the failures and the possible entanglements of informants calls for fundamental reforms of the Federal Office for the Protection of the Constitution can be heard.²⁰ In *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nils Minkmar quotes the terror expert Bruce Riedel with his essential point “If someone can escape an intensive manhunt for many years, then he must enjoy state protection“ and describes the work of the intelligence services in the case of the NSU as a „complete failure“. The time has come “to abolish it”, as ten people could still be alive if they had done their work properly.²¹

In contrast to the public Muslims in Germany already doubt the objectivity of the Federal Office for the Protection of the Constitution. Islamic organisations, the mosque communities and practicing orthodox Muslims in Germany were also repeatedly viewed as potential “perpetrators or supporters” by the constitutional protection authorities. The other possibility that Muslims are or could become victims of terrorism was also criminally neglected. As it stands there is already a long history of different types of terrorism against Muslims in Germany. And the futile efforts of Islamic organisations to obtain precise information about the “Zwickau List” also fit into this picture. In line with this Muslim functionaries first found out through the press that they were being targeted by terrorists. After police complained of poor collaboration with Muslims in fighting terrorism, the Muslim organisations now accuse the police of poor collaboration. The authorities only exchange minimal intelligence with the parties concerned. In the meantime some Muslim organisations have received standard letters about their names being on blacklists.

By contrast the failures in the fight against extremists are painstakingly listed in the media. However, Muslims in Germany are unable to forget that the media not only invented the degrading term “kebab murder”, but also adopted the official “mafia theory”

¹⁹Markus Horeld: Rechtsterrorismus: Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist erschüttert. In: Zeit Online. 14th November 2011.

²⁰Yassin Musharbash: Sicherheitsbehörden in der Kritik: Was die Geheimdienste ändern müssen. In: Spiegel Online. 18th November 2011.

²¹Nils Minkmar: Geheimdienste: Hauptsache, es macht peng! In: FAZ. 20th November 2011

about the perpetrators (and victims) for years without scrutiny. The Turkish media were the first to speculate about extreme right-wing motives.

In terms of content the Muslim community also criticises the work of the security authorities with respect to the surveillance of Muslims. The German authorities' "favourite enemy" was so called "Islamism", which does not have a critical lobby. However, the ambiguous term "Islamism", which quickly puts respectable Muslims in the same league as mass murderers, allows severe direct and indirect basic rights violations. The rash equating of religious orthodoxy to modern ideology is misleading. In addition, the intelligence reports, which are in parts alarmingly superficial, have long since undermined confidence in the authorities. The picture is completed by numerous "scaremongers", authors, journalists and consultants who are critical of Islam and yet assist the authorities.

Long drawn out investigations against Muslim functionaries, who have been portrayed by the media as a potential "criminal association" and in the meantime have led to nothing, has also weakened confidence in the constitutional state. A further consequence was the growing impression amongst sections of the non-Muslim population that Islam was part of a threatening situation.

Many Muslims believe that the debate about shady confidential informants, who also contribute to subversive structures, cannot be limited to the right-wing scene. A debate about the role of informants in developing hostile organizations is long overdue.

The reports about Office for the Protection of the Constitution staff with extreme right-wing tendencies are also alarming. Without a doubt there are elements within the security apparatus and amongst the advisors to the authorities, whose attitudes towards Islam are not objective, but are as subjective as they are questionable. There is also no uniform assessment of Muslim sentiments amongst federal states regardless of the government. The origins of the label "Islamist" remain vague but disastrous in a social context. The interaction of intelligence reports and a mostly unquestioning media greatly increases the power of the administrative bodies and their Islam advisors. Legal action against false or polemic reports takes so long that damage to the reputation of the persons concerned cannot be prevented, regardless of the outcome.

This hypothesis of turning a blind eye to the right-wing extremism, which can also be explained by the political orientation of some functionaries in security issues, may also illuminate the hysteria and excessiveness occasionally observed with respect to Muslims. Perhaps this is where the key to explaining the creeping disregard of the extreme right scene lies and the dramatic consequences we now observe.

In April 2012 the former Federal Interior Minister Otto Schily admitted an error of judgement when he claimed as then responsible Interior Minister that the terrorist bombing in Cologne did not have any terrorist motives:

“The Federal Interior Minister and I carry the political responsibility for not tracking down the NSU terrorist group earlier”, Schily told *Tagesspiegel*. He conceded that he made a mistake by stating that initial investigations did not reveal any terrorist motives on the day after the bomb attack by the NSU in June 2004 in Cologne. “In the meantime we have come to realise that this was a serious mistake”, stated Schily. With “we” he meant his former colleague in North Rhine-Westphalia Fritz Behrens (SPD). He made the false assessment in a joint statement with Schily.²²

The *Tagesspiegel* emphasises that the minister’s false prognosis could have had grave consequences for the work of the police and public prosecutor’s office by directing their investigations on criminal foreigners.

Since no political motive was recognised by the prosecutors the Federal Prosecutors Office responsible for terrorist cases, which initiated a test procedure, was not authorised.²³

²²„Schily gibt schweren Irrtum zu“, *Tagesspiegel*, 19th April 2012.

²³ibidem

2.3 Government reaction to the NSU scandal

Commemoration of the NSU victims:

On 21st November 2011 a minute of silence was held in the Bundestag (Germany's parliament) by representatives and a unanimous declaration against extremist violence was read subsequent to a controversial debate. At the same time Federal President Norbert Lammert issued an apology in the name of all representatives to all relatives of the victims. "He was ashamed that the security authorities were unable to expose or prevent the crimes planned and committed over the years."²⁴

In the previous debate Federal Interior Minister Hans-Peter Friedrich (CSU) also called for zero tolerance towards xenophobia. He expressed support for a ban of the NPD if the proceedings had good prospects. However, this is not the only subject to debate. During a central commemoration in the Berlin Concert Hall on 23rd February 2012 Federal Chancellor Angela Merkel asked the relatives of the victims for forgiveness for false suspicion. She described the murders as "a disgrace for our country" and with a view to the perpetrators posed the question "... who or what influences ... such extremist perpetrators". The President of the Turkish Community in Germany, Kenan Kolat, criticised the commemoration. The statements made by politicians subsequent to the arson attacks in Mölln and Solingen in the 1990s would be just as applicable today. Mr Kolat regrets the absence of a clear strategy against social racism from the federal government.²⁵

²⁴Bundestag bittet Angehörige der Opfer um Verzeihung, Die Zeit of 22nd November 2011.

²⁵Opfer des Rechtsterrors: Merkel bittet Angehörige um Verzeihung, Spiegel of 23rd Februar 2012.

Plaques and the renaming of streets:

Seven cities, in which the NSU committed the murders, want to commemorate the victims with plaques and by renaming streets. In each of the seven cities all ten victims of the extreme right-wing murderers will be commemorated. The victims will be remembered on the proposed plaques and it will be pointed out that the investigating authorities avoided the xenophobic connection between the criminal acts for a long period. The inscription is proposed to read as follows: “Neo-Nazi criminals murdered ten people in seven German towns between 2000 and 2007: nine fellow citizens, who found a new home in Germany with their families, and a police woman. We are dismayed and ashamed that these violent terrorist acts were not recognised over the years for what they were: murders in contempt for humankind. We say: “No more!”

Parliamentary investigative committee

The Bundestag established an investigative committee to elucidate the NSU murders. Its task is to investigate the errors, which were made by both the police and the intelligence service while investigating the murder series, which a neo national socialist terrorist cell was able to carry out undisturbed by security authorities.

The main person in the first hearing of the investigative committee was Barbara John, who had been Commissioner for Foreigners' Affairs for the Senate of Berlin for 22 years and currently presides over the Berlin Association of Welfare Organizations. Since 20th December she has been the ombudswoman for the bereaved families of the victims murdered by the NSU. She is their first contact person and her job is to provide practical assistance. The task is not easy, since approximately 70 persons qualify for assistance. The federal government has not set aside an office for this purpose. Instead she uses the rooms of the German Association of Welfare Organizations. She even has to pay the accrued telephone bills out of her own pocket.²⁶

Ms John does not only maintain contact with the relatives, but also their lawyers, the various ministries, the attorney general and deals with the offices and authorities who repeatedly bring the bereaved to the point of despair with their bureaucratic rigidity. In addition the ombudswoman must fight to ensure that the EUR 10,000 which some have received from a Justice Ministry victim fund is not credited to other state social services. John cites cases, in which the authorities refuse to pay unemployment benefits until the compensation has been used up.

Even a victim of the NSU nail bomb attack in Cologne, who was in Ms John's care, had to struggle with the authorities. The authorities demanded that the victim, half of whose

²⁶John fordert mehr Hilfe für Angehörige der NSU-Opfer, Die Welt of 22nd February 2012.

upper body had been ravaged by the blast according to John, be admitted for psychological treatment even though his psyche was fine. Regardless, the payments would be immediately stopped in accordance with the German Act on Victims' Compensation if he discontinued his psychological treatment.

Of course Ms John also sharply criticised the work of the police. It is important that the investigative committee takes a look at the work of the police, with a particular view to whether the methodology meets the requirements in a country of immigration. Anyone who has been involved with the police in any way knows that there is an esprit de corps there. According to the ombudswoman this is a reason why misunderstandings are not publicised. For this reason she has proposed setting up an independent clearing office, to which victims of xenophobic attitudes on the part of the police could turn.

Ms John's recommendations are based on the consensus reports from the bereaved families about their experiences with the police. The families felt harassed by the police straight after the terrorist acts regardless of their relationship to the victims. The officials' investigation was only directed at alien crime. At the same time several relatives told the investigators that right-wing radicals could be involved. However, this approach was openly ignored. Instead the police shattered the social environment of the relatives with their work. The damage resulting from this approach endures to this day.

Many people shunned the bereaved believing that there must be some truth in the police accusations. Some families even started to believe that some of their own relative had had something to do with the murders. At times the police confronted the relatives with fictitious claims just to test their reaction. This is why Ms John encouraged the committee to question a relative about the police work. The ombudswoman also presented a suggestion for improving investigative work: in future all acts of crime, the victims of which have a migrant background, should be regarded from a xenophobic perspective from the very start.

Christina Büttner was able to report from the mobile victim support unit in Ezra, Thuringia that it is not easy for persons with migrant backgrounds to report being a victim of a criminal act. According to her a man of African ethnicity, who was threatened in a bank branch by several delinquents and subsequently robbed of his bicycle which was parked in front of the branch, was unable to press charges at the local police station. The man had to hire a lawyer in order to do so.

At the same time, victims often experience that the police are not particularly motivated to pursue right-wing crimes when they know that the victims are against neo-Nazis and attend anti-Nazi rallies and demonstrations. The police convey the feeling that the victims are themselves to blame. According to Büttner racism is not only found in extreme right-wing philosophy, but also amongst the authorities. It is a situation, which a free society cannot tolerate.

The committees investigating the NSU, which both the federal and state governments have meanwhile established, can make an important contribution to combating institutional racism.. The effectiveness of their work however depends on members of parliament having immediate access to the necessary files. With the resolution and clarification of the issues at hand politicians can prove how interested they are in resolving the grievances and injustices. According to Ms John the victims expect the investigative committee to identify and hold to account those who were responsible for investigating in the wrong direction for so many years. However, even Barbara John doubts that this will be the case. Today, one year after the information on the NSU was released to the public Ms John's initial scepticism does not look unjustified.

3. Islamophobia in Germany

For years the KRM (CRM) member associations have tried to draw public attention to the increase in Islamophobia in Germany. Numerous studies and surveys over recent years have confirmed that voices hostile to Muslims are growing louder and consequently the risk of anti-Muslim criminal offences increases. Although attacks on mosques and other anti-Muslim criminal offences continually increase, these criminal offences are always attributed to “hate crimes” and therefore fall under “criminal offences with xenophobic motives”. DIE LINKE has already revealed this deficit with their inquiry to the executive section of German parliament long before the NSU scandal became known.²⁷

The responses to this inquiry and a renewed inquiry²⁸ submitted to parliament by DIE LINKE revealed that the definition of politically motivated crime does not include a category “Islamophobia” or “Anti-Muslim”. Up until now both were subsumed under “hate crimes”. According to details published by the Federal Ministry of the Interior there have been more than 30,000 “politically motivated criminal offences” in 2011. 3.3% - or 1,010 were categorised as “crimes committed by aliens”. More than half (16,873) are attributed to “right-wing extremists”. Federal Interior Minister Hans-Peter Friedrich is concerned, that in particular crimes with “xenophobic motives” have increased.²⁹

In addition, extreme right-wing criminality is characterised by an “inherent brutality”, with a significantly higher rate of injured persons in comparison to the actual number of criminal offences. “Up to now 60 deaths from extreme right-wing violence have been recorded since 1990 with respect to the murders of the NSU and the previous results

²⁷Muslimfeindliche Straftaten in Deutschland, printed matter 17/4335 of 22/ 12/ 2010.

²⁸Angriffe auf Moscheen in Deutschland, printed matter 17/9523 of 07/05/2012.

²⁹Massouda Khan: „Moscheen im Brennpunkt?“, in: Islamische Zeitung, 30/05/2012.

from the continual assessment of older cases for any right-wing extremist background”, Mr Friedrich stated to representatives of the media.

According to information of the KRM (CRM) a mosque or other Muslim institution in Germany has been targeted every two and half weeks since 2001. In many cases the sentiments of the suspected perpetrators are obvious – hate graffiti, pigs’ heads or anti-Muslim symbols. Unfortunately this trend continues to this day.

Due to the slim chances of finding the perpetrators of such crimes it is safe to assume that there are an essentially larger estimated number of unknown cases of attacks against Muslims. Islamophobia cannot simply be subsumed under ‘xenophobia’ or ‘hate crimes’ but must be evaluated as an individual form of racist violence. Since this was not the case until now there is the distortion and error that there were no anti-Muslim criminal offences until now.

The increase in violence against mosques is highly disturbing for the Muslim communities. As stated by DITIB to the press on 16th May 2012 the number of offences against mosques has increased substantially. According to the press release “Also the aggressive quality and lack of restraint in the offences is increasing at an alarming rate: the growing amount of hate mail is now accompanied by placing pigs heads in front of mosques, smearing of right-wing slogans and swastikas on mosque walls, Molotov cocktail bombings as well as dangerous cases of arson”.³⁰

Muslims are taken back by the handling of these cases by the public and politicians. On the one hand media rarely report on the offenses. Public sympathy is limited. The reaction of the security authorities also irritate many Muslims: “It is regrettable that the security authorities remain quiet about such offences towards the public on the grounds

³⁰DITIB press release of 16.05.2012: Übergriffe auf Moscheen nehmen zu. <http://ditib.de/detail1.php?id=301&lang=de>

that they want to avoid inspiring copycats. In this way a spiral of silence starts, which make the affected communities all the more victims: the members of the Muslim religious communities are not only shocked by the acts but their need for security following the acts has greatly increased.³¹

The president of the DITIB Federal Association Hamburg and DITIB North, as well as executive board member of the DITIB umbrella association Dr Zekeriya Altuğ, who made a public statement about the attacks in Hamburg-Hamm as a result of a fire on New Year's Eve and recently about the attack in Ahrensburg also says: "When those affected, when whole communities are condemned to silence, we create a chilling and fearful climate. We must not forget that silence means consent! Therefore we advise the affected to make public any and all such offences and to avoid giving this impression. We encourage all religious communities and mosques to publicise offences. This is the only way we can inspire public condemnation and increase public consciousness of the needs of the affected communities."

³¹ibidem

3.1 “German Conditions” - Heitmeyer

The study “Deutsche Zustände” (“German Conditions”) published by the Institute for Interdisciplinary Research on Conflict and Violence at Bielefeld University compiled surveys and research over a 10 year period under the direction of Professor Wilhelm Heitmeyer. It repeatedly points to an increase in xenophobia and group-related defamation in Germany as well as to growing tendencies to extreme right-wing and nationalistic attitudes. This study makes one thing clear: these tendencies are not exclusive to radical minorities but also grow from the middle of society.³²

“Over the last years this has been condensed into the rejection of immigrants but above all into the rejection of Islam and Muslims. The murder of German Muslims by NSU gangs has demonstrated that extreme right and Islamophobic movements have found a joint target here and that the once prevailing anti-Semitism amongst extreme right-wing groups has dissolved. These developments can be discerned throughout Europe as the institute has elicited in other research projects.”³³

In the study Professor Heitmeyer refers to an “insecure decade”. According to sociologists group-related defamation, which not only manifests itself through the denigration and discrimination of Muslims, immigrants or handicapped persons but also of the unemployed, women or homosexuals, creates fertile ground for the use of violence by right-wing extremists. These elements are not operating on the edge of society, but feel legitimated and fuelled up by degrading views and attitudes amongst the general populace.

³²Florian Rötzer, Die Gesellschaft ist vergiftet, in: telepolis of 11/12/2011.

³³ibidem

Xenophobia and extreme right-wing populism have increased in Germany over the 10 year study period according to Wilhelm Heitmeyer. “Approximately ten percent of Germans think extreme right-wing through and through”, sums up the result of the latest survey on *Spiegel Online*. Between 2010 and 2011 the justification of violence as well as the readiness to use violence amongst extreme right-wing populists has increased by 16 percent. Distrust and hostility towards Muslims have grown particularly strong. Half the Germans will not move into areas where many Muslims live. “The increasing gulf undermines social cohesion. Society is poisoned”, according to Heitmeyer.

In terms of xenophobia and Islamophobia the study states the following:³⁴

a) **Again on the rise: racism and the denigration of homeless persons** have, after a slight downward trend, increased significantly amongst the Germans from 2010 to 2011. This increasing trend continues since 2009 in the **denigration of the long term unemployed**. Likewise an increasing trend can be currently observed with respect to xenophobia and the **denigration of handicapped persons**. The level here is still lower than in the first survey of prejudice in 2002 or 2005. The view that “when jobs are scarce, foreigners living in Germany should be sent home” has increased over this year by five percentage points to 29.3. More than half (52.7 percent) of those questioned in 2011 think “most of the long term unemployed are not really interested in finding a job”. In 2011 only 35.4 percent agree with this statement: Homeless beggars should be removed from the pedestrianized areas “and agree with the unequal treatment and the exclusion of homeless people from public space”.

³⁴Heitmeyer, Deutsche Zustände – Das unsichere Jahrzehnt, Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, 12/12/2011.

b) **Relatively unchanging:** The emphasis on **established special rights** has again decreased significantly this year after a dramatic rise from 2009 to 2010 and is currently at a lower level compared to the first survey date. Also Islamophobia has significantly decreased after a significant increase from 2009 to 2010. In 2011 30.2 percent sometimes feel like a foreigner in their own country “...due to the high number of Muslims”. In 2010 this was still 38.9 percent. The view that “newcomers in a country should be happier with less” is currently shared by 54 percent of the persons questioned, while in 2010 64.7 percent still held this view.³⁵

³⁵Deutsche Zustände: Das entsicherte Jahrzehnt, by Heitmeyer (IKG).

3.2 The Germans and their migrants – results from the European Identity Study - Schmidt-Denter

How open are Germans with respect to their fellow foreign citizens? A study by the former “Lehrstuhl für Entwicklungs- und Erziehungspsychologie” (Department of Developmental and Education Psychology) at Cologne University compiled over ten years under the direction of Prof Dr Ulrich Schmidt-Denter has compared views of two generations of Germans with ten European neighbouring countries. Over 6,000 subject groups with and without an immigrant background were questioned about their xenophilous and xenophobic attitudes.

The study reveals that German youths and their parents occupy an unremarkable middle position within the European rankings with respect to the form of xenophobia (xenophobia) and anti-Semitism. However, on the other hand the Germans are outspokenly xenophilous. When asked about xenophilous values (xenophilia) the Germans occupy an undisputed top position in comparison with the rest of Europe. Nowhere else in Europe are xenophile statements as accepted as in Germany. However, at the same time Germans are very self-critical. The negative view of themselves is even described as “typically German”, according to the empirical criteria of the study. For instance, the statement „Foreigners have many positive characteristics which we German lack” finds increasing approval in comparison with other European neighbours.

The question of the effectiveness of preventive measures, of the “remembrance culture” or the “coming to terms with the past” is often posed in the media in the light of xenophobic criminal offences. The study shows that education which induces feelings of guilt and shame and a deconstruction of social and national ties does not only have a negative effect on Germans. The continual cultivation of a negative German self-image disturbs immigrants who are willing to integrate. Measures, which bring Germans and immigrants together, in turn strengthen community feeling. Researchers could already prove this in a study of the World Cup 2006. They assume that social cohesion

is encouraged not only through happy but also sad events (for example in the consensus against violence, extremism and terrorism). However, it remains questionable whether the frequent demonstrative appearance of Turkish politicians encourages the development of a “we feeling” between Germans and their immigrants or whether any representatives of a foreign power instead increase feelings of mutual alienation.³⁶

³⁶Schmidt-Denter, U. (2011). Die Deutschen und ihre Migranten – Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie. Weinheim: Beltz/Juventa.

3.3 Sinus Milieu study “Discrimination in Every Day Life” (2008)

The Sinus Milieu study “Discrimination in Every Day Life”³⁷ commissioned by the Federal Anti-Discrimination Office reveals the urgent need for action in creating a society free from discrimination and prejudice especially with respect to Muslims.

The study quickly narrows down the debate with parties discriminated against with respect to religion and world view to religious subjects and Islam and its negative image. The following pattern shows the typical chain of association:

Religion > Islam > Fundamentalism > Terror

In other words the keyword “religion” immediately suggests “Islam”. This is spontaneously connected with religious “fundamentalism”, which in turn suggests violence and “terror” as learnt from the relevant media reports. The variant of confining to the upper and middle milieu of the leading social segments:

Religion > Islam > backward > subordination of the woman > arranged marriage and honour killing

The variant in the underclass milieu, who often discern the connections concretely and therefore personally:

Religion > Muslims > Turks > Foreigners > Threat

The association chain is not much different in the traditional segment:

Religion > Muslims > Intolerance > Hatemongers > Infiltration/destruction of our culture

³⁷Sinus-Milieustudie „Diskriminierung im Alltag, Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft“ (2009) published by the Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) (Federal Anti-Discrimination Office)

Currently there are alternative thought and association models in the younger generation:

Religion > uncool > Islam >

Middle aged > uncontemporary > enlightenment needed

Fanatics, weirdoes > unappealing > distancing

Statements on the subject of religion are also worrying. 39 % believe that Muslims are intolerant and violent and only 55 % find it unacceptable if Muslims are the first suspects after a terrorist attack. Less than half those questioned support the equality of non-Christian religious communities (e.g. Jews or Muslims with the Christian churches). 41% call for the repeal of the headscarf ban and approximately every third person wants to know more about foreign religions and denominations. “Religious zeal is no longer compatible with the current age.” agreed 79% of those questioned and 59% are of the view that religions have not earned any state protection since religions discriminate against people from another religion.

In several social segments discrimination is thought understandable if not justified for adherents to foreign religions – Muslims (“I would discriminate against Muslims, they suck!”). At the same time the discrimination of people in Germany based on their religion is disputed (“I don’t know anyone who...”; “religious freedom prevails in Germany”).

Such contradictions in the study are only explicable through huge anxiety at the growing number of Muslims in a country becoming “overrun”, “infiltrated” or “biased”. Above all in the “conservative” and “traditionally rooted” social segments it is assumed that Islam is not “peaceful”, but wants to violently force its “backward” ideas, standards and commandments on the natives („something is going on”, “some plan is being concocted”, “we will wake up when it is too late”). Corresponding conspiracy scenarios are occasionally turn up in other social segments (e. g. “the discrimination of women in our country was introduced by Muslims”).

In particular female interviewees often speak of “the suffering of Muslim women” in connection with the subject of religion, oscillating between sympathy and outrage (“I really feel sorry for the Turkish women who are beaten, forced into marriage marry and

have to wear headscarves”; “my Turkish friend who gets beaten by her parents– that is really too much!“).

The pre-modern misogynistic, violent and macho lifestyles ascribed to devotees of Islam are heavily criticised and often leading to drastic counter measures which are either covertly or openly sympathised with (“we live here in Germany where you can’t do exactly as you please”; “they must be forced to follow our rules”). Regardless of the threat felt through Islam, publically visible religious commitment is rejected and it is more closely associated with “fundamentalism” and “fanaticism”. Due to these results there is “still a need for information” according to the director of the federal government’s Anti-Discrimination Office, Martina Köppen, especially with a view to religious minorities.

3.4 Study of the Turkish migrant state of mind after the NSU murders

The Centre for Migration and Political Research at Hacettepe University Ankara conducted a public study with SEK-POL/Data 4U, a public opinion research institute based in Berlin, which was aimed at presenting the sentiments, opinions and perceptions of Turkish migrants about the racist violence carried out by the neo-Nazi movement since 2000³⁸. The research entitled “Racist Neo-Nazi Murder in Germany: A Study of the Sentiments and Perceptions of the Turkish” was carried out by telephone amongst 1,058 Turkish migrants living in Germany. Selected persons over the age of 14 were questioned over the period from 5/12-15/12/2011.

In the study it was initially attempted to find out how interested German Turks are in the topic “Racist Neo-Nazi Murders in Germany“ and how they informed themselves about this subject. It revealed that 87% of the Turkish migrants followed the events very closely and their sources are primarily Turkish media.

The Turkish migrants living in Germany have shown great serenity and maturity in comprehending the murders committed by neo-Nazis despite popular statements. They do not connect these events with German society and consequently avoid accusing Germans.

³⁸Study: „Rassistische Neonazi-Morde in Deutschland: Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten“ – Data 4U, Hacettepe Universität in January 2012

The majority of Turkish migrants (78%) do not implicate the whole of German society with the murders rather cite a radical grouping. Only approximately 2% of those questioned are of the view that “the murders were committed by German society” and only approximately 7% believe that “a large segment of German society” is responsible for the murders.

The Turkish migrants have largely lost confidence in the German state. . Fifty-five percent of those surveyed gave a positive response to the question if in their opinion the German government encouraged or even protected the murderers. Only approximately 21% did not share this belief. Turkish migrants distrust towards the German government primarily stems from the fact that the perpetrators of the murder series carried out since 2000 were not arrested and information about dealings between neo-Nazis and some employees at the Federal Office for the Protection of the Constitution. This has significantly increased distrust towards the German government.

Over two thirds (67%) of the Turkish migrants fear additional racist motivated murders in Germany and nearly 40% greatly fear that they themselves or friends and relatives could become victims of the neo-Nazi terror.

Despite this concern the overwhelming general reaction amongst Turkish migrants to the series of murders is not “fear” (8%) or “rage” (12%), but “sadness” (74%).

Nearly 60% of the Turkish migrants believe that the German politicians would rather cover up the events and brush them under the carpet.

Only 35% of the Turkish immigrants surveyed believe that German politicians are concerned and are trying to find a solution.

Only approximately a third of the Turkish migrants regard the “apology” from the Bundestag as a sign of remorse and true sorrow from the German authorities. By contrast nearly 60% do not agree with the statement “Germans are saddened by the events and are truly mourning.”

4. Position of the KRM (CRM)

Murder, bank robberies and violence: Germany in a state of shock after the actions of a handful of right-wing terrorists. The police are only slowly publishing further investigative results on the details of the crimes. As of yet not all the evidence has been included in a logical reconstruction of the events leading up to 2007.

In the meantime an intensive debate about the relationship between the government and right-wing extremism has started. The extreme right-wing scene in Germany is partly infiltrated by a network of government-funded and paid confidential informers. For years the struggle against Muslim terrorists took precedence over a social debate with right-wing extremists. At the same time criticism against the methods and political views of the constitution agencies was diminishing. With exaggerations and understatement these agencies contribute to the political mood in the country.

For instance the term “Islamism” has put thousands of respectable Muslims, loyal to the country, in the same boat with criminals and thereby suggests to the public that there is an imminent threat to the state and society. Right-wing “Islam critics” used the situation to mobilise civil circles against Islam and against Muslims.

For many years law abiding Muslims and their mosque communities have been branded with the label „Islamism“, have been subject to surveillance and have in the end been excluded from the public debate and from social participation in Germany. It took a visit by the Turkish Foreign Minister Ahmet Davutoğlu, who undoubtedly made the most important contribution of the year to the debate about Islam in Germany. During his last stay Davutoğlu clearly contradicted the German Interior Minister Friedrich. Davutoğlu rejected Friedrich’s use of the term “Islamic terror“. He did not want to speak with anyone who held onto this term. As it is inappropriate to speak of “Christian terror” or of “German terror” it is equally inappropriate to speak of “Islamic terror”. In the eyes of the KRM (CRM) The wording used by Federal Interior Minister Friedrich as well as the term “Islamism” offends Muslims and puts them under unjustifiable general suspicion.

“When terms such as terror and Islam (...) are mixed up, it comes as no surprise when people automatically associate ‘terror’ with ‘Islam’ as already established in 2009 by the Sinus social study ‘Discrimination in Everyday Life’“, states a press release of the Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). In the light of extreme right-wing terror it should be obvious how far this can go.

Individual “scaremongers” pursue strategies, which collectively associate Muslims with criminal offences and criminal ideologies. Despite the tense situation it is not necessary to generate further distrust between the government and Muslims. In a modern country such as Germany each citizen, whether Muslim or not, relies on a functioning police organisation.

Therefore polemical criticism of the police work is not helpful either. Instead it is essential to investigate and remedy the criminological failures. It should not be ruled out that a network of confidential informants and some members of the intelligence services held a “protective hand” over the crimes.

On the other hand the idea that the government deliberately conspired against citizens of Turkish ethnicity is nonsense. However, the criticism of insensitive dealings between the government and Muslim citizens, who appear on the “list” of terror groups, is justified. It must be recognised that these Muslims are in real danger, a fact which previously did not seem to be of interest neither to the police nor the media. To fob potential victims off with a standard letter from the authorities is a scandal within a scandal and damages the image of the Federal Republic of Germany.

List of demands

The German authorities are obliged to re-establish the trust of its citizens and in particular its Muslim citizens in the intelligence services, which was lost as a result of the NSU acts of terrorism. Without this trust it is not possible to feel safe and at home in Germany. This trust can be re-established if

1. the circumstances of the NSU crime are completely reconstructed above all the clarification of
 - a. all criminal offences committed by the NSU itself and their entourage
 - b. the destruction of evidence,
 - c. all previously known and unknown errors, glitches and failures of all officials in the course of pursuing or ignoring leads in connection with NSU terrorism.
2. all direct, cross and third party personnel connections from security service circles and politics to the NSU sphere are determined,
3. all information to the wider public on conclusion of these investigations are disclosed,
4. all responsible civil servants and politicians accept the personal consequences of their failure in connection with these investigations,
5. all those responsible are held accountable in connection with these investigations,
6. the government demonstrably conducts a denazification process within their agencies and office aimed at removing civil servants who socialize with extreme right-wing circles,
7. the Federal Minister of the Interior makes it plausible to what extent the recently re-occupied positions in the Federal Constitution Agency and the Federal Criminal Police were filled by officials who are so-called "Islamism" experts and that these officials are fit to combat right-wing extremism,

8. the competent authorities re-evaluate previously unexplained violence against individuals, buildings and institutions in the light of knowledge from the NSU scandal,
9. eliminate terms such as “Islamism” and or “Islamist” from the security discussion in favor of words, which are better suited and do to not place Islam and Muslims under general suspicion,
10. politicians, in particular, distance themselves from statements, which are suited to placing Islam and Muslims under general suspicion and defame or denigrate Muslims, not to inspire the increasing Islamophobia and anti-Muslim sentiments but work against it
11. make Islamophobia a main theme of the German Islamic Conference and Security Partnership,
12. record Islamophobic and anti-Muslim criminal offences under its own heading in crime statistics and no longer as “politically motivated criminality” in order to comprehend and estimate the extent and the development of this phenomenon,
13. the government actively includes the KRM (CRM) as partner in the course of fulfilling these demands,
14. the government annually commemorates the victims of the NSU beyond the national memorial ceremony in order to counter forgetting,
15. the NSU terrorism is taught in school history lessons as an after-effect of the Nazi regime of the 1930s and 1940s.

Appendix 1: Chronicle of the NSU Terror

1996: The „Thüringer Heimatschutz“ (Thuringia Homeland Protection or THS) is founded. One of the activists was employed by the Office for the Protection of the Constitution as a confidential informant. He sold information from the scene to the state. Next to Brandt Uwe the NSU trio as well later NPD functionaries were also active at the THS.

1998: In Jena (Thuringia) police excavated a bomb lab belonging to the NSU terrorists. The trio were able to flee due to “police errors”.

1999: Unknown perpetrators commit a series of at least 14 bank robberies in several East German federal states. Later the crimes were associated with the NSU.

July 2000: Ten immigrants from Eastern Europe were injured during an assault in Düsseldorf. An unborn child is killed. The perpetrators remain unknown. The case has been reopened due to revelations in context with the NSU.

September 2000: The Turkish florist Enver Şimşek is shot dead in Nuremberg.

January 2001: A 19 year old German-Iranian girl is seriously injured during an attack on her parents' grocery store in Cologne.

June 2001: The factory worker and tailor Abdurrahim Özüdoğru is shot dead in Nuremberg.

June 2001: The fruit and vegetable grocer Süleyman Taşköprü is shot dead in Hamburg.

August 2001: Habil Kılıç is shot dead in Munich.

February 2004: The snack bar owner Mehmet Turgut is shot dead in Rostock.

June 2004: A nail bomb explodes in Cologne and injures 22 people, nearly all the injured are of Turkish ethnicity.

June 2005: snack bar owner İsmail Yaşar is shot dead in Nuremberg.

June 2005: The locksmith Theodoros Boulgarides is shot dead in Munich.

April 2006: The kiosk owner Mehmet Kubaşık is shot dead in Dortmund.

April 2006: The internet café owner Halit Yozgat is shot dead in Kassel.

April 2007: A 22 year old police woman is shot dead in Heilbronn. Her colleague survives but is seriously injured.

November 2011: A snack bar owner is shot in Döbeln near Leipzig. The perpetrator is able to flee.

November 4th, 2011: After a bank robbery in Eisenach (Thuringia) Uwe Böhnhardt and Uwe Mundlos are found dead in a burnt out camper van in a suburb of Eisenach. Allegedly Uwe Mundlos first shot his accomplice, set the camper van on fire, then shot himself. In Zwickau (Sachsen) the flat, in which both suspected bank robbers lived with Beate Zschäpe, is set on fire and completely destroyed.

November 15th, 2011: It becomes known that an employee of the Hessian State Office for the Protection of the Constitution was at the scene during the murder in Kassel. The man now works for a district government in Hessen.

November 18th, 2011: Federal and state governments decide to set up a central database for investigating perpetrators of extreme right-wing violence. Apart from that an „Extreme Right-wing Defence Centre” should be founded. An NPD ban is also being discussed again.

December 3rd, 2011: It is revealed that the NSU may have also started a series of fires in Saarland. According to media reports between September 3rd, 2006 and September 3rd, 2011 houses inhabited by citizens of Italian, Africans and Turks ethnicity were set on fire in Völklingen. At least 20 people were injured amongst them children in the eleven fires.

December 15th, 2011: The federal states jointly agree a swift ban of the NPD.

December 18th, 2011: According to media reports the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution sabotaged individual police manhunts after the disappearance of the neo-Nazi trio from Thuringia in February 1998.

December 31st, 2011: According to media reports the Federal Office for the Protection of the Constitution was frequently on the right track with the NSU, but remained inactive.

January 26th, 2012: All parliamentary factions agree to setting up an investigative committee to look into the NSU terrorism.

January 18th, 2012: The federal government decides to set up a new database with information gathered on right-wing extremists. Information from the Federal Office for the Protection of the Constitution, police and military counter intelligence will be collected there.

January 26th, 2012: Thuringia decides to set up an investigative committee on NSU terrorism.

January 30th, 2012: First NSU victims receive between € 5,000 and € 10,000 in compensation payments.

February 8th, 2012: A federal/state commission should explain the neo-Nazi murders and shed light on the role of the constitution agencies. Opposition criticizes the committee as superfluous.

February 12th, 2012: The head of the Federal Crime Police, Mr Ziercke, rejects the accusation that his authorities destroyed evidence against the extreme right-wing terrorists of the NSU during investigations.

February 23rd, 2012: Funeral service for the NSU victims in Berlin. The Chancellor, Angela Merkel, asks “for forgiveness” from relatives of the victims.

March 7th, 2012: An NSU investigative committee is created with the votes of the Social Democrats, the Green Party and DIE LINKE. CDU, FDP and NPD abstain.

May 15th, 2012: Gerhard Schäfer presents his report about the work of the intelligence services in Thuringia. Later it is disclosed that the Schäfer commission did not all files.

May 24th, 2012: The former Bavarian Interior Minister Günther Beckstein rejects

criticism of the parliamentary investigative committee. He could not recognise any failures on the part of the intelligence services.

May 25th, 2012: The Federal Supreme Court issues an arrest warrant against a suspected NSU supporter.

May 29th, 2012: The federal prosecutor arranges the release of two additional suspected supporters of the NSU neo-Nazi cell.

June 14th, 2012: The Federal Supreme Court issues another arrest warrant.

June 28th, 2012: The Federal Office for the Protection of the Constitution destroyed files during the investigations into the NSU terrorism after which the neo-Nazi trio fled.

July 2nd, 2012: The president of the Federal Office for the Protection of the Constitution Heinz Fromm prematurely resigns from office.

July 5th, 2012: Interior Minister Hans-Peter Friedrich says on German public television, he assumes the constitution agencies did not recruited confidential informers from the NSU.

July 7th, 2012: The president of the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution Thomas Sippel resigns from office in the context of the neo-Nazi terror cell affair.

July 9th, 2012: The president of the Thuringian State Office for the Protection of the Constitution Helmut Roewer rejects the suspicion that the intelligence service warned confidential informants about police raids. Later it is known that police passed on information to neo-Nazis.

July 11th, 2012: The president of the Saxon State Office for the Protection of the Constitution, Reinhard Boos, steps down.

July 14th, 2012: According to media reports the Saxon State Office for the Protection of the Constitution supposedly destroyed files about the NSU terrorist cell, which the authorities dispute.

July 15th, 2012: Twenty files possibly connected with the NSU emerge in Thuringia

eight months after the exposure of the NSU.

July 18th, 2012: In future the Federal Office for the Protection of the Constitution wants to concentrate on the combating “Islamist motivated terror”.

July 19th, 2012: It is known that the Federal Interior Minister ordered the destruction of Office for the Protection of the Constitution files on the subject of right-wing extremism 10 days after the exposure of the NSU.

August 27th, 2012: Former president of the Federal Office for the Protection of the Constitution, Heinz Fromm, cannot explain to the NSU investigative committee of the Bundestag how seven files on confidential informers in the extreme right-wing scene could be destroyed shortly after the revelation of the neo-Nazi murder series.

August 28th, 2012: Federal and state interior ministers discuss the reform of the domestic intelligence service.

September 11th, 2012: It is established that military counterintelligence interrogated the later NSU terrorist Uwe Mundlos in March 1995, as he was attracted to right-wing extremist activities during his military service. The defence ministry knew of the existence of these files, but did but not inform the parliamentary investigative committee.

September 13th, 2012: In Saxony-Anhalt the president of the State Office for the Protection of the Constitution, Volker Limburg, steps down.

September 13th, 2012: It becomes known that a suspected NSU helper worked as a confidential informant for the Berlin State Office of Criminal Investigation for more than ten years.

September 18th, 2012: Berlins Senator of the Interior, Frank Henkel, admits to failings in conducting NSU investigations before the select committee of the Berlin House of Representatives.

September 19th, 2012: Minister of the Interior, Hans-Peter Friedrich, puts the new neo-Nazi cross-agency database into service. The opposition claims that this database would not have prevented the NSU murders.

- September 20th, 2012:** Media reports that the Federal Office for the Protection of the Constitution also paid a confidential informer.
- September 21st, 2012:** In the meantime the fourth NSU investigative committee commences work in Bavaria.
- September 24th, 2012:** A plaque is dedicated to the memory of NSU victim Mehmet Kubaşık victim in Dortmund.
- September 28th, 2012:** Hessen's Minister President, Volker Bouffier, testifies before the NSU parliamentary investigative committee and denies any misconduct on his part. He is accused of having obstructed the investigations into the Kassel murder case.
- October 1st, 2012:** The Halitplatz is dedicated in memory of Halit Yozgat in Kassel.
- October 8th, 2012:** The Thuringian State Office for the Protection of the Constitution delivers around 780 files with the names of confidential informants to the NSU parliamentary investigative committee which is heavily criticised. The protection of confidential informants continues.
- October 10th, 2012:** According to media reports charges in connection with the NSU case should be made at the end of the year. The proceedings will commence in March 2013.
- October 15th, 2012:** The singer of a neo-Nazi band is given a suspended sentence and fine. He celebrated the murder in a song "Döner-Killers".
- October 17th, 2012:** According to an investigative report an employee of the State Office for the Protection of the Constitution in Baden Württemberg supposedly revealed intelligence secrets to a head of the German branch of the Ku-Klux-Klan (KKK).
- October 18th, 2012:** Ex constitution agency employee Fritsche rigorously disputes errors before the Federal Investigative Committee.

Appendix 2: Reaction of the KRM (CRM) to the NSU murder series

Press release of 15/11/2011

The Koordinationsrat der Muslime in Deutschland (KRM) (Coordination Council of Muslims in Germany or CRM) calls for a solution to and a fight against extreme right-wing terrorism

The Coordination Council of Muslims calls on politicians and the judiciary to no longer downplay right-wing radical racism and its terrorist outgrowths but to decisively combat such developments to prevent others from falling victim to acts of terror based on ethnicity or religious persuasion. The KRM (CRM) carefully and conscientiously monitors the current alarming findings with respect to extreme right-wing terrorism and its networks in Germany.

The fact that right-wing radical terrorists can move through Germany unhindered and at the same time execute people in cold blood, carry out terrorist attacks and operate a terrorist cell undetected by the intelligence authorities has caused fear and insecurity to this day. It is alarming that the federal and district intelligence authorities did not previously recognise these dreadful crimes and murders as racist and terrorist acts. The KRM (CRM) fears that right-wing radical, violent extremists were encouraged to commit these acts and could be encouraged even more through these successive errors of judgement.

The refusal to address the subject of increasing violent right-wing radicalism within the scope of the German Islamic Conference (DIK) is incomprehensible in this context despite the increasing radicalisation of the right-wing milieu and an increasing number of attacks on migrants and mosques during the period of establishing Muslim religious communities.

“There is a big feeling of insecurity, likewise the need for an explanation. Across Germany there are unexplained attacks on immigrants and also on places of worship which should now be discussed. Under these circumstances the mood oscillates between

stunned, unsettled and fearful. The information process must give a clear signal to the radicalised, violent milieu that they will be severely punished by the forces of the law and the safety of all citizens, the migrants in these actual cases, takes priority.” says Bekir Alboğa, KRM (CRM) spokesperson.

Therefore the KRM (CRM) calls on politicians and the judiciary to no longer play down the right-wing radical network, its outgrowths and racism and to take the necessary measures to end the murders and the attacks on homes and mosques.

Press release of 23/11/2011

Open letter to the German government and German public. Right-wing radical views are a threat to peaceful coexistence in our society and threaten our democracy.

Dear Ladies and Gentlemen,

The unbridled and unnoticed activities of violent right-wing radicals, who were in the underground and in the background of our society, with their numerous victims have shocked us all. In addition to the embarrassing failures of the intelligence services this course of these events will go down as a deeply incisive and painful scandal in German history. The radical right-wing terror has considerably shaken the confidence of citizens in government institutions. The government should protect its citizens and prevent the vitriolic murder of innocent people of different ethnicity and creed. These crimes are particularly devastating when one considers the possible entanglement of the intelligence services and protection of the perpetrators. Both victims and their families were deeply hurt and spurned as investigators linked murder victims to criminal intrigues during their investigations and ruled out extreme right-wing motives. An earlier involvement of security forces would have prevented oversights and these murders.

We convey our sincere condolences to all affected families of victims. They should realise we support them and will strive for a thorough clarification of these terrible crimes.

As Muslims in Germany we live in day-to-day fear, depression, anxiety and insecurity. That there is a death list with the names of thousands of Muslims and Turks as well as institutions is cause for great concern. The impotence caused by not knowing for certain whether your own name or organisation is on that list further fuels anxiety.

The wounds of Mölln and Solingen have reopened in the court room by the murders of Marwa Sherbini, by increasing arson attacks on mosques and homes of migrants and lastly through this incomprehensible series of cold blooded Nazi murders.

We want to know what is feeding this right-wing radical extremism and terrorism in our country.

It has been ignored for too long. Right-wing extremism was able to develop unhindered in the shadow of an imaginary Islamic threat. The German National Integration Plan and the German Islam Conference which were established in good faith and aimed at improving coexistence could not unfortunately change the distorted picture of Muslims since this process was largely dominated by the security debate.

The false policy of integration, the problematisation of subjects to do with Turks and Muslims, focussing on arranged marriage, the headscarf ban or the Islamification of Germany as well as the intensification of family reunion with Turkish citizens dominating public debates led to the stigmatization of Islam and Muslims by a large segment of the German people.

There was also much one sided reporting in the media which focused more on the problems of integration rather than the successes contributing to a negative picture of the Turks and Islam in general.

At the same time right-wing radical thinking, threats, hate and sedition against migrants and Muslims and Islam is spread on anti-Muslim internet forums without hindrance under the guise of freedom of speech. People who stand for democracy, equal rights and opportunities for minorities to participate are hatefully defamed and discredited by some as “do-gooders” although the striving for good should guide us all in our dealings.“

Racism and right-wing extremism could thrive in this currently fertile soil and radical arsonists could find a justification for their ideologies. Over the last years right-wing extremism has reached a level of seriousness which many did not think possible. A terrorist network of vast dimensions, involvement and support has been created and may even infiltrate the security apparatus. Not only does this threaten Muslims and migrants but also our democracy.

As Coordination Council of Muslims we have always drawn the attention of politics and society to the dangers of right-wing extremism and all too often our efforts have fallen on deaf ears. As Muslims and representatives of civil organisations we see an acute need action which must go far beyond merely explaining this series of murders. The ethnic

and religious diversity in our country is enriching and must be protected. People of different skin colour, different religion and lifestyle etc. belong to this diversity.

It is time to normalise diversity.

Therefore we appeal to the federal government and to all citizens:

1. To promote this diversity. This has always been necessary for the progress and reputation of our country, while creating a culture of recognition.
 2. Decisively combat extensive right-wing extremist ideas in the middle of society through effective measures e.g. informing and educating our citizens.
 3. Bring all responsible persons to justice within the government institutions who have breached their obligation to monitor radical right-wing terrorists whether through the interception of evidence, through deception, covering up or sloppiness.
 4. Locate all supporters of terrorists and backers and put them before the courts as well as reopening cases of unexplained attacks on persons, houses (e.g. Ludwigshafen), mosques, graveyards in the light of new evidence.
 5. Oppose the spreading of right-wing radical ideas in schools, public institutions, offices and authorities and dismiss persons with such sympathies from office.
 6. Decisively oppose the discrimination of Muslims and people from an immigrant background in everyday life, work life and at the authorities.
 7. Prioritise the combating of Islamophobia and right-wing extremism in the context of Islam and Muslims as well as placing it on the agenda of the German Islamic Conference and create a security partnership while developing preventative measures to protect Muslims and their institutions.
 8. the recording of Islamophobic and anti-Muslim criminal offences by the security authorities under its own heading and no longer as “politically motivated criminality”.
- The following representatives and organisations make this appeal as initial signatories. Additional signatories will be made available via the different communication paths (www.koordinationsrat.de).

Initial signatories:

Names or organisations

1. Koordinationsrat der Muslime (KRM) (Coordination Council of Muslims)
2. DITIB Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
3. VIKZ Verband der Islamischen Kulturzentren (Association of Islamic Cultural

Centres)

4. ZMD Zentralrat der Muslime in Deutschland (Central Council of Muslims in Germany)
5. Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (Islamic Council for the Federal Republic of Germany)
6. Verein unabhängiger Industrieller und Unternehmer e.V.
7. Deutschsprachiger Muslimkreis e.V.
8. Türk UNID Türkischer Studentenverein Köln
9. AIB Europäischer Arbeitgeber und Akademiker Verband in NRW
10. NITAB Niederrhein türkischer Akademiker Bund
11. Türkischer Caferiten Union in Europa
12. Köln Malatyalilar Verein
13. UETD Union Europäisch Türkischer Demokraten (Union of European Turkish Democrats)
14. IGMG Islamische Gemeinschaft Milli Görüs
15. Köln Galatasaraylilar 1997 e.V.
16. Islamische Religionsgemeinschaft Hessen
17. ATIAD Verband türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa e.V. (Association of Turkish Industrialists and entrepreneurs in Europe)
18. AAIB Alevitisch-islamische- Union-Deutschland e.V.
19. Zentralrat der Marrokaner in Deutschland
20. Islamische Gemeinschaft Jama'at-un Nur Deutschland
21. Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (Centre for Turkish Studies and Integration Research)
22. ABTTF Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
23. BTEU Bund Türkisch Europäischer Unternehmer
24. ABAF Avrupa. Ehli-Beyt. Alevi. Federasyonu.
25. TGB Türkische Gemeinde zu Berlin e.V. (Turkish Community in Berlin)
26. Sineb El Masrar, Magazin Gazelle
27. TD-Plattform e.V.
28. IGBD Islamische Gemeinschaft der Bosniaken e.V.

Press release of 15/01/2012

The Koordinationsrat der Muslime (Coordination Council of Muslims) in Germany welcomes the establishment of an investigative committee to investigate the series of neo-Nazi terrorist violence.

Many questions still remain unanswered after the exposure of the cold blooded series of neo-Nazi attacks. People and politicians are justified in asking how right-wing radical terrorists could disappear into the underground in Germany and murder innocent people.

A representative study of the Centre for Migration and Political Research at the Hacettepe-University in Ankara shows that the confidence of people with a migrant background, in particular Turkish people, towards the German government has been drastically shaken creating a feeling of distrust towards the security authorities. "Turkish people regard Germany as a symbol for order, organisation and efficient security forces. Therefore many of those questioned cannot fathom how these murders went unexplained for over ten years" the finding states. In particular the relatives of the victims are losing their faith in the German constitutional state through the hesitant and slow progress of the investigation.

"We welcome the establishment of an investigative committee. This sends an important signal to the relatives and society that the Bundestag wants to explain the background to the failure of the investigation. ", states Bekir Alboğa, spokesperson of the KRM (CRM). Alboğa emphasises that the protection of its citizens and the consequent explanation of terrorist murders makes up the essence of the constitutional state. In particular the responses from Muslim faith communities gave cause for concern, for a reevaluation of the number of attacks and defamation of mosques and their communities in the wake of these developments. The high point was reached in the last two years when more criminal offences were committed than in the previous 2 decades showing the increased readiness of the right-wing scene to use violence and its criminalisation.

„We hope the committee will deliver contemporary results and that trust will be re-established not only with respect to the security needs of migrants and Muslims. “, concludes Alboğa.

Press release of 23/02/2012

The Koordinationsrat der Muslime (Coordination Council of Muslims) remembers the victims of the neo-Nazi killing spree during the central commemoration in Berlin

Cologne, Thursday 23/02/2012 – Today the victims of the neo-Nazi killing spree are remembered.

This commemoration is being held for the victims of the extreme right-wing neo-Nazi terrorist group the NSU. Over ten years the NSU was able to systematically murder people in Germany from an immigrant background without being detected. Bekir Alboğa, spokesperson of the Koordinationsrat der Muslime (Coordination Council of Muslims) in Germany, finds it incomprehensible that in modern Germany people are killed for neo-Nazi and radical right-wing motives and everyday 3, annually in total 900 neo-Nazi crimes and attacks are carried out on immigrants, Muslims and their institutions.

Therefore today we commemorate those who will enter the collective consciousness as victims of these crimes: Enver Şimşek, Abdurrahim Özdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Theodoros Bulgarides and Michele Kiesewetter.

As KRM (CRM) we want to again offer our heartfelt condolences to all the relatives of the victims.

Bekir Alboğa, spokesperson of the KRM (CRM), summarises the events as follows: “The unbridled and unnoticed activities of violent right-wing radicals, who were in the underground and in the background of our society, with their numerous victims has shocked us all. In addition to the embarrassing failures of the intelligence services this course of these events will go down as a deeply incisive and painful scandal in German history. The radical right-wing terror has considerably shaken the confidence of citizens in government institutions. The government should protect its citizens and prevent the vitriolic murder of innocent people of different ethnicity and creed. These crimes are particularly devastating when one considers the possible entanglement of the intelli-

gence services and protection of the perpetrators. Both victims and their families were deeply hurt and spurned as investigators linked murder victims to criminal intrigues during their investigations and ruled out extreme right-wing motives. An earlier involvement of security forces would have prevented oversights and these murders.”

The Koordinationsrat der Muslime (Coordination Council of Muslims) composed an open letter in connection with this to the German government and the German public on November 23rd, 2011 which was signed and supported by many Islamic religious organisations and many other migrant organisations.

“As Koordinationsrat der Muslime (Coordination Council of Muslims) we have always highlighted the dangers of right-wing extremism to politicians and society but all too often this has fallen on deaf ears. As Muslims and representatives of civil organisations we see an acute need for action which must go far beyond purely explaining the killing spree” Bekir Alboğa says.

After Mölln and Solingen a memorial will be set up for the victims of the neo-Nazi terrorist group and it is hoped that this will be the last time to remember victims of right-wing radicalism. The fact that such crimes still happen is proof that measures to banish neo-Nazi ideas from society for good are basically unsuccessful.

“The setting up of an investigative committee of the Bundesrat and today's central commemoration serves as a clear signal of all German society against racism and xenophobia. However, it is not sufficient to permanently prevent radical right-wing crimes. The breeding ground of right-wing extremism must be eliminated through a culture of recognition to further protect our country and our democratic constitutional state.” Mr Alboğa explains.

“We hope that the newly appointed Federal President stands for the cohesion and growing together of our society in its diversity. He should value the promotion of citizen's rights and those of migrants and Muslims, and within this context the free practicing of the Muslim religion. The ethical and religious diversity in our country is an asset and must be protected. Islam is a part of that asset“, Bekir Alboğa concludes.

Press release of 28/05/2012

We will not and cannot forget. Do not look away and do not be silent!

Together with the Genc family, the people of Solingen and all of Germany we, in our communities, remember the victims of the perfidious, malicious and tragic arson attack. We mourn and remember the five Turkish girls and women whose lives were taken away from them on May 29th, 1993. This dreadful experience represents a tragic highpoint of extreme right-wing violence in the 1990s and has seared itself into the collective consciousness of German society and its immigrants.

The attack in Solingen was committed in a social climate, in which foreigners were increasingly perceived as a danger to the country. Fears were stirred; racist resentments were made politically and socially acceptable with terms such as “foreign domination” and “national emergency” together with the reckless notion that “the boat is full”. In this climate of cold-heartedness and fear directed against “foreigners and asylum seekers” the right-wing extremists felt empowered and developed a sinister type of activism, which proved devastating for further social developments.

Defaming acts of hatred and violence have no place at a time when efforts for universal human rights and freedom of individuals and societies as a whole take on greater significance. Nevertheless there are efforts for the continual containment of radical right-wing and misanthropic ideas on the one hand and a proportionally large and enduring problem on the other.

Guidance, empowerment and information about an enduring constructive anthropology for the whole of society which also includes the alleged “foreigners“ as a natural, equal and valuable part of the society is urgently required through social institutions and actors.

Of course there are favourable connections between far reaching social structures and processes, stigmatising discussions and negative social political embedding on the one hand and the acts of violence and hate of the right-wing extremists against marginalised sections of society on the other.

In addition Prof Ali Dere, president of the DITIB umbrella association says: “This inhumane act showed us the destructive power of such violence in the personal, family and social realms. This act, the attack in Solingen, reminds us how negatively the interaction of social, political and media discussions can influence coexistence; and how the spreading and agitation of extreme right-wing ideas is tolerated and made possible through this, even acceptable at court. We want to overcome our shock and helplessness precisely through this understanding of current developments, while encouraging the commentary on and sharing of grievances with the public.

A broad social discussion about such acts is urgently required since social coexistence can only succeed when ethical values are placed and lived out at the forefront of our society. Values of mutual acceptance, of bringing awareness to each other and social empathy are equal to religious and democratic values which can only become more meaningful through by learning from history.

I invite politicians, society and the media to move towards an emphasis on humanity and charity, empathy and integrity, balance and fairness towards the socially weak, disadvantaged and excluded. Since each society, each community is only as strong as its weakest, this is how we should always measure ourselves.

We should not only remind ourselves and remember the senseless deaths of the five Genc family members. We want to include the victims of the Solingen arson attack in our prayers and wish the family strength and God’s support.”

Board

DITIB Umbrella Association

Bibliography:

- Christiane Kohl: Neonazi-Anschlagsserie und der Verfassungsschutz: 24 Aktenordner - und nichts fiel auf. In: Süddeutsche Zeitung, 14th November 2011.
- Verfolgung Thüringer Rechtsextremer. Innenminister zweifelt an eigenen Behörden. In: faz.net. 12th November 2011.
- Extreme right-wing terror cells: Previous federal judge Schäfer should explain the role of the authorities. Ex constitutional protector raises allegation against the police. MDR, 15th November 2011.
- Günther Lachmann, Florian Flade: Rechter Terror: Die mögliche Verbindung der Täter zum Geheimdienst. „Legale illegale Papiere“ sichergestellt. In: Welt Online. 13th November 2011.
- „Zwickauer Trio“: Thüringer SEK kurz vor Zugriff „zurückgepiffen“. MDR, 18th November 2011.
- NSU-Ermittlungen: Verfassungsschutz führte drei V-Leute im Umfeld des Terror-Trios. In: Spiegel Online. 19th November 2011.
- Pannen bei Neonazi-Fahndung: Thüringer Minister attackiert Ermittler. In: Spiegel Online. 16th November 2011.
- Thüringer Verfassungsschutz: Pleiten, Flops und Pannen, Spiegel Online, 19th December 2011.
- „Nationalsozialistischer Untergrund“: Verfassungsschützer womöglich in „Döner-Mord“ involviert. In: FAZ. 14th November 2011.
- Neonazi-Mordserie: Niedersachsen räumt Panne bei Terrorfahndung ein. In: Süddeutsche Zeitung. 16th November 2011.
- „Beweismittel gegen Zwickauer Zelle vernichtet“, Frankfurter Rundschau, 23th December 2012.
- „Chaos und Streit bei Ermittlungen zu NSU-Morden“, Süddeutsche Zeitung, 05th May 2012.
- „Eine Bande aus den Bergen Anatoliens“, taz, 21st November 2011.
- Severin Weiland: Zwickauer Zelle: Republik im Schockzustand. In: Spiegel Online. 13th November 2011.
- Attentat in Norwegen: Welche Gefahr droht in Deutschland durch radikalisierte

- Einzel Täter? In: Der Tagesspiegel. 24th June 2011.
- Terror-Enthüllungen: Thüringen stoppt bundesweite Imagekampagne. Bundesanwaltschaft war „überrascht“. In: Spiegel Online. 17th November 2011, retrieved on 25th November 2011.
 - Markus Horeld: Rechtsterrorismus: Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist erschüttert. In: Zeit Online. 14th November 2011.
 - Yassin Musharbash: Sicherheitsbehörden in der Kritik: Was die Geheimdienste ändern müssen. In: Spiegel Online. 18th November 2011.
 - Nils Minkmar: Geheimdienste: Hauptsache, es macht peng! In: FAZ. 20th November 2011
 - „Schily gibt schweren Irrtum zu“, Tagesspiegel, 19th April 2012.
 - Gedenken an die Opfer rechter Gewalt, Die Zeit vom 13th November 2011.
 - Bundestag bittet Angehörige der Opfer um Verzeihung, Die Zeit of 22nd November 2011.
 - Opfer des Rechtsterrors: Merkel bittet Angehörige um Verzeihung, Spiegel of 23rd February 2012.
 - John fordert mehr Hilfe für Angehörige der NSU-Opfer, Die Welt of 22nd February 2012.

Studies

- Deutsche Zustände: Das entsicherte Jahrzehnt, von Heitmeyer (IKG).
- Schmidt-Denter, U. (2011). Die Deutschen und ihre Migranten – Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie. Weinheim: Beltz/Juventa.
- Sinus-Milieustudie „Diskriminierung im Alltag, Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft“ (2009) published by the Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) (Federal Anti Discrimination Office)
- Studie: „Rassistische Neonazi-Morde in Deutschland: Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten“ – Data 4U, Hacettepe Universität im Januar 2012 (Study: “Racist Neo Nazi Murder in Germany: A study of the emotional state and opinions of Turkish migrants“ – Data 4U, Hacettepe Universität in January 2012)

NSU Sağ terörü

Dosyası

Müslümanlar Koordinasyon Konseyi (KRM)

Kasım 2012

Yazışma Adresi

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.

Subbelrather Str. 17 · 50823 Köln

Tel: +49 (0) 221 - 86 99 70

Fax: +49 (0) 0221 - 86 99 791

info@koordinationsrat.de

Müslümanlar Koordinasyon Konseyi, dört ana federasyon olan DİTİB, VİKZ, İslamrat ve ZMD tarafından Mart 2007 yılında kurulmuştur. Konsey Almanya'daki Müslümanların temsil edilmesini düzenler ve siyaset ile toplum için muhatap oluşturur.

İçindekiler	1
1. Giriş	2
2. Olayların ortaya çıkması, öncesi ve sonrasında tepkiler	3
2.1 Anayasayı Koruma Daireleri'nin rolü.....	3
2.2 NSU'nun meydana çıkmasından önceki değerlendirmeler.....	7
2.3 NSU skandalına devletten gelen tepkiler.....	12
NSU mağdurları için anma töreni.....	12
Anı levhası ve sokakların yeniden adlandırılması.....	13
Almanya Federal Meclisi araştırma komitesi.....	14
3. Almanya'da İslam düşmanlığı	17
3.1 "Almanya'daki durumlar" - Heitmeyer.....	20
3.2 Almanlar ve göçmenleri – Avrupa kimliği çalışması sonuçları - Schmidt-Denter.....	22
3.3 Sinus-Çevre araştırması "Günlük yaşamda ayrımcılık" (2008).....	24
3.4 NSU cinayetlerinin ardından, Türk göçmenlerin duygusal durumu ile ilgili araştırma.....	27
4. KRM'in bakış açısı	29
Talep listesi.....	31
Ek 1: NSU-Terör kroniği.....	33
Ek 2: NSU seri cinayetleri hakkında KRM'in tepkileri.....	38
15.11.2011 tarihli basın açıklaması.....	38
23.11.2011 tarihli basın açıklaması.....	40
15.01.2012 tarihli basın açıklaması.....	45
23.02.2012 tarihli basın açıklaması.....	46
28.05.2012 tarihli basın açıklaması.....	48
Kaynaklar:	50
Bilimsel araştırmalar:	51

1. Giriş

Nationalsozialistischer Untergrund – NSU (Nasyonal Sosyalist Yeraltı Teşkilatı) olarak adlandırılan sağcı terörünün ortaya çıkmasıyla, Almanya’da genel olarak azınlıkların ve özellikle Müslümanların güvenlik durumunun ne şekilde olduğu gözler önüne serilmiştir. On yıldan uzun bir süre zarfında sağcı teröristler, kimse tarafından hesaba çekilmeden, tüm ülkenin bir ucundan diğer ucuna kalın bir kan izi çekerek, soğukkanlılıkla on kişiyi katledebilişlerdir. Faillerin açıklanmasının ardından bir yıl geçmesine rağmen dava hala aydınlatılamamıştır. Devlet yetkililerinin başarısız mı olduğu ve bu grubun üyeleri haricinde başka destekçilerinin mi bulunduğu, halen belirsizliğini korumaktadır.

Buna karşın faileri sorumlu tutmak yerine, olayların en başından beri mağdurların aileleri hedef alınmıştır. Eylemlerin yabancı düşmanlığı motifleri taşıyabileceği olasılığı ise, yıllarca göz önünde bulundurulmamıştır. Uzun yıllar boyunca güvenlik kurumları, zanlıları Türklerin kendi içlerindeki mafya çevrelerinde veya Türkiye’de aramışlardır. “Döner cinayetleri” ya da “SOKO Bosphorus” gibi terimler medya çevrelerinde sık sık zikrediliyor ve mağdurların kendi cinayetlerinde suç ortağı oldukları izlenimini veriyordu.

NSU cinayetlerinin kroniği ve Müslümanlar Koordinasyon Konseyi (KRM), devlet ve onun güvenlik birimleri tarafından oluşturulan tepkiler, eldeki analizde bir araya toplanarak, KRM’yi oluşturan dini toplulukların perspektifi başlığı altında yorumlanacaktır. Bu bağlamda sadece doğrudan NSU cinayetleri ile ilgili olan hususlara değinilmeyecektir, aynı zamanda yeni araştırmalar temelinde genel toplumun gelişimi de ele alınacaktır. Burada İslam’ın, daha doğrusu Müslümanların genel toplum içinde ne durumda oldukları örnek olarak gösterilmektedir.

Bu analizin sonunda, KRM’nin taleplerinin bir listesi oluşturulmaktadır. Bu listede KRM üyesi dernekler, NSU Terörü bağlamındaki talep ve beklentilerini dile getirmiştir.

2. Olayların ortaya çıkması, öncesi ve sonrasında tepkiler

NSU'nun suçlandığı cinayet vakaları karşısında, siyaset ve medya mensuplarının tavır ve davranışları, Almanya'daki Müslümanları son derece tedirgin etmiştir. Siyasi aktörler ile medya uzun zaman bu fiillerin arka planında bir yabancı düşmanlığının bulunduğunu hesaba dahi katmamışlardır. Devletin bu cinayetler ile ilgilenme şekli, Müslümanların Alman hukuk devletine olan güvenini sarsmıştır. Bu güvenin tekrar inşa edilebilmesi için, bu davanın acilen çözülmesi büyük önem taşımaktadır. Devlet kurumlarının, neden uzun bir süre boyunca yabancı düşmanlığını geri plana ittikleri sorusunu artık kendilerine sormaları gerekmektedir. Sorunlar yalnızca yapısal kökenli mi idi, yoksa görevlilerden kaynaklanan sorunlar da var mıydı? Anayasayı Koruma Dairesi bu skandal içinde nasıl bir rol oynamıştır? Ve siyaset bu olaydan doğru sonuçlara varmış mıdır? Bu sorular, aydınlatma çalışmaları çerçevesinde çözüme kavuşturulmalıdır.

2.1 Anayasayı Koruma Daireleri'nin rolü

NSU'nun izlenmesindeki Anayasayı Koruma Daireleri'nin rolü, özellikle de Thüringen Anayasayı Koruma Eyalet Dairesi ve onun eski başkanı Helmut Roewer¹ siyaset ve medyanın tartışma konusudur. Thüringen İçişleri Bakanı Jörg Geibert, eyalet yetkililerinin, Ocak 1998'den bu yana medyada Zwickau terör hücresi olarak adlandırılan Beate Zschäpe, Uwe Mundlos ve Uwe Böhnhard üçlüsünün takibinde kusursuzca çalışılıp çalışılmadığı konusunda kuşkulu olduğunu ve bir komisyon kurulacağını duyurmuştu.² Buna karşın Roewer, terör hücresi ile ilgili 1998 yılında bir tutuklama olayını engellemiş olan Jena Polisi'nin olayla bir bağlantısı olduğunu tahmin ediyordu.³

¹Christiane Kohl: Neo-Nazi saldırı serisi ve Anayasayı Koruma: 24 dosya klasörü – ve hiçbir şey dikkatimizi çekmemiştir. Süddeutsche Zeitung, 14 Kasım 2011.

²Thüringen'li aşırı sağcıların takibi. İçişleri Bakanı kendi yetkililerinden şüpheleniyor. faz.net. 12 Kasım 2011.

³Aşırı sağ terör hücresi: Eski Federal Yargıç Schäfer'in yetkililerin rolünü açıklaması gerekiyor. Eski Anayasa Koruması polislerle karşı iddialarda bulunuyor. MDR, 15 Kasım 2011.

Basın 13 Kasım 2011 tarihinde ateşe verilen evin kalıntıları arasında yasadışı ve yasal belgelerin bulunduğunu duyurmuştu⁴; bu tür bir tanımlama, normal şartlarda gizli servis tarafından kendi çalışanlarını korumak için verilen resmi-sahte kimlik belgeleri için yapılır. 22 Kasım 2011 tarihinde dpa tarafından yayımlanan bir düzeltme haberi ile bu evrakların bir NSU destekçisi tarafından Uwe Mundlos'un bir vesikalık resmi kullanarak, nüfus dairesine resmi bir pasaport başvurusunda kullanıldığı doğrulanmıştır.

18 Kasım 2011 tarihinde MDR, 1998 veya 1999 yılında Thüringen Özel Komando birliklerinin (SEK), izleri bulunmuş olan üç şüpheliyi yakalama fırsatlarının olduğunu bildirmişti. Aramayı yapan polisler, şüphelileri Chemnitz'de bulmuş ve durumu merkeze bildirilmiştir. Bu grubun yakalanabilmesi için, somut bir fırsatın mevcut olmuş olması gerekiyordu. Operasyonun, SEK'in müdahale için yola çıkmasına yakın bir zaman kala iptal edilmesi, MDR haberlerine göre, operasyona katılan memurların daire yetkililerine karşı yoğun şikâyetlerine sebep olmuştur. Ayrıca aramayı yapan polisler de (LKA) Eyalet Kriminal Dairesi'nin emriyle geri çekilmişlerdir. Thüringen Eyalet Kriminal Dairesi bu iddiayı yalanlamış, İçişleri eski Bakanı Richard Dewes bu bağlamda bir beyan vermeyi, eski bir resmi yetkili olarak "hukuk kurallarını" takip ettiği gerekçesiyle reddetmiştir.⁵ Spiegel dergisi de 1990'lı yıllarda Mundlos, Böhnhardt ve Zschäpe'nin çevresinde en az üç ajanın olduğundan bahsetmektedir.⁶

Bu iki kişinin ölümünden sonra, 2011 yılında Thüringen İçişleri Bakanı Jörg Geibert tarafından başlatılan ve eski federal hâkim Gerhard Schaefer tarafından yürütülen incelemenin, 1998'de gerçekleşen ve başarısız olan tutuklamanın tam koşullarına açıklık getirmesi beklenmektedir.⁷

⁴Günther Lachmann, Florian Flade: Sağ terörü: Faillerin gizli servisle olası bağlantısı. "Yasal yasadışı kâğıtlar" sağlanmıştır. Welt Online. 13 Kasım 2011.

⁵"Zwickau üçlüsü": Thüring'li SEK failleri yakalamaya yakın iken „geri çağrılmıştır“. MDR, 18 Kasım 2011.

⁶NSU Araştırmaları: Anayasayı Koruma Dairesi, üç ajanı terör üçlüsünün çevresinde konuşlandırmıştır. Spiegel Online. 19 Kasım 2011.

⁷Neo-Nazi aramalarındaki hatalar: Thüringen'li Bakan soruşturmacılara saldırıyor. Spiegel Online. 16 Kasım 2011.

Aralık ayının ortalarında, Thüiringen Anayasayı Koruma Dairesi'nin, saklanmış olan grubun en azından bir dönem nerede kaldıklarını bildiği ortaya çıkmıştır. Bunu, bu üçlünün 15 Mayıs 2000 tarihinde Chemnitz'de çekilmiş ve Thüiringen Eyalet Kriminal Dairesi dosyalarına ulaşmış ve aslen Thüiringen Anayasayı Koruma Dairesi'nden gelmiş olan bir gözetim fotoğrafı kanıtlamıştır. Helmut Roewer, Kasım ayında, 1998'de ortadan kaybolan aşırı sağcının aranması çalışmalarının, ne yazık ki başarısızlıkla sonuçlandığını açıklamıştı.

Ayrıca Thüiringen Anayasayı Koruma Dairesi, Bild am Sonntag'dan alınan bilgiye göre, Zwickauer'lı üçlüye bir ödeme yaptığını itiraf etmiştir. Buna göre gizli servis, ajanlar vasıtasıyla bu terör hücrelerine sahte pasaportlar için 2000 Alman Markı aktarmıştır. Bu olayı 6 Aralık 2011 tarihinde Anayasayı Koruma Dairesi çalışanlarından birisi, Thüiringen Eyalet Meclisi gizli kontrol heyeti oturumunda anlatmıştır. Aynı şahsın beyanlarına göre, Anayasayı Koruma Dairesi dinlenen telefon görüşmeleri sonucunda, bu Neo-Nazi grubunun o dönemlerde yeni pasaportlar için paraya ihtiyaçlarının olduğu bilmekteydi ve para yardımı ile birlikte bu aşırı sağcıların buldukları yer ve kod adları hakkında bilgiler edineceklerini düşünüyorlardı. Anayasayı Koruma Dairesi 2000 yılında NPD görevlisi ve ajan Tino Brandt'a bu parayı teslim etmiştir. Bununla birlikte, Anayasayı Koruma Dairesi, Nüfus Daireleri'ne bu olay hakkında bilgi vermediği için, Zschäpe, Mundlos ve Böhnhardt yeni kimlikleri ile tanınmadan ortadan kaybolabilmişlerdir. Anayasayı Koruma Dairesi kısa bir süre sonra bu ajanın parayı kendisi için kullandığından, para transferinin başarısız olduğunu doğrulamıştır. Kaynak olarak, haklarında daha fazla açıklık getirmedikleri güvenlik çevrelerini gösteren, Berlin Gazetesi'nden alınan bir makaleye göre, 1990 sonlarında Anayasayı Koruma Dairesi yetkilileri polislerin kovuşturma tedbirlerini de sabote etmişlerdir. Bu bağlamda Anayasayı Koruma Dairesi, kendi ajanı olan Tino Brandt'a, ona karşı yürütülen gözetlemeler hakkında bilgi vermiştir. Dâhil olan yetkililer arasındaki güvensizlik ve bilgi ablukaları o kadar ilerlemişti ki, çeşitli vakalarda, Anayasayı Koruma Dairesi tarafınca, gözetim yapan polis memurları dahi izlenmiştir. Polis yetkilileri ile Thüiringen Anayasayı Koruma Dairesi arasındaki rekabetçi çekişmelere örnek olarak, Berlin Gazetesi ile Spiegel online, Tino Brandt ve Uwe Mundlos'un babasının doğrulayıcı ifadelerini, diğer ipuçları olarak göstermişlerdir.⁸

⁸Thüiringen Anayasa Koruma: Hatalar, yanlışlar ve kazalar, Spiegel Online, 19 Aralık 2011.

Thüringen'in yanı sıra, diğer eyaletlerin Anayasayı Koruma Daireleri de kamuoyu tarafından eleştiriye maruz kalmışlardır. Böylece Hessen bölgesi Anayasayı Koruma Dairesi'nde görevli bir memurun, Halit Yozgat cinayeti sırasında, olay anında Kassel'de bulunan bir internet kafede bulunması ve oradan kendisini tanık olarak yazdırmadan ayrılması, onun bu olaydaki rolünden şüphelenilmesine neden olmuştur.⁹ Hatta Aşağı Saksonya yetkilileri de, kendisinden istenileni safça yerine getiren bir yandaş olarak kabul ettikleri ve muhtemelen olaylara yardımcı olan Holger G.'nin izlenmesinde ciddi hatalar yaptıklarını itiraf etmişlerdir.¹⁰ Bavyera İçişleri Bakanı Joachim Hermann'ın Ocak 2012 tarihinde verdiği bir beyanından, Tino Brandt'ın 1990'ların başından 2002 yılına kadar Bavyera Anayasayı Koruma Dairesi tarafından izlendiği, ancak onunla irtibata geçilmediği anlaşılmaktadır. Ayrıca, konuyla ilgili olarak Thüringen ve Bavyera Anayasayı Koruma Eyalet Daireleri arasında bilgi alışverişi de gerçekleşmiştir.

Aralık 2011 tarihinde ise, Jena'lı asıl failer olan Zschäpe, Mundlos ve Bönhardt'a karşı kullanılacak, önceki soruşturmalardan kalan önemli delillerin tamamen kaybolduğu ortaya çıkmıştır. Frankfurter Rundschau'un bilgileri doğrultusunda, Ocak 1998 tarihinde ele geçirilen dört boru bombası ve de ortadan kaybolan üçlünün muhtemel destekçilerine ait dinleme kasetleri, grubun yakalanmasından yıllar öncesinde Thüringen soruşturma makamları tarafından yasal talimatlar doğrultusunda imha edilmiştir. Bu durum güvenlik kaynaklarına göre, soruşturmaları çok zorlaştırmaktadır.¹¹

Çalışmaların neticesinde, eyalet dairelerinin federal başsavcılığı "sistemik olarak dava dışında tutmak" için gayret sarf ettikleri sonucu ortaya çıkmaktadır; federal başsavcılar davayı üzerine alma koşullarının vuku bulup bulmadığına, ancak gazete kupürlerinden hareketle karar verebiliyordu.¹²

⁹"Nasyonal sosyalist arka plan": Anayasayı Koruma Dairesi büyük bir ihtimalle "döner cinayetlerine" karışmış. FAZ. 14 Kasım 2011.

¹⁰ Neo-Nazi cinayet serisi: Aşağı Saksonya terör aramalarında hataya düşüyor. Süddeutsche Zeitung, 16 Kasım 2011.

¹¹"Zwickau hücrelerine karşı deliller imha edilmiştir", Frankfurter Rundschau, 23 Aralık 2012.

¹²"NSU cinayetleri araştırmasında kaos ve kavg", Süddeutsche Zeitung, 05 Mayıs 2012.

2.2 NSU'nun meydana çıkmasından önceki değerlendirmeler

Göçmen kökenli küçük işletmecilere karşı işlenen cinayetler, medyada çoğunlukla mağdurların Almanya'daki Türk toplumu içinde var olan yasadışı faaliyetlere karışmış olduğu iddiasıyla gündeme getirilmekteydi. Yıllarca, gazeteciler ve soruşturmayı yürütenler farklı sebepler üzerinde durmaktaydı, ancak kesinlikle aşırı sağcı sebepler üzerinde değil. Polisin cinayetler arasında bir bağlantı görmemesiyle kalmamış, tamamen spekülasyona dayalı ve hiçbir kanıt olmaksızın cinayetlerin yasadışı suç çevreleri ortamında bir hesaplaşmanın sonucu olduğu polis tarafından baştan beri varsayılmıştır. *Die Welt* Gazetesi, "Bu bir profesyonelin işi" şeklinde soruşturmayı yürüten bir polisin ifadesinden alıntı yapıyor ve olayın faillerine dair, "Anadolu'nun dağlarından gelip eylemlerini gerçekleştiren bir çete" diye tahminlerde bulunuyor, daha sonra ise İstanbullu bir şirketin Avrupa çapında insan kaçakçılığı ve uyuşturucu kaçakçılığına karışmasından bahsediyordu.¹³ *Focus* Dergisi, özel soruşturma komisyonu (Soko) müdürü Wolfgang Geier'den bir alıntı yayınlarak: Cinayetlerin "çok akılcı, düşünülmüş ve planlı olarak yapılmış", olduğunu iddia ediyordu. Sebebinin, bir yabancı düşmanlığından kaynaklandığını, "kesinlikle mümkün değil" gerekçesiyle ihtimal dışı bırakıyorlardı. *Bild* gazetesi ise, "dört sıcak iz" başlığıyla, "Uyuşturucu mafyası, organize suç, haraç ve kara para aklama" yorumunu getiriyordu. *Frankfurter Rundschau* Gazetesi ise "yabancı düşmanlığından kaynaklandığı fikri mümkün görünüyor", ancak siyasi bir motife işaret eden kanıt yoktur, yorumunu getiriyordu.¹⁴

Hamburger Abendblatt Gazetesi, soruşturmayı yürüten polislerin Türk toplumunda yaptıkları tetkikler sonucunda, "belki naneli bir çay elde etmişlerdir, ama sorularına yanıt bulamamışlardır", diye yazıyordu. *Spiegel* Dergisi de şu şekilde yakınıyordu: "Türklerin, içine sızılması çok güç olan, paralel dünyası katillere ulaşımı zorlaştırıyor." *Süddeutsche* Gazetesi'nde ise, Bavyeralı bir başsavcı, mağdurların Türk çevreleri hakkında yorum yapıyordu ve: "Burada çok bilgisi olan birisi var, ama bir şey söylemek istemiyor." kanaatini dile

¹³"Anadolu'nun dağlarından bir çete", taz, 21 Kasım 2011.

¹⁴aynı yerde

getiriyordu. Özel soruşturma komisyonu (Soko) müdürü Geier de *Süddeutsche* Gazetesi'ne şu şekilde bir beyanatta bulunuyordu; ona göre “suskunluğun ördüğü duvardan dolayı”, Türklerin halen bu toplumun bir parçası olmadıkları izlenimi bulunmaktadır.¹⁵

Spiegel Dergisi, 2011 yılının başında, yaşanan bu olayların arkasında “sağcı/milliyetçi Türkler, Türk Milli İstihbarat Teşkilatı ve gangsterler arasındaki güçlü bir ittifak”ın olduğunu tahmin ediyordu. Ağustos 2011’de aynı dergi ilaveten şunları yazıyordu: Araştırmayı yapan Polisleri “Bodensee yakınındaki romantik bir villa’ya” götürebilecek olan bir tanık vardır. Bu villada, cinayet silahı bir kasada saklanmaktadır. Anayasayı Koruma Dairesi bu iddiayı “Hepsi hayal ürünü”, diye yalanladı. *Spiegel* Dergisi’nde ise şöyle yazıyordu: “Cinayetler, araştırmayı yapan polisler bunu çok iyi biliyorlar ki, yasadışı faaliyetleri olan kişiler arasında bir hesaplaşma veya ihanet edenlere karşı bir intikamdan kaynaklanıyordu.”

Spiegel dergisinin izahına göre, aşırı sağcı hücrenin ortaya çıkmasıyla, bütün Almanya bir „Şok/felç durumuna“ düşmüştür.¹⁶ Almanya İçişleri Bakanı Hans-Peter Friedrich, 2011 yılının Temmuz ayında Norveç’teki çifte saldırı vuku bulduktan sonra bile, Almanya’da sağcı terör saldırıların olabileceğine dair hiçbir acil tehlike görmüyorum, şeklinde beyanda bulundu.¹⁷ Federal Başsavcı Rainer Griesbaum da, bu iddialar karşısında şaşkınlığını şöyle dile getiriyordu: “Son yıllardaki araştırmalarımızda aşırı sağ alanda, sağ terörist - yani yerleşik - yapıların bulunduğunu tespit edemedik”.¹⁸

Markus Horeld (*DIE ZEIT* Gazetesi) için ise, bu skandal ile beraber, hukuk devletine olan güvenin sarsılmasına neden olan ve açıklığa kavuşturulması bir takım sorular ortaya çıkmıştır:

“Hemen hemen her şeyin gözlemlendiği bir ülkede, nasıl olur da biri mağazaya girebilir, sahibinin resmini çekebilir, onu vurabilir, tekrar resmini çekebilir ve hatta tabutunun nakliyesini takip ederek kanıt oluşturabilir?”

¹⁵ aynı yerde

¹⁶ Severin Weiland: Zwickau hücresi: Ülke şokta. *Spiegel* Online. 13 Kasım 2011.

¹⁷ Norveç’te saldırı: Almanya’yı radikal bireysel saldırganlardan gelebilecek ne gibi tehlikeler bekliyor? *Der Tagesspiegel*. 24 Haziran 2011.

¹⁸ Terör açıklamaları: Thüringen Almanya genelinde imaj kampanyasını durduruyor. Federal Başsavcılığı „şaşırmıştı“. *Spiegel* Online. 17 Kasım 2011, 25 Kasım 2011 tarihinde indirilmiştir.

Bu nasıl bir Anayasa Koruma Dairesi'dir ki, seri katiller çevresinde kendi beslediği aşırı sağcı ajanlar yerleştirir de, hiçbir bilgi elde edemez? Veya belki de daha kötüsü: elde ettiği bilgileri polise aktarmaz?

*Üç insan, nasıl Almanya'da on üç yıl iz bırakmadan ortadan kaybolmayı başarabilir?*¹⁹

İhmal ve kendi ajanlarının olaylara karışmış olma ihtimalinden dolayı, Anayasayı Koruma Dairesi'nde köklü reformların yapılması istenmektedir.²⁰ Nils Minkmar, FAZ terör uzmanı Bruce Riedel'den bir alıntı yaparak, "Eğer bir insan uzun yıllar yoğun bir aramadan kaçabiliyorsa, o kişi devletin koruması altındadır." ifadesini kullanıyor ve bu şekilde NSU davası üzerindeki gizli servisin çalışmalarını "tam bir başarısızlık" olarak tanımlıyordu. Minkmar'a göre, onları "lağvetmenin zamanı gelmiştir", çünkü onlar işlerini doğru yapsalardı, on insan halen hayatta olurdu.²¹

Kamuoyunun aksine, Almanya'daki Müslümanlar uzun zamandır Anayasayı Koruma Dairesi'nin tarafsızlığından şüphe ediyorlardı. İslami kuruluşlar, camiler ve ülkedeki muhafazakar Müslümanlar, Anayasayı Koruma Dairesi yetkililerinin gözünde hep potansiyel „failler veya destekçileri“ olarak görülüyordu. Diğer bir olasılık olan, Müslümanların da terör mağduru olduğu ya da olabileceği, ne yazık ki ihtimal dahilinde dahi görülmemiştir. Almanya'da Müslümanlara karşı terörün her türlü zaten vardır. Bu manzarada, İslami kuruluşların "Zwickau listesi" hakkında doğru bilgi elde etmek için nafile çabaları yer almaktadır. Hal böyle olunca, İslami kuruluşların yetkilileri, teröristler tarafından hedef alındığını ancak basın yoluyla öğrenmişlerdir. Polisin terörle mücadelede, Müslümanların sözde işbirliği eksikliği hakkında şikâyet etmelerinden sonra, şimdi İslami teşkilatlar, polisi işbirliği eksikliğinden dolayı suçlamaktadır. Yetkililer, bildiklerini ilgili kişiler ile sadece seyrek olarak paylaşıyorlardı. Bu arada bazı İslami kuruluşlara, kendilerinin kara listeye alındıkları hakkındaki bilgi ise tek tip mektuplar ile bildiriliyordu.

¹⁹Markus Horeld: Sağ terörizmi: Hukuk devletine olan güven zedelenmiştir. Zeit Online. 14 Kasım 2011.

²⁰Yassin Musharbash: Güvenlik yetkilileri eleştiri altında: Gizli servisin neleri değiştirmesi gerekiyor. Spiegel Online. 18 Kasım 2011.

²¹Nils Minkmar: Gizli servisler: en önemlisi Peng sesi çıkartmasıdır! FAZ. 20 Kasım 2011

Medyada artık, aşırı sağa karşı mücadelede vuku bulan eksiklikler en ince ayrıntısına kadar sıralanmaktadır. Ancak Almanya'daki Müslümanlar, bu önde gelen medya kuruluşlarının insanı aşağılayıcı bir terim olan "Döner cinayetleri" sözcüğünün fikir babası olduklarını ve sorgulamadan yıllar boyunca failer (ve mağdurlar) hakkındaki resmi "mafya teorisini" kabul etmiş olduklarını da unutmamışlardır. Sadece Türk basınında, olayların başından bu yana failin bir aşırı sağ arka planı olabileceği söylentileri yer almıştı.

Müslümanlar arasında güvenlik kurumlarının, özellikle Müslümanların gözetlenmesi söz konusu olduğunda takındıkları tavır ve çalışmaları hakkında eleştiriler bulunmaktadır. Almanya'daki yetkililerin rahatlıkla kabul ettikleri "favori düşmanı", hiçbir eleştirme gücüne sahip lobisi bulunmayan "İslamcılık" idi. Belirsiz bir kavram olan "İslamcılık", aynı zamanda masum Müslümanları, çabukça kitle katilleri ile aynı kefeye koyabilmekte idi ve doğrudan ve dolaylı olarak bu insanların temel haklarına müdahaleye izin vermekteydi. Modern ideoloji ile dini muhafazakar kimliğin, hangi sonuca varabileceğini düşünmeden, karşı karşıya getirilmesi yanlıcıdır. Ve kısmen korkunç iddialarla dolu olan yüzeysel olarak hazırlanmış Anayasa Koruma raporları, çoktan beri yetkili makamlara olan güveni sarsmıştır. Sayısız "panikçiler", yazarlar, gazeteciler ve yetkililere danışmanlık yapan İslam eleştirmenleri, bu resmi tamamlamaktadırlar.

Sözde „Yasadışı bir örgüt“ü yönettikleri iddiasıyla suçlanan Müslüman görevlilere karşı yürütülen uzun süreli soruşturmaların, medyada geniş olarak sergilendikten sonra, dayanağı olmayan iddialar olduğunun belli olması da, Müslümanların hukuk devletine olan güvenini sarsmıştır. Bunun başka bir sonucu da: Müslüman olmayan nüfusta, İslam'ın tehlikeli ve tehditkâr bir durumun kaynağı olduğu kanısının yayılmasıdır.

Devlet düşmanlığı yapılarının oluşmasında etkin olan kuşkulu ajanlar üzerinden gerçekleşen güncel tartışmalar, birçok Müslüman'ın görüşüne göre, sadece sağcı sahne ile sınırlandırılmamalıdır. Düşman hatlarını inşa ederken, görevlendirilen ajanların rol ve katkısının tartışılması hali hazırda gecikmiştir bile. Sağ tutumlu Anayasayı Koruma Dairesi personelleri hakkında çıkan haberler de inanılmaz derecededir. Şüphesiz ki güvenlik kurumlarında ve onların danışman kadrosu içinde, İslam'a karşı tutumlarında objektif olmayan, aksine subjektif olan ve sorgulanması gereken akımlar mevcuttur. Ayrıca eyaletler arasında, iktidardaki hükümetin tutumuna göre değişen, Müslüman-

ların fikir yapıları hakkında ortak bir düşünce de bulunmamaktadır. „İslamcı“ olarak tanımlanma, oluşumunda belirsiz, sosyal etkisinde ise feci bir durum teşkil etmektedir. Anayasayı Koruma Dairesi'nin raporlarını ve bunlara eleştirel yaklaşımdan aciz olan medya gücünün etkileşimi, daireleri ve onların İslam danışmanlarını muazzam bir güç artışı ile donatmaktadır. Yanlış veya tartışmalı raporlara karşı yargı yolu o kadar uzun sürmektedir ki, ilgililerin itibar kaybı – karar ne olursa olsun- durdurulamaz şekildedir.

Sağ gözdeki körlük tezi - bazı görevlilerin siyasi meylinden kaynaklanan güvenlik anlayışı ile izah edilebildiği gibi – Müslümanlar söz konusu olduğunda, bazen histerik ve orantısız tavır ve davranışın da izahı olabilmektedir. Belki burada Alman güvenlik kurumlarında aşırı sağcı kesimin gözetimi hususunda tedricilikle yaygınlaşan ihmalin ve bunun getirdiği açık ve dramatik sonuçlarının anlaşılması için bir kilit yatmaktadır. Örneğin 2012 yılı Nisan ayında, İçişleri eski Bakanı Otto Schily, o zamanlar sorumlu İçişleri Bakanı iken, Köln'de yaşanan bombalı saldırı hakkında, eylemin terör kökenli olmadığını söylemesinin, bir yanlış değerlendirme olduğunu ifade etti: Bakan, “NSU-terör grubunun daha önce izine rastlayamayışımızın, siyasi sorumluluğunu ben ve eyaletler bakanları üzerimizde taşıyoruz”, şeklinde Tagesspiegel Gazetesi'ne beyanda bulunmuştur. 2004 yılının Haziran ayında Köln'de gerçekleştirilen NSU bomba saldırısından sonra, ilk incelemelere göre olayın hiçbir terör arka planı bulunmamaktadır, şeklindeki ifadesinin de bir hata olduğunu itiraf etmiştir. Schily: “Biz şimdi bunun çok ağır sonuçlar doğuran bir hata olduğunu biliyoruz”, açıklamasında bulunmuştu. “Biz” ile o dönem Nordrhein-Westfalen'deki meslektaşını, Fritz Behrens'i (SPD), kastetmişti. Bu yanlış tahmini o, Schily ile birlikte verdikleri bir beyanda da ilan etmişlerdi.²²

Tagesspiegel Gazetesi, bakanların bu yanlış değerlendirmesinin, polis ve savcıların tahkik ve araştırmalarını yabancı kökenli toplum ve ortama yönlendirmeleri hususunda, ciddi bir şekilde etkide bulunmuş olabileceğini vurgulamaktadır.

Savcılar açısından herhangi bir siyasi motif görülemediğinden dolayı, tahkik işlemini başlatmış olan terör olaylarında yetkili Federal Başsavcılık bu araştırmalara dâhil edilmemişti.²³

²²“Schily ağır hatasını itiraf ediyor”, Tagesspiegel, 19 Nisan 2012.

²³aynı yerde

2.3 NSU skandalına devletten gelen tepkiler NSU mağdurları için anma töreni

21 Kasım 2011 tarihinde Almanya Federal Meclisi'nde milletvekilleri tarafından bir dakikalık saygı duruşunda bulunulmuştur ve görüş ayrılıklarının açıkça ortada olduğu bir tartışma sonucunda oy birliği ile aşırı şiddete karşı bir açıklama yapılmıştır. Burada, Almanya Federal Meclis Başkanı Norbert Lammert mağdurların ailelerinden tüm milletvekilleri adına özür dilemiştir. “Güvenlik kurumlarının yıllar boyu planlanan ve gerçekleştirilen suçları tespit edemediklerinden ve de engelleyemediklerinden dolayı utanç duyduğunu” beyan etmiştir.²⁴

Bu beyandan önceki tartışmada, Almanya Federal İçişleri Bakanı Hans-Peter Friedrich (CSU) yabancı düşmanlığına zemin hazırlanmaması için birlik çağrısında bulunmuştu. Ayrıca başarılı olunacaksa, NPD'nin kapatılmasını da savunmuştur. Ancak, bu talep tek başına bir gündem maddesi oluşturmamıştı.

23 Şubat 2012 tarihinde Berlin konser salonunda gerçekleştirilen kapsamlı bir anma töreninde, Federal Almanya Başbakanı Angela Merkel mağdurların ailelerinden yanlış ithamlardan dolayı özür diledi. Cinayetleri “ülkemiz için bir utanç” olarak adlandırdı ve failleri ile ilgili şu soruyu sordu; “[...] kim veya ne [...]” böyle failleri, böyle aşırılıklar yapacak kadar etkiliyor. Almanya Türk Toplumu başkanı Kenan Kolat ise, anma törenini eleştirmişti: 1990'lı yıllardaki siyasetçiler Mölln ve Solingen kentlerindeki kundaklama olayları ile ilgili hangi açıklamalarda bulundularsa, bugün de aynıları geçerlidir. Kolat ayrıca, toplumsal ırkçılığa karşı hükümetin net bir stratejisinin olmadığını da görmektedir.²⁵

²⁴Federal Meclis mağdurların ailelerinden af diliyor, Die Zeit 22 Kasım 2011.

²⁵Sağ terör mağdurları: Merkel ailelerden özür diliyor, Spiegel 23 Şubat 2012.

Anı levhası ve sokakların yeniden adlandırılması

NSU'nun cinayetleri işlediği yedi şehir, anı levhaları ve sokakların yeniden adlandırılmasıyla mağdurları anacaktır. Bu yedi şehrin tamamında, aşırı sağ cinayetlerin kurbanı olan on mağdur tek tek hatırlatılacaktır. Planlanan anı levhalarında, mağdurlar anılacak ve uzun bir süre yabancı düşmanlığı bağlantılı eylemlerin soruşturma makamlarının gözünden kaçtığı belirtilecektir.

Anı levhası üzerindeki yazıda: “Neo-Nazi canileri 2000 ila 2007 yılları arasında yedi Alman kentinde on insanı öldürmüşlerdir: Almanya’da aileleriyle birlikte yeni bir vatan bulmuş olan dokuz vatandaş ve bir polis memuresi. Bu terör ve zorbalık eylemlerinin yıllar boyunca asıl sebebinin, insanlara karşı nefretten dolayı cinayet olduğunu anlamadığımızdan dolayı şaşkınlık ve utanç içindeyiz. Şimdi şunu söylüyoruz: Bir daha asla!”

Almanya Federal Meclisi araştırma komitesi

Almanya Federal Meclisi NSU-cinayetlerinin aydınlatılması için bir araştırma komisyonu kurmuştur. Bu komisyonun görevi polis ve gizli servisin, güvenlik yetkilileri tarafından engellenmeden işlenen, üç üyeli bir Nazi hücrelerinin gerçekleştirdiği seri cinayetlerin aydınlatılmasında yapmış olduğu hataları tespit etmektir.

Araştırma komisyonunun ilk dinlemesindeki en önemli şahıs, 22 yıl Berlin Senatosu'nun yabancılar sorumlusu olarak görev yapan ve bugün Berlin Paritätischer Wohlfahrtsverband Derneği başkanlığında bulunan Barbara John olmuştur. Bayan John, 20 Aralık'tan bu yana Neo-Nazilerin katletmiş olduğu insanların yakınlarına pratik yardımda bulunmak amacıyla ombudsman görevini üstlenmiştir, yani bir aracı sıfatıyla mağdurların haklarını devlet kurumları karşısında arayıp savunan kişi olarak görev üstlenmiş, insanların muhatabı olmuştur. Bu kolay bir görev değildir, çünkü yaklaşık 70 kişi'ye destek verecektir. Bu görev için Almanya Federal Cumhuriyeti kendisine bir ofis dahi tahsis etmemiştir, bu hizmet için hâlâ Paritätischer Wohlfahrtsverband Derneği'nin ofislerini de kullanmaktadır. Ve görevi icabı oluşan telefon masraflarını dahi kendi cebinden karşılamaktadır.²⁶

Bayan John sadece aileler ile temas halinde değildir, aynı zamanda onların avukatları, çeşitli bakanlıklar, başsavcı ve bürokratik katılıklarıyla, mağdur ailelerini sürekli umutsuzluğa sürükleyen daire yetkilileri ile de boğuşmaktadır. Ombudsman bayan John, örneğin Adalet Bakanlığı'nın mağdurlar fonundan bazı mağdur ailelerine verilen 10.000 Euro'nun, Sosyal Yardım Dairesi'nce bu ailelerin bir kısmına ödenen sosyal yardım parasına sayılmaması için mücadele etmek zorundadır. John, resmi dairelerin bu para tükeninceye kadar, işsizlik parasının ödenmesine karşı gelmeleri gibi olaylar yaşadığını da anlatmaktadır.

²⁶John NSU mağdurlarının aileleri için daha fazla yardım talep ediyor, Die Welt 22 Şubat 2012.

Aynı şekilde John'un destek verdiği, Köln'deki bir çivili bomba saldırısı mağduru da, resmi makamlar ile boğuşmak zorundadır. Yetkililer, John tarafından alınan bilgiye göre kendisinin üst bedeni parçalanmış durumda olan bu saldırı mağdurunu, ruhsal durumu iyi olduğu halde, psikolojik tedavi alması için zorlamaktadır. Ancak, mağdurun kendi isteği ile psikolojik tedaviyi bırakması durumunda, mağdur tazminat yasalarına göre yapılan ödemelerin derhal kesilmesi söz konusudur.

John aynı şekilde polisin çalışmalarını da açık bir şekilde eleştirmekte ve Araştırma Komisyonu'ndan polis teşkilatının çalışmalarını da incelemesini, özellikle bunların Almanya gibi bir göçülkesinin ihtiyaçlarına uygun olup olmadığını sorgulamasını talep etmektedir. Polis ile ilişkisi olan herkes, onların kendi aralarında birbirlerini tuttuklarından haberdardır. Ombudsman'a göre burada yapılan yanlışların kamuoyuna yansımamasının sebebi de budur. John bu nedenle, örneğin, polisin yabancı düşmanı tavırlara maruz kalan mağdurlarının başvurabileceği ve olayların açıklığa kavuşturulması için hizmet veren bağımsız bir yardım merciin (Clearingstelle) kurulmasını önermiştir.

John'un taleplerinin arka planını, geriye kalanların oybirliği ile hazırlamış oldukları polis ile yaşadıkları tecrübelerinin yer aldığı rapor oluşturmuştur. Mağdur ailelerin hemen hemen tüm yakınları, olaylar sonrası polisler tarafından taciz edilmişlerdir. Bu bağlamda memurların tek araştırma yönleri, yabancı kökenlilerin suç eğilimi doğrultusunda olmuştur. Bu ortamda ailelerden bazıları, polislere aşırı suçluların da fail olabileceğini söylemiştir, ancak bu bilgi sürekli suretle, hiçbir şekilde ciddiye alınmamıştır. Bunun yerine polis bu davranışıyla, ailelerin sosyal çevreleri ile olan ilişkilerini sarsmış ve bu bağlamda oluşan hasarlar aynen bugün de devam etmektedir.

Birçok insan, polislerin suçlamalarında bir gerçek payı vardır düşüncesiyle, mağdur aileler ile olan ilişkilerini kesmiştir. Bazı ailelerinkendileri bile, belirli bir süre sonra herhangi bir yakınının bu olay ile bir alakasının olduğunu inanmaya başlamıştır. Hatta ailelerin tepkilerini denemek için bazen polisler onları uydurma iddialar ile karşı karşıya getirmiştir. John bu nedenle komisyonu bir mağdur yakınına, polis çalışmaları ile ilgili sorular yöneltmeye teşvik etmiştir. Ombudsman'ın bununla birlikte bir de polisle-

rin kovuşturma çalışmasının düzeltilmesi ile ilgili bir önerisi olmuştur, bu öneri: Gelecekte göçmen kökenli bir insanın mağdur olması durumunda, kovuşturmanın yabancı düşmanlığı arka planını varsayarak olayı ele alınmasının standart haline getirilmesidir. Diğer taraftan, suç mağduru olan göçmen kökenli insanların ihbarda bulunmasının kolay olmadığını Thüringen'deki mobil mağdur danışma merkezi Ezra'da görevli olan Christina Büttner raporunda dile getirmiştir. Örnek olarak, bir banka şubesinde birden fazla fail tarafından tehdit edilmiş olan bir Afrikalı vatandaşın, akabinde şube önünde bırakmış olduğu bisikletinin çalındığını, ancak kendisinin daha sonra yerel polis merkezinde bir ihbarda bulunmasına imkan verilmediğini anlatmıştır. Bu Afrikalı vatandaş bunu daha sonra ancak bir avukat aracılığıyla, zorla yaptırmak zorunda kalmıştır.

Ayrıca mağdurlar, maruz kaldıkları aşırı sağ saldırılarından dolayı kendilerinin suçlamayla karşı karşıya kalmış olduklarını tecrübe etmektedirler, özellikle de polis tarafından kendilerinin Nazilere karşı angaje oldukları ve gösteri yürüyüşlerine katıldıkları biliniyor ise. Büttner'e göre, ırkçılık sadece aşırı sağ düşünce yapılarında değil, aynı anda resmi dairelerde de mevcuttur ve özgür toplumun buna karşı gelmesi gerekmektedir.

Şimdi hükümet nezdinde ve eyaletlerde oluşturulan NSU hakkındaki araştırma komisyonları, bu bağlamda önemli bir katkı sağlayabilirler. Ancak parlamenterlerin işlerini etkin olarak takip edebilmeleri, gerekli olan dosyaların hızlı bir şekilde erişime açılmasına bağlıdır. Böylece siyasetçilerin olayı aydınlığa kavuşturma çabalarının gerçekte ne derece ciddi olduğu tespit edilebilecektir. John'a göre, mağdurlar, uzun yıllardır yanlış yönde araştırmalarını sürdürmüş olan sorumluların Araştırma Komisyonu tarafından tespit edilip hesaba çekilmelerini beklemektedirler.. Bunun ise gerçekten böyle gerçekleşeceğine, Barbara John da inanmamaktadır. Bugün de, NSU'nun ortaya çıkmasından bir yıl sonra yaşananlar, John'un ilk şüphelerinin yersiz olmadığını göstermektedir.

3. Almanya’da İslam düşmanlığı

KRM-üye dernekleri yıllardır Almanya’da artan İslam düşmanlığı konusuna dikkat çekmeye çalışmaktadırlar. Son yıllarda yürütülen çeşitli araştırmaların ve anket sonuçlarının, İslam karşıtı duyguların ve dolayısıyla da İslam karşıtı suçların artma riski olduğunu ortaya koymaları, bu görüşü doğrulamaktadır. Camilere düzenlenen saldırılar ve diğer Müslüman düşmanlığı taşıyan suçlar arttığı halde, bu suçlar halen “nefret suçu” başlığı altında toplanmaktadır ve böylece “yabancı düşmanlığı kökenli suçlar” bölümünde sınıflandırılmaktadır. DIE LINKE, Almanya Federal Meclisi’nde NSU skandalı öncesi bu işler acısı duruma küçük bir soruşturma ile dikkat çekmiştir.²⁷

Sol parlamento grubunun, bu ve yeni soruşturmalarına²⁸ yanıtı, siyasi suçlar anlamında “İslam” veya “Müslüman düşmanlığı” kategorilerinin dahi bulunmadığını ortaya çıkarmıştır. Her ikisi de günümüze kadar “nefret suçları” altında sınıflandırılmaktadır. Almanya Federal İçişleri Bakanlığı’ndan (BMI) alınan bilgileri ışığında, 2011 yılında 30.000’den fazla “siyasi motifli” suç işlenmiştir. Yüzde 3,3- veya 1.010 olay- “yabancılar tarafından işlenmiş suçlar” kategorisine girmiştir. Yarısından fazlası ise (16.873), “aşırı sağcılar tarafından işlenmiş suçlar” kategorisine girmiştir. Almanya Federal İçişleri Bakanı Hans-Peter Friedrich de, özellikle “yabancı düşmanlığı motifleri” ile işlenen suçların artışından duyduğu endişeyi dile getirmiştir.²⁹

Ayrıca bu aşırı sağcıların işlediği suçlar, “vahşet boyutu yüksek” karakteristik özelliğiyle göze çarpmaktadır- miktar olarak da işlenen suçlar ile yaralanma oranı çok daha yüksektir. Friedrich basın mensuplarına, “Eski vakaların arka planında muhtemelen sağcı kesimin olup olmadığına dair incelemeler henüz sürmektedir ancak şu ana kadarki sonuçları dikkate aldığımızda NSU’nun işlediği cinayetler dahil 1990 yılından beri sağcıların şiddetine uğrayarak ölen insan sayısı 60’a ulaşmıştır” açıklamasında bulunmuştur.

²⁷Almanya’da Müslüman düşmanlığı suçları, Basılı Evrak 17/4335 - 22. 12. 2010.

²⁸Almanya’daki camilere saldırı, Basılı Evrak 17/9523 - 07.05.2012.

²⁹Massouda Khan: “Odaktaki camiler?”, İslami Gazete, 30.05.2012.

KRM'in verilerine göre 2001 yılından bu yana her iki buçuk haftada bir, bir cami veya bir başka İslami kurum, Almanya'da saldırıya uğramıştır. Çoğu durumlarda muhtemel suçluların görüşleri sabittir – karalamalar, domuz kafaları veya anti-Müslüman sembolleri gibi. Buna benzer vakalar ne yazık ki bugüne kadar devam etmektedir.

Bu tür suçlarda failerin tespiti ve olayın aydınlatılması ihtimalinin oldukça düşük olması sebebiyle, Müslümanlara karşı saldırıların asıl sayısının çok daha büyük olduğunu tahmin edebiliriz. İslam düşmanlığının sadece “yabancı düşmanlığı” veya “nefret suçları” kategorisinde toplanmaması ve kendisine has ırkçı şiddet ile işlenen bir suç olarak değerlendirilmesi gerekmektedir. Bunun şu ana kadar yapılmaması sebebiyle olaylar doğru algılanamamakta ve halen Müslüman düşmanlığı içeren suçlar olmadığı yanlışlığına yol açmaktadır.

Camilere yapılan saldırıların artması, Müslüman toplumları çok tedirgin etmektedir. DITIB'in 16 Mayıs 2012 tarihindeki basın açıklamasına göre, yılbaşından bu yana ülke çapında camilere yapılan saldırılar vahim bir şekilde artmıştır. Basın açıklamasına göre; “Saldırıların şiddeti ve çetinliğinde vahim bir artış gözlemlenmektedir: Bugüne kadar yapılan ve sürekli artmakta olan tahrik ve nefret mektuplarına, şimdi camilerin önüne koyulan kesilmiş domuz kafaları, cami duvarlarına sağ parolaların ve gamalı haçların çizilmesi, Molotof kokteyl saldırıları ve tehlikeli kundaklamalar” da eklenmiştir.³⁰ Kamuoyunun ve siyasetin bu tür olaylara yaklaşımı Müslümanları şüphelendirmektedir. Bir taraftan medyada bu saldırılardan hemen hemen hiç bahsedilmemektedir. Kamuoyunun bu konudaki tepkisi de sınırlıdır. Diğer taraftan güvenlik yetkililerin tepkileri de birçok Müslümanı huzursuz etmektedir: “Üzücü olan, güvenlik yetkililerinin bu tür saldırıları kamuoyundan, “taklitçilerden sakınmak” gerekçesiyle gizli tutmalarını tavsiye etmesidir. Sonuç olarak, ilgili cemiyetleri daha fazla mağdur duruma düşürmekte olan, çok tehlikeli bir suskunluk döngüsü oluşmaktadır: Cami derneklerinin üyeleri bu tür olaylardan dolayı sadece şoke olmuş değil, aynı zamanda bu tür olaylardan dolayı güvenlik gereksinimlerinin karşılanması konusunda ciddi bir şekilde kısıtlanmışlardır.”³¹

³⁰DITIB-16.05.2012 tarihli basın açıklaması: Camilere saldırılar artıyor.
<http://ditib.de/detail1.php?id=301&lang=de>

³¹Aynı yerde

Hamburg-Hamm bölgesinde, yılbaşında yaşanan kundaklama olayı ve en son Ahrensburg'daki saldırılar hakkında kamuoyuna seslenen, DITIB Hamburg Eyalet Birliği, DITIB Kuzey Bölgesi Başkanı ve DITIB Federasyonu Yönetim Kurulu Üyesi Dr. Zekeriya Altuğ, bunlar hakkında şu ifadelerde bulunmuştu: “İlgililer ve tüm belediyeler sessizliğe mahkûm edilirse, o zaman bir soğukluk ve korku iklimi yaratırız. Bu, şu anlama gelmektedir: SÜKUT İKRARDANDIR! Bunun için mağdurlara, saldırı ve tacizlere maruz kaldıklarında kamuoyuna açılmalarını tavsiye ediyoruz, özellikle de böyle bir izlenim bırakmamak için. Bütün dernek ve camilere böyle saldırıları kamuoyuna hızlı bir şekilde duyurmaları için tavsiyelerde bulunuyoruz. Çünkü bu tür olaylara karşı sadece birlik ve bütünlük içinde bir kınamada bulunulabilir ve ilgili cemiyetlerin sorun ve durumlarına kamuoyunda bir farkındalık oluşturulabilir.”

3.1 “Almanya’daki durumlar” - Heitmeyer

Disiplinler Arası Çatışma Ve Şiddet Araştırması Enstitüsünde Profesör Wilhelm Heitmeyer’in yönetimi altında yürütülen “Almanya’daki durumlar” başlıklı araştırma çalışması toplam 10 yıl sürmüştür. Bu çalışmada, yabancı düşmanlığının ve belli gruplara ait insanlara karşı düşmanlık beslemenin, sağa eğilim ve nasyonalist duruşların Almanya’da sürekli artmakta olduğuna dikkat çekilmiştir. Bu çalışma bir hususa açıklık getirmektedir: Bu eğilimler sadece radikal azınlıklarda kendini göstermeyip, artık toplumun tam olarak merkezinden ve içinden türemektedir.³²

“Son yıllarda bu durum göçmenlerin reddi ile ama özellikle de İslam ve Müslümanların reddi tavrıyla özetlenmiştir. NSU çetesinin Alman Müslümanlara yönelik gerçekleştirdiği cinayetler aşırı sağcıların ve İslam düşmanlığı akımlarının burada bir ortak hedefte bulunduğu ve bir zamanlar var olan Yahudi düşmanlığının yerine geçtiğini göstermiştir. Bu gelişmelerin, enstitünün diğer araştırma projelerinden alınan neticeye göre, tüm Avrupa çapında var olduğu da tespit edilebilmektedir.”³³

Profesör Heitmeyer bu çalışmada, “bütün meşru sınırların kaldırıldığı son on yıldan” bahsetmektedir. Müslümanlara, göçmenlere veya engellilere ve hatta işsizlere, kadınlara veya homoseksüellere karşı aşağılamalar ve dışlamalar şeklinde farklı grupları hedef alan düşmanlıkların açığa çıkarılması, sosyal bilimcilere göre, özellikle aşırı sağcılar gibi gruplar tarafından uygulanan şiddet eylemlerine bir temel oluşturmaktadır. Bunlar toplumun kenarlarında hareket etmemektedirler, toplumun kendisinde insana karşı düşmanlık besleme gibi bir tutumun zaten var olmasından dolayı aşırı sağcılar da kendi tutumlarının meşru olduğunu düşünmektedirler ve bu ortamdan faydalanmaktadır.

Wilhelm Heitmeyer’e göre, son on yıllık çalışması doğrultusunda Almanya’da yabancı düşmanlığı ve sağ popülizm açıkça artış göstermiştir. Heitmeyer, “Almanların yaklaşık yüzde 10’nu tamamen sağcı bir şekilde düşünmektedir”, diyerek, Spiegel Online’a yapılan son anketin sonuçlarını özetlemektedir. 2010 ila 2011 yılları arasında yapılan çalışmada, sağ popülistlerdeki şiddete hazır olma ile şiddeti meşru görme oranlarında yüzde 16’lık bir artış görülmüştür. Özellikle Müslümanlara karşı şüphe ve düşmanlık ciddi bir

³²Florian Rötzer, Toplum zehirlenmiştir, 11.12.2011 tarihli telepolis.

³³aynı yerde

şekilde artış göstermiştir. Almanların yarısı Müslümanların yoğun olarak yaşadığı bir yere taşınmak istememektedir. Heitmeyer bu gelişmeyi, “Artan toplumsal bölünme, birlikliği parçalamaktadır. Toplum zehirlenmiştir.”, ifadesiyle yorumlamaktadır.

Çalışmada yabancı düşmanlığı ve İslam düşmanlığı konusunda aşağıdaki sonuçlara ulaşılmıştır:³⁴

a) **Tekrar artışta: Irkçılık ve barınağı olmayan insanların karalanmasında** bugüne kadar hafif bir gerileme görülmesine karşın, 2010’dan 2011’e kadarki süreçte önemli ölçüde bir artış görülmüştür. **Uzun dönemli işsizlerin karalanmasında** 2009 yılından bu yana artarak devam eden eğilim bu yıl önemli ölçüde artmıştır. Aynı derecede bir artış eğilimi **yabancı düşmanlığında** ve **engellilerin karalanmasında** da izlenmektedir, ancak buradaki seviye 2002 ve 2005 yılında bu önyargılara ilişkin yapılan ankette ulaşılan seviyeden daha düşüktür. “İşyerleri azalır, Almanya’da yaşayan yabancılar tekrar memleketlerine geri gönderilsin!” görüşü bu yıl yüzde 5’lik bir puan artışıyla 29,3’e kadar yükselmiştir. Ankete katılanların yarısından fazlası (yüzde 52,7) 2011 yılında; “Uzun dönem işsiz kalan birçok insanın gerçekten bir iş bulmaya niyetleri yok” şeklinde yorum belirtmiştir. Yüzde 35,4 oranındakiler, 2011 yılında yapılan aşağıdaki beyanı teyit etmektedir: “Dilenen barınaksız insanları şehir merkezinden uzaklaştırmak gerekir” ve böylece ankete katılanlar, eşitsizliği ve barınağı olmayan insanların kamu alanlarından dışlama olayını doğru bulmaktadırlar.

b) **Nispeten sabit: Yerleşik sakinlerin imtiyazları** üzerindeki vurgu bu yıl 2009 ile 2010 arasındaki keskin artış sonrası tekrar önemli ölçüde düşüş göstermiştir ve güncel olarak ilk yükselme seviyesinden daha düşük bir seviyede seyretmektedir. 2009 ile 2010 yılı arasında önemli bir artış gösterdikten sonra **İslam düşmanlığı** da gözle görülür şekilde gerilemiştir. 2011’de ankete katılanların yüzde 30,2’si “... Müslümanların bu kadar çok olmasından dolayı, kendimi ülkemde bir yabancı gibi hissediyorum” şeklinde düşünüyordu. 2010 yılında bu rakam yüzde 38,9 idi. “Birisi bir yerde yeni ise, ilk olarak daha az ile yetinmesi gerekmektedir” görüşünde ise, ankete katılanların yüzde 54’ü hemfikirdir, bu rakam 2010 yılında yüzde 64,7 ile genel görüşü temsil ediyordu.³⁵

³⁴Heitmeyer, Almanya’daki durumlar: Kilidi açılan on yıl, grup odaklı insan düşmanlığının uzun vadeli çalışma tanıtımı ile ilgili basın açıklaması, 12.12.2011.

³⁵Almanya’daki durumlar: Kilidi açılan on yıl, Heitmeyer (IKG).

3.2 Almanlar ve göçmenleri – Avrupa kimliği çalışması sonuçları - Schmidt-Denter

Almanlar, yabancı vatandaşlara karşı ne kadar samimidirler? Prof. Dr. Ulrich Schmidt-Denter başkanlığında yürütülen Geliştirme ve Eğitim Psikolojisi bölümünün on yıllık çalışmasında Almanya’da yaşayan iki kuşaktan insanlar seçilerek sahip oldukları tutumları Avrupa’da on komşu ülkede yaygın olan tutumlarla kıyaslamıştır. Göçmen kökenli olan ve olmayan, 6000’den fazla bilimsel araştırmaya katılan gönüllü kişiye yabancı dostluğu ve yabancı düşmanlığı hakkındaki tutumları doğrultusunda sorular sorulmuş ve bir anket yapılmıştır. Bu çalışmanın sonucu şunları göstermektedir: Alman gençleri ve ebeveynleri Avrupa genelindeki sıralama doğrultusunda yabancı düşmanlığı (Xenophonie) ve antisemitizm hakkında dikkat çekmeyen, anketin orta kesimlerinde yerini almaktadır. Diğer taraftan ise Almanlar, açık bir şekilde yabancı dostu olarak ortaya çıkmaktadır. Yabancı dostluğu (Xenophilie) hakkındaki ankette ise, Almanlar Avrupa genelinde tartışmasız birinciliklerini korumaktadır. Başka hiçbir ülkede yabancı dostluğu hakkındaki beyanlar, Almanya’daki olduğu kadar çok kabul görmemektedir. Fakat Almanlar aynı zamanda kendi davranışlarını da sorgulamaktadırlar. Kendine karşı olumsuz bir tutuma sahip olma olgusuna , araştırma çalışmasında uygulanan ampirik kriterler doğrultusunda bakıldığında “tipik Alman” bir tutum olarak tanımlanabilmektedir. Örneğin, “Yabancılar da, biz Almanlarda eksik olan birçok olumlu nitelik vardır” görüşü, Avrupalı komşularımıza nazaran, burada çok daha fazla göze çarpmaktadır.

Yabancı düşmanı suçların işlenmesiyle karşı karşıya kalınca medyada sık sık “Hatırlama kültürü” veya “Geçmişle hesaplaşma” gibi kavramlarla şimdiye kadar alınmak istenen önlemlerin ne kadar etkili olabildiği sorusu sorulmaktadır., Çalışmanın sonuçları göstermektedir ki, insana suçluluk ve utanç duygusu aktaran bir eğitim sisteminin mevcut olması ve şimdiki zamanımızda baş gösteren sosyal ve ulusal bağların erimesi olgusu, sadece Almanlar üzerinde olumsuz bir etki bırakmamaktadır. Almanların kendilerini olumsuz tanımlama kültürlerini hâlâ besleyip sürdürmeleri, entegrasyon sağlamak isteyen göçmenlerin bile kafasını karıştırmaktadır . Ancak, göçmenler ile Almanları birleştirme eylemleri, topluluk duygusunu güçlendirmektedir. Bunu bilim adamları 2006

futbol dünya kupasındaki bir araştırma ile ispat edebilmişlerdi. Onlar, beraberliğin sadece neşeli durumlarda değil, aynı zamanda üzücü durumlarda da güçlenebileceğini varsaymaktadırlar (örneğin şiddet, aşırılık ve terörle karşı uzlaşma konularında olduğu gibi). Buna karşın sorgulanması gereken diğer bir olay ise, Türk siyasetçilerin meydan okurcasına ortaya çıkıp konuşmalarıdır. Onların bu hareketi Alman ile göçmenlerin arasında bir „birlik hissi“ teşvik mi edeceği yoksayabancı bir gücün temsilcileri olarak insanların zaten karşılıklı hissettikleri yabancılaşma duygularını daha da mı arttıracığı sorusunu ortaya çıkarmaktadır..³⁶

³⁶Schmidt-Denter, U. (2011). Almanlar ve göçmenleri – Avrupa kimlik araştırmasının sonuçları. Weinheim: Beltz/Juventa.

3.3 Sinus-Çevre araştırması “Günlük yaşamda ayrımcılık” (2008)

Federal Anti-Ayrımcılık Dairesi tarafından yaptırılan, „gündelik hayatta ayrımcılık“³⁷ konulu Sinüs Çevre araştırması, özellikle Müslümanlara karşı ayrımcı olmayan ve önyargısız toplum için acil bir eylem gereksinimi bulunduğunu ortaya çıkarmaktadır. Ancak araştırmaya göre, din ve dünya görüşlerinden dolayı insanların mağdur edilmesi konusu üzerinde yapılan tartışma çok çabuk din konusuna, burada da İslam ve onun olumsuz imajı konusuna odaklanmaktadır.

Zihinlerde çağrıştırılan kavramlar zinciri aşağıdaki şablona göre oluşmaktadır:

Din > İslam > Kökten dincilik > Terör

Yani, “Din” teriminde akla ilk olarak “İslam” gelmektedir. Bu, spontane olarak dini “Kökten dincilik” ile bağdaştırır. Ve bundan da ilk etapta şiddet ve “Terör” beklenir – ilgili medya haberlerinden öğrendiğimiz gibi.

Yukarıdaki kavramlar zincirinin daha yalın bir versiyonu ise aşağıda gösterildiği gibidir ve toplumda ileri gelenlerin, yani toplumun yüksek ve orta kesimini oluşturan insanların kafalarındaki şekillenmesidir.:

Din > İslam > Geri kalmış > Kadınlara baskı > Zorla evlilik ve namus cinayetleri

Kavramların birbiriyle olan bağlantılarını çoğu zaman somut algılayan ve bu nedenle kişiselleştirilmiş şekilde düşünen avam tabakanın kafasında oluşan kavramlar zinciri ise şu şekildedir:

Din > Müslümanlar > Türkler > Yabancılar > Tehdit

³⁷ Sinus Çevre araştırması “Günlük yaşamda farklı davranışlar, farklı davranışın algılanması ve toplumumuzda farklı davranışa karşı siyaset”

Geleneksel çevrede çağrimsal zincir çok farklı değildir:

Din > Müslümanlar > Hoşgörüsüzlük > Nefret saçan > Gizlice sızan/ kültürümüzü tahrip eden

Ancak genç çevrelerde alternatif düşünce ve birleşme örnekleri mevcuttur:

Din > Cazip olmayan > İslam >

Orta çağ > Çağdışı > Aydınlanmaya muhtaç

Fanatikler, Saçmalayanlar > Sevimsiz > Uzak durma

Din hakkındaki ifadeler bile endişe vericidir. Böylece, ankete katılanların yüzde 39' u Müslümanların hoşgörüsüz ve şiddete eğilimli olduğunu ve herhangi bir terör saldırısı sonrasında ilk olarak Müslümanlardan şüphelenildiğini ve sadece yüzde 55'i bunun doğru olmadığını düşünmektedir. Ankete katılanların yarısından daha azı Hristiyan olmayan dini toplulukların eşit haklara sahip olmamasından yanadır (örneğin Yahudilerin veya Müslümanların Hristiyan kiliseleri ile eşit tutulması gibi). Katılımcıların yüzde 41'i başörtüsü yasağının kaldırılmasından yanadır ve yaklaşık üç kişiden birisi yabancı din ve inanç toplulukları hakkında daha fazla bilgi edinmek istemektedir. "Din motivasyonlubir hayat tarzı artık günümüze uygun değildir" ifadesini, ankete katılanların yüzde 79'u onaylamıştır ve yüzde 59'u ise, dinlerin, kendisinininkinden farklı inançlara sahip olanlara karşı ayrımcı davrandıkları için devlet tarafından korunmaya haklarının bulunmadığı düşüncesine sahiptirler.

Araştırılan çevrelerin bazısında yabancı din mensublarına, yani Müslümanlara, ayrımcılık yapılması anlayışla karşılanmaktadır, hatta onlara haklı olarak ayrımcılık yapılması gerektiği görüşü mevcuttur. . (Ben Müslümanlara karşı ayrımcılık yapardım, Pislik millet!). Aynı zamanda, Almanya'da insanların dinlerinden dolayı ayrımcılık yapılmadığı kabul etmemektedirler ("Ben böyle davranan hiç kimseyi tanımıyorum...; Almanya'da din özgürlüğü vardır.").

Bu tezatlı beyanlar, araştırmaya göre ülkedeki Müslümanların sayısının büyümesinden dolayı, "ezilme", "altta kalma", "istilaya uğrama" veya "baskı altında" kalma duygularından kaynaklanan büyük korkularla açıklanabilmektedir. Özellikle "muhafazakâr" ve gelenekçi" çevreler İslam'ın "barışçıl" olmadığını ve „çağdışı“ düşüncelerini, kurallarını ve emirlerini yerel halka zorla kabul ettirmek istediğini düşünmektedir. ("Orada bir şeyler oluyor, orada bir şeyler kaynatıyorlar, her şey ele geçirildikten sonra uyanaca-

ğız”). İlgili komplo senaryoları dönem dönem diğer çevrelerde de ortaya çıkmaktadır (komik bir örnek olarak: “Ülkemizdeki kadınların aşağılanması Müslümanlar tarafından getirilmiştir” yaklaşımı gösterilebilir).

Ankete katılan bayanlar genelde din söz konusu olduğunda, çoğu zaman; “Müslüman kadınların ıstırap içinde olduklarına” değinmektedirler, duygularını acıma ile hiddet (“ben Türk kadınlarına çok acıyorum, dövülüyorlar, zorla evlendiriliyorlar, başörtüsü takmak zorundalar”, “Benim Türk kız arkadaşım, annesi ve babası tarafından dövülüyor, bu feci bir olay!”) arasında bocalayarak ifade ediyorlar.

Modern çağın öncesinden kalma bir hayat tarzına sahip oldukları ve bundan dolayı kadına karşı saygısızlığın, şiddet uygulamanın ve maçoçuluğun Müslümanların hayat tarzlarının bir parçası olduğunu düşünerek çok ağır bir şekilde eleştirilmektedir. Bu atıfları yapan ve benimseyenler Müslümanlara bu yüzden sert bir müdahaleyle karşılık verilmesi gerektiği fikrine sıcak bakmaktalar.(“Biz burada Almanya’da yaşıyoruz, burada herkes her istediğini yapamaz, burada zor kullanılmalıdır.”). İslam’ın tehlike olarak hissedilmesinden bağımsız olarak, alenen görünür bir dini yaşam tarzı reddedilmektedir ve “kökten dincilik” ve “fanatizm” şeklinde yorumlanmaktadır. Bu anket sonuçlarından dolayı, Ayrımcılık Dairesi yöneticisi Martina Köppen, dini azınlıklar ile ilgili olarak “daha çok bilgilendirme çalışmasının yapılması gerekmektedir”, açıklamasında bulunmuştur.

3.4 NSU cinayetlerinin ardından, Türk göçmenlerin duygusal durumu ile ilgili araştırma

Ankara Üniversitesi Göçmen ve Siyasi araştırma merkezi, Berlin kamuoyu araştırma enstitüsü SEK-POL/Data4U ile birlikte Türk göçmenlerin 2000 yılından bu yana Neo-Nazi grupları tarafından gerçekleştirilen ırkçı saldırılar ile ilgili duygu, fikir ve beklentileri hakkında bir araştırma yapmıştır³⁸. Başlığı “Almanya’da ırkçı Neo-Nazi cinayetleri: Türk göçmenlerin duygu ve fikir durumları hakkında bir araştırma” olan araştırma, Almanya’da yaşayan 1.058 Türk göçmen ile telefon üzerinden gerçekleştirilmiştir. Temsili anket 14 yaşından büyük kişiler ile, 05.12.-15.12.2011 tarihleri arasında yapılmıştır. Araştırmada ilk olarak Alman-Türklerin, “Almanya’da ırkçı Neo-Nazi cinayetleri” konusuna ilgilerinin ne kadar olduğu ve bu konu hakkında ne şekilde bilgi elde ettikleri tespit edilmeye çalışılmıştır. Türk göçmenlerin yüzde87’si bu olayları çok yakından takip ettiğini ve kaynaklarının ise ağırlıklı olarak Türk medyası olduğunu ifade etmiştir. Almanya’da yaşayan Türk göçmenler bu Neo-Naziler tarafından gerçekleştirilen cinayetleri, konu her ne kadar popülist beyanlarla tartışılrsa da, büyük sakinlik ve olgunluk içinde takip etmektedirler. Olayları Alman toplumu ile bağdaştırmamaktadırlar ve böylece Almanlara yönelik bir ithamdan kaçınmaktadırlar.

Türk göçmenlerin çoğunluğu (yüzde 78) bu cinayetleri Alman toplumu ile bir bütün şeklinde değil, ancak radikal gruplar ile bağdaştırmaktadır. Ankete katılanların sadece yüzde 2’si “bu cinayetlerin Alman toplumu tarafından gerçekleştirildiği” kanaatindedir ve yaklaşık yüzde 7’si “Alman toplumunun büyük bir bölümü”nün bu cinayetlerden sorumlu olduğunu düşünmektedir.

Türk göçmenler Alman hükümetine olan güvenlerini de büyük bir ölçüde kaybetmiş durumdadır. “Sizce katiller Alman hükümeti tarafından destek görmüş müdür ve hatta

³⁸Araştırma: „Almanya’da ırkçı Neo-Nazi cinayetleri: Türk göçmenlerin duygusal durumları ve düşünceleri hakkında araştırma“ – Data 4U, Hacettepe Üniversitesi Ocak 2012

korunmuş mudur?“ sorusunu katılımcıların yüzde 55’i “evet” olarak yanıtlamıştır. Sadece yüzde 22’si buna inanmamaktadır. Türk göçmenlerin Alman hükümetine karşı olan bu şüpheleri özellikle, faillerin 2000 yılından beri yakalanamaması ve Anayasayı Koruma Dairesi çalışanlarının Neo-Naziler ile olan ilişkileri hakkında yayınlanan haber ve bilgilerden kaynaklanmaktadır. Bu durum, Alman hükümetine olan şüpheyi ciddi bir şekilde artırmıştır.

Türk göçmenlerin üçte ikisinden (yüzde 67’den) daha fazlası Almanya’da başka ırkçı motifli cinayetlerin olacağından ve hemen hemen yüzde 40’ı kendilerinin veya arkadaşlarının ve tanıdıklarının Neo-Nazi terör mağduru olabileceğinden somut olarak korkmaktadır.

Bu endişelere rağmen, Türk göçmenlerde bu cinayet serileri dolayısıyla, “korku” (yüzde 8) veya “öfke” (yüzde 12) değil, yüzde 74 ile “üzüntü” hakimdir.

Türk göçmenlerin yaklaşık yüzde 60’ı bu eylemlerin Alman siyasetçiler tarafından örtbas edilip, hasır altı yapılmak istendiği düşüncesine sahiptir.

Alman siyasetçilerin bu konuyla ilgilenip ve bir çözüm bulmaya çalıştığına inanan Türk göçmenlerin sayısı ise yaklaşık yüzde 35 civarındadır.

Türk göçmenlerin yaklaşık üçte biri Alman Federal Meclisinde, siyasi sorumlular tarafından yapılan “özür dilemeyi”, bir pişmanlık ve inandırıcı üzüntü olarak görmemektedirler. Buna karşın hemen hemen %60’ı şu ifadeye inanmamaktadır: “Yaşanan olaylardan dolayı Almanlar üzgündür ve üzüntülerini inandırıcı bir şekilde ifade etmektedirler.”

4. KRM'in bakış açısı

Cinayet, banka soygunları ve saldırılar – Almanya, bazı sağcı teröristlerin gerçekleştirdiği eylemler sonrası şoke olmuştur. Polis olaylar hakkındaki ayrıntıları çok yavaş bir şekilde açıklamaktadır. 2007 yılına kadar uzanan olaylar hakkında tüm kanıtlar mantıksal bir yapı içerisine yerleştirilememektedir.

Bu arada devletin aşırı sağ ile olan ilişkisi hakkında yoğun bir tartışma başlamıştır. Almanya'daki sağ oluşum, hükümet tarafından finanse edilen bir muhbir ağı tarafından, kısmen de olsa şekillendirilmiş ve bütçeden beslenmiştir. Sağ hareketi ile ilgili toplumsal tartışma, yıllarca Müslüman “teröristlere” karşı olan mücadelenin gölgesinde kalmıştır. O dönemde de Anayasayı Koruma Daireleri'nin yöntem ve siyasi görüşleri hakkında fazla eleştiri yapılmamaktaydı. Bu daireler, ülkedeki siyasi tartışmalara aşırılıklar ve küçümsemeler ile katılmışlardı.

Örneğin „İslamcılık“ kavramı, aslında hiçbir olaya karışmamış ve devlete sadık olan binlerce Müslümanı da suç ve suçlu bağlamına almış ve onları devlet ve toplum için aşırı bir tehdit olarak göstermiştir. Bu anlayış sayesinde sağcı „İslam eleştirmenleri“ İslam'a ve Müslümanlara karşı sivil grupları seferber edebilmişlerdi.

Almanya'da uzun yıllardır yasalara uyan Müslümanlar ve onların camileri „İslamcılık“ etiketiyle etiketlenmiş, izlenmiş ve fiilen kamusal söylem ve sosyal katılımdan dışlanmıştır. Almanya'da İslam tartışmasına hiç şüphesiz yılın en önemli katkısını yapan Türk Dışişleri Bakanı Ahmet Davutoğlu'nun ziyareti olmuştur. Son ziyaretinde Davutoğlu, Alman İçişleri Bakanı Friedrich'e açık bir şekilde itiraz etmiştir. Davutoğlu Friedrich'in kullandığı „İslami terör“ sözcüğünü kabul etmemiştir. Bu terimi kullanmakta ısrar eden biriyle konuşmak istemediğini beyan etmiştir. Davutoğlu'na göre, „Hıristiyan terörü“ veya „Alman terörü“ tanımlaması ne kadar yanlış ise, „İslam terörü“ tanımlaması da o kadar yanlıştır. KRM'e göre de, İçişleri Bakanı Friedrich'in yaptığı tanımlama, bir bütün olarak „İslamcılık“ algısı açısından Müslümanlara hakaret etmektedir ve onları asılsız bir zan altında bırakmaktadır.

Milli Görüş'ün (IGMG) bir basın açıklamasında belirttiği üzere: “Terör ve İslam terimleri (...) bu denli birbirine karıştırılarak kullanıldığında, 2009 yılında “Günlük Yaşamda Ayırıcılık” başlıklı Sinüs SosyalÇevre araştırmasının ortaya çıkardığı gibi, halkın, otomatik olarak ,’Terör’ün, ‘İslam’“ ile birleştirmesine şaşırılmaması gerekir. “ Bu şekil bağlantıların kurulması ilerde hangi boyutlara ulaşabileceğini en geç şimdiki aşırı sağcı terörün vuku bulmasıyla anlaşılması gerekirdi”.

Bazı „panikçiler“ Müslümanların hepsini suç ve suç ideolojileri ile birleştirme stratejisini izlemektedirler. Daha fazla karşılıklı şüpheye sebep olmamak, her ne kadar ortam gergin de olsa devlet ile Müslümanlar arasındaki ilişkide önem teşkil etmektedir. Her vatandaş, Müslüman olsun veya olmasın, modern devletimizde Alman polis kuvvetlerinin işleyişine muhtaçtır.

Bu nedenle polisin işi ile ilgili polemik eleştiriler değil, ama ihmallerin kriminolojik yöntemlerle açıklaması talebi faydalı olacaktır. Ajan ve güvenlik teşkilatı mensubu bazı bireylerin bir ağ oluşturarak „koruyucu el“ gibi suçları örtmeye çalışmış olması ihtimali de gözardı edilmemelidir.

Diğer taraftan Türk vatandaşlarına karşı devletin planlı bir eylem fikri saçma ve anlamsızdır. Ama terör gruplarının „listesinde“ adı geçen Müslüman vatandaşlar ile ilgili yetkililerin duyarsız davranışı eleştirilmeyi hak etmektedir. Bu Müslümanların gerçekten tehlike altında olduğu hakikatı, hem polisi hem de medyayı bugüne kadar hiç ilgilendirmemiştir. Yetkililerin kalıp ifadeler içeren bir mektup ile potansiyel mağdurları başından savması, skandal içinde bir skandaldır ve Almanya Federal Cumhuriyeti'nin itibarına zarar vermektedir.

Talep listesi

Alman güvenlik yetkilileri, NSU terörü sonucunda vatandaşlarda – ve özellikle Müslümanlarda - güvenlik kurumlarına karşı oluşan güven kaybını tekrar inşa etmek ile yükümlüdür. Bu güven olmadan kendini Almanya’da güvenli hissetmek ve vatanında gibi görmek mümkün değildir. Bu güven aşağıdaki zikredilen şartların oluşturulmasıyla tekrar inşa edilebilir:

1. NSU olaylarının eksiksiz bir şekilde araştırılması gerekir. Bunun için aşağıdaki hususların açıklığa kavuşması gerekmektedir;
 - a. NSU’nun kendisinin ve çevresinin işlediği tüm suçlar
 - b. Evrak imhaları
 - c. NSU terörü ile ilişkili izlerin yetkililer tarafından yapılan kovuşturma veya takipsizliği ile ilgili tüm bilinen ve bilinmeyen hatalar, arızalar ve başarısızlıklar
2. NSU çevrelerine, tüm personelin, doğrudan, dolaylı ve güvenlik kurumları ile siyaset saflarından olan üçüncü kişilerin bağlantılarının belirlenmesi.
3. Bu soruşturmanın sonlanmasından sonra, tüm bilgilerin genel kamuoyu için kolayca elde edilebilir kılınması.
4. Araştırmalar sonucunda devlet hizmetinde ve siyasette bulunan sorumluların, kendi başarısızlıkları hakkında kişisel olarak hesap vermesi.
5. Araştırmalar sonucunda tüm sorumluların hukuken hesaba çekilmeleri.
6. Devletin resmi daireleri ve makamlarında kanıtlanabilir şekilde ve aşırı sağ çevrelerde hareket eden hiç kimsenin devlet hizmetinde barındırılmaması hedefi doğrultusunda, Nazilerden arındırma uygulaması.
7. İçişleri bakanının Anayasayı Koruma Dairesi ve Federal Kriminal polis için Federal Daire’nin yeni atanan ve “İslamcılık” uzmanları olarak adlandırılan üst düzey bakanlık memurlarının ve özellikle bu personel seçiminin aşırı sağa karşı mücadelede neden uygun olduklarını inandırıcı bir şekilde açıklaması.

8. İnsanlara, binalara ve tesislere yapılan ve bugüne kadar sonuçlanmamış olan saldırıların, NSU skandalından elde edilen bilgiler ışığında yeniden değerlendirilmesi.
9. “İslamcılık” ve/veya “İslamcı” terimlerinin güvenlik söyleminden silinmesi ve bu terimlerin İslam’ı ve Müslümanları genel zan altında bırakmayacak yeni terimler ile değiştirilmesi.
10. Özellikle siyasetçilerin, yükselen İslam ve Müslüman düşmanlığına destek vermek ve karşı koymak için, İslam ve Müslümanları genel zan altında bırakacak, iftira atacak veya onuruna dokunucu beyanlardan uzak durmalarının sağlanması.
11. Alman İslam Konferansı ve Güven İşbirliği çalışmalarının ana temasının İslam düşmanlığı olması.
12. İslam ve Müslüman düşmanlığı suçlarının, olayların hangi ölçüde ve gelişimde olduğunu algılamak ve ölçmek babında suç istatistiklerinde bugüne kadar olduğu gibi “siyasi motifli suçlar” başlığı altında değil, kendi başlığı altında toplanması.
13. Devletin bu sorunları ele almasında, KRM’yi aktif bir partner olarak kabul etmesi ve çalışmalara dâhil etmesi.
14. Devletin, NSU mağdurlarının unutulmamasını sağlamak için, mağdurları resmi yas törenleri dâhilinde yıllık olarak anması.
15. Nazi rejiminin bir devamı olan NSU terörünün, okullarda tarih öğretiminin bir parçası olarak müfredata dâhil edilmesi.

Ek 1: NSU-Terör kroniği

1996: “Thüringer Heimatschutz” (THS) kuruldu. Aktivistlerden birisi Anayasayı Koruma Dairesi’ne bir ajan olarak kayıtlı idi ve devlete sağ çevreden bilgiler pazarlıyordu. Brandt’ın yanı sıra NSU-üçlüsü ve de daha sonra NPD-görevlileri THS’de aktif görevler almışlardır.

1998: Jena’da polisler NSU teröristlerin bir bomba atölyesini ortaya çıkarmıştır. “Polis hatalarından” dolayı NSU- üçlüsü kaçmayı başarmıştır.

1999: Faili meçhul suçlular birkaç doğu Alman eyaletinde en az 14 banka soygunundan oluşan bir dizi soygun yaptılar. Daha sonra bu eylemler NSU’ya atfedilmiştir.

Temmuz 2000: Duesseldorf’da gerçekleşen bir saldırıda doğu Avrupa’dan gelen göçmenler yaralanmıştır. Ana karnındaki bir çocuk öldürülmüştür. Failler bilinmemektedir. Eylemin ortaya çıkmasıyla, suç yeniden NSU’ya atfedilmiştir.

Eylül 2000: Nürnberg’te bir Türk çiçekçi katledilir.

Ocak 2001: Köln’de 19 yaşındaki Alman-İranlı bir kız ailesinin gıda mağazasında ağır bir şekilde yaralanır.

Haziran 2001: Nürnberg’de fabrika işçisi ve terzi olan Abdurrahim Özüdoğru katledilir.

Haziran 2001: Hamburg’da manav olan Süleyman Taşköprü katledilir.

Ağustos 2001: Münih’te Habil Kılıç katledilir.

Şubat 2004: Rostock’da döner satıcısı Mehmet Turgut katledilir.

Haziran 2004: Köln’de yapılan bir çivili bomba saldırısında 22 kişi yaralanır, hemen hemen hepsi Türk’tür.

Haziran 2005: Nürnberg’de döner işletmecisi İsmail Yaşar katledilir.

Haziran 2005: Münih’te anahtarıcı dükkanı sahibi Theodoros Boulgarides katledilir.

Nisan 2006: Dortmund’da büfe işletmecisi Mehmet Kubaşık katledilir.

Nisan 2006: Kassel’de internet cafe işletmecisi Halit Yozgat katledilir.

Nisan 2007: Heilbronn’da 22 yaşındaki bir polis memuresi katledilir. Meslektaşı ağır yaralı olarak hayatta kalır.

Kasım 2011: Leipzig bölgesinde, Döbeln’de bir döner işletmecisi katledilir. Failler kaçır.

4 Kasım 2011: Eisenach’ta (Thüringen) gerçekleştirilen bir banka soygunu sonrası, Eisenach kenar mahallesinde Uwe Bönhardt ve Uwe Mundlos tamamen yanmış karavanları içinde ölü olarak bulunmuşlardır. İddialara göre Uwe Mundlos ilk olarak

suç ortağını vurmuş, karavanı ateşe vermiş ve akabinde intihar etmiştir. Zwickau'da (Saksonya) bu iki muhtemel banka soyguncusunun, Beate Zschäpe ile birlikte yaşadıkları ev yanmaya başlar ve tamamen yıkılır.

15 Kasım 2011: Kassel'deki cinayet sırasında Hessen Anayasayı Koruma Dairesi çalışanlarından birisinin olay mahallinde olduğu ortaya çıkar. Bu kişi şu anda Hessen'de bir ilçe yönetiminde çalışmaktadır.

18 Kasım 2011: Hükümet ve eyaletler sağcı şiddetin faillerinin araştırılması için merkezi bir bilgi bankası oluşturmasına karar verirler. Buna ek olarak, bir „sağ savunma merkezi“ kurulması talep edilir. NPD yasağı tekrar gündeme geri gelmiştir.

3 Aralık 2011: Muhtemelen NSU Saarland'ta da bir dizi kundaklamalara dâhil olmuştu. Basında çıkan haberlere göre 3 Eylül 2006 ile 3 Eylül 2011 tarihleri arasında Völklingen'de, içinde İtalyanların, Afrikalıların, ve özellikle de Türklerin yaşadığı evler kundaklanmıştır. Bu on bir kundaklamada çocuklar da dâhil en az 20 kişi yaralanmıştır.

15 Aralık 2011: Eyaletler ortaklaşa ve hızlı bir şekilde NPD'nin yasaklanması için mahkemeye başvuracaklarını açıkladılar.

18 Aralık 2011: Medya, Şubat 1998'de Thüringen Neo-Nazi üçlüsünün ortadan kaybolması sonrasında, Thüringen Anayasayı Koruma Dairesi'nin polisin arama faaliyetlerini sabote ettiğini bildirmektedir.

31 Aralık 2011: Medya, Anayasayı Koruma Dairesi'nin NSU'nun birçok kez peşinde olduğunu, ancak hiçbir faaliyette bulunmadığını bildirmektedir.

26 Ocak 2012: Tüm meclis partileri NSU terörünü araştırmak için bir soruşturma komisyonunun kurulmasını kabul etmektedirler.

18 Ocak 2012: Federal hükümet aşırı sağcılar hakkında toplanan bilgiler ile yeni bir bilgi bankasının oluşturulmasına karar verdi. Bunun içinde Anayasayı Koruma Dairesi, polisin ve askeri savunmanın tüm bilgileri toplanacaktır.

26 Ocak 2012: Thüringen meclisi NSU terör soruşturma komisyonu kurmaya karar verdi.

30 Ocak 2012: İlk NSU mağdurları 5.000 ila 10.000 Euro arasında tazminat alıyor.

8 Şubat 2012: Neo-Nazi cinayetlerini aydınlatmak ve Anayasayı Koruma Dairesinin rolünü vurgulamak için bir devlet-eyalet komisyonu yardımcı olacaktır. Muhalefet bu heyetin gereksiz olduğunu savunmaktadır.

12 Şubat 2012: BKA (Federal Kriminal Dairesi) şefi Ziercke, dairesinin NSU sağcı teröristlerin kanıtlarını imha ettirdiği iddiasını kabul etmemektedir.

23 Şubat 2012: Berlin'de NSU mağdurları için anma töreni. Almanya Başbakanı An-

gela Merkel mağdurların ailelerinden „af“ diledi.

7 Mart 2012: Saksonya’da, SPD, Yeşiller ve Sol Parti’nin oyları ile NSU-araştırma komitesi kuruldu. CDU, FDP ve NPD oy kullanmamıştır.

15 Mayıs 2012: Gerhard Schäfer Thüringen güvenlik kurumlarının çalışmaları hakkında kendi raporunu sundu. Ancak daha sonra Schäfer’in komisyona tüm belgeleri ibraz etmediği anlaşılmaktadır.

24 Mayıs 2012: Eski Bavyera İçişleri Bakanı Günther Beckstein Federal Meclis soruşturma komitesi önünde eleştirileri reddetmektedir. Kendisi güvenlik yetkilileri tarafından ortaya konmuş olan herhangi bir ihmali görmüyordu.

25 Mayıs 2012: Federal Mahkeme şüpheli olan NSU destekçilerine karşı tutuklama emrini iptal etti.

29 Mayıs 2012: Başsavcı, Neo- Nazi hücreleri NSU’nun diğer iki şüpheli destekçisinin serbest bırakılması talimatını vermiştir.

14 Haziran 2012: Federal Mahkeme NSU davasındaki bir başka tutuklama emrini iptal etmektedir.

28 Haziran 2012: Anayasayı Koruma Dairesi Neo-Nazi üçlüsünün ortaya çıkmasından sonra NSU terör serisinin soruşturması esnasında edinilen belgeleri imha etmiştir.

2 Temmuz 2012: Anayasa Koruma Dairesi Başkanı Heinz Fromm süresi dolmadan önce görevini bırakır.

5 Temmuz 2012: İçişleri Bakanı Hans-Peter Friedrich ARD televizyon kanalında, Anayasayı Koruma Dairesi tarafınca NSU ortamından gelen kişilerin ajan olarak kullanmadığını varsaydığını söylemiştir.

7 Temmuz 2012: Thüringen Anayasayı Koruma Dairesi Başkanı Thomas Sippel, Neo-Nazi terör hücreleri ilişkisinden dolayı görevini bırakmıştır.

9 Temmuz 2012: Thüringen Anayasayı Koruma Dairesi Başkanı Helmut Roewer polislerin ajanlara, polis baskınlarını önceden haber verdiği iddiasını reddetmektedir. Daha sonra polislerin Neo-Nazilere bilgiler verdiği ortaya çıkmıştır.

11 Temmuz 2012: Saksonya Anayasayı Koruma Dairesi Şefi Reinhard Boos istifa etmiştir.

14 Temmuz 2012: Basında çıkan haberlere göre Sakson Anayasayı Koruma Dairesi terör hücreleri NSU evraklarını imha etmiştir. Yetkililer ise bunu yalanlamışlardır.

15 Temmuz 2012: NSU’nun ortaya çıkmasının sekiz ay sonra, Thüringen’de NSU ile ilişkili 20 klasör ortaya çıkmıştır.

- 18 Temmuz 2012:** Anayasayı Koruma Dairesi, gelecek zamandaki çalışmalarında da "İslamcı teröre" karşı mücadeleye ağırlık vereceğini beyan etmiştir..
- 19 Temmuz 2012:** İçişleri Bakanlığı'nın NSU'nun ortaya çıkmasından on gün sonra, aşırı sağ konulu Anayasayı Koruma Dairesi dosyalarının imhası için talimat verdiği ortaya çıkmıştır.
- 27 Ağustos 2012:** Eski Anayasayı Koruma Dairesi Başkanı Heinz Fromm, Federal Meclisin, NSU Anayasayı Koruma Komitesi önünde, Kasım 2007'de Neo-Nazi cinayetler serisinin ortaya çıkmasıyla aşırı sağcı çevrelerinin ajanları hakkındaki dosyaların nasıl imha edilebildiği konusuna açıklık getirememiştir.
- 28 Ağustos 2012:** Hükümet ve eyaletlerin içişleri bakanları iç istihbarat reformunu tartışmaktadırlar.
- 11 Eylül 2012:** Aşırı sağcı faaliyetlerinden ötürü, askerlik hizmeti sırasında, daha sonra NSU teröristi olacak olan, Uwe Mundlos'un Mart 1995 tarihinde Askeri İstihbarat Teşkilatı tarafından sorgulandığı ortaya çıkmıştır. Savunma Bakanlığı böyle bir dosya mevcudiyetinden haberdar idi, ancak Federal Meclis araştırma komisyonuna bu konuda bilgi vermedi.
- 13 Eylül 2012:** Saksonya Anhalt'da Anayasayı Koruma Dairesi Müdürü Volker Limburg görevinden istifa etmiştir.
- 13 Eylül 2012:** Şüpheli bir NSU yardımcısının on yıldan fazla Berlin eyalet polisinde bir ajan olarak çalıştığı ortaya çıkmıştır.
- 18 Eylül 2012:** Berlin İçişleri Bakanı Frank Henkel Berlin parlamentosunun İçişleri Komitesi önünde NSU soruşturmaları çalışmalarında yapılan hataları itiraf etmiştir.
- 19 Eylül 2012:** İçişleri Bakanı Friedrich yeni Neo-Nazi bileşik bilgi bankasını işleme açmaktadır. Muhalefet ise, bu bilgi bankasının NSU cinayetlerini engelleyemeyecek nitelikte olduğunu söyleyerek eleştirdide bulunmuştur.
- 20 Eylül 2012:** Medya Anayasayı Koruma Dairesi'nin de bir ajana ödeme yapmış olduğunu bildirmektedir.
- 21 Eylül 2012:** Bavyera'da dördüncü NSU araştırma komisyonu çalışmalarına başlamıştır.
- 24 Eylül 2012:** Dortmund'ta, NSU mağduru Mehmet Kubaşık anısına bir anıt taşının açılış töreni düzenlenmiştir.
- 28 Eylül 2012:** Hessen Başbakanı Volker Bouffier, Federal Meclis NSU araştırma komisyonu önünde ifade veriyor ve her türlü hatayı reddediyor. Kendisi cinayet davasında soruşturmayı engellediği gerekçesiyle suçlanıyor.

- 1 Ekim 2012:** Halit Yozgat'ın anısına Kassel'de Halitplatz'ın (Halit meydanı'nın) açılış töreni düzenlenmiştir.
- 8 Ekim 2012:** Thüringen Anayasayı Koruma Dairesi'nin araştırma komisyonuna yaklaşık 780 dosya içinde ajanların açık isimlerini sundu, bu durum çok eleştirildi. Ajanların korunmasına öncelik tanınması gerektiği öne sürüldü.
- 10 Ekim 2012:** Basında çıkan haberlere göre, yılsonuna kadar NSU olayı hakkında dava açılacaktır. Dava Mart 2013 tarihinde başlayacaktır.
- 15 Ekim 2012:** Bir Neo-Nazi grubunun şarkıcısı halk kışkırtmasından dolayı şartlı tutuklama kararı ile para cezasına çarptırılmıştır. Bir şarkıda, şarkıcı "Döner Katilinin" cinayetlerini okumuştur.
- 17 Ekim 2012:** Bir soruşturma raporuna göre Baden-Württemberg Anayasayı Koruma Dairesi'nin bir çalışanı ırkçı Ku Klux Klan'ın (KKK) bir Alman şubesi başkanına iş sırlarını aktarmıştır.
- 18 Ekim 2012:** Eski Anayasayı Koruma Dairesi yetkilisi Fritsche Federal Meclis Araştırma Komisyonu önünde yaptığı açıklamada herhangi bir hata yapıldığını kesinlikle reddetmiştir.

Ek 2: NSU seri cinayetleri hakkında KRM'in tepkileri

15.11.2011 tarihli basın açıklaması

Almanya Müslümanlar Koordinasyon Konseyi (KRM) sağcı terörizmin aydınlatılması ve ona karşı mücadele edilmesi için çağrıda bulunuyor

Müslümanların Koordinasyon Konseyi, siyaseti ve yargıyı sağcı ırkçılığı ve onların terörist aşırılıklarını artık basite almamaları için ve böylece başka insanların etnik kökenleri veya dini inançlarından dolayı bu teröre kurban verilmemesi için bunlar ile mücadele edilmesi çağrısında bulunuyor. KRM, Almanya'daki sağcı terör ve ağları ile ilgili güncel korku saçan bulguları, büyük endişe ve dikkatle takip etmektedir.

Belirli bir süredir aşırı sağcı teröristlerin çok rahat bir şekilde Almanya'da dolaşıp, soğukkanlılıkla insanları katletmeleri, terör saldırıları düzenlemeleri ve bugüne kadar güvenlik güçlerinden bir terör hücresi olarak tespit edilmeden faaliyetlerini yürütebilmeleri gerçeği, güven duygusunu sarsmakta ve herkesi korkutmaktadır.

Federal ve eyalet güvenlik teşkilatlarının bu korkunç suçları ve cinayetleri, ırkçı ve terörist eylemler olarak kabul etmemiş olmaları çok düşündürücüdür. KRM'e göre, bu feci sonuçlar doğuran yanlış değerlendirmeler, aşırı sağcıları ve şiddet yanlılarını, eylemlerini gerçekleştirebilmeleri yönündeteşvik etmiştir ve KRM daha fazla da teşvik edileceklerinden de endişelidir.

Bu bağlamda, o dönemlerde Müslüman topluluğun sağcı çevrelerdeki artan radikalleşmeyi ve bunun ile bağlantılı olarak göçmenlere ve camilere yapılan saldırıların arttığını tespit edilmiş olmasına rağmen, şiddete hazır aşırı sağcıların sayısının artması konusunun Alman İslam Konferansı (DIK) kapsamında, gündeme alınmamasını anlamak mümkün değildir..

KRM sözcüsü Alboğa bununla ilgili; "Sarsılan güven duygusu çok büyüktür, aynı şekilde aydınlatılma gereksinimi de. Şimdi yeni olarak tartışılmaya başlanan, Almanya çapında göçmenlere ve ibadet yerlerine karşı yapılan saldırılar mevcuttur. Bu ortamda

göçmenler ve Müslümanlar olaylar karşısında şaşkın, şoke olmuş ve korkar bir vaziyettedirler. Bu olaylara ilişkin aydınlatılma süreci, radikalleşmişve şiddete hazır çevrelere işledikleri suçların bir hukuk devletin gösterebileceği tüm sertliğiyle cezalandırılacaklarını ve tüm vatandaşların güvenliği, özellikle de göçmenlerin güvenliği, her zaman ön planda olacağı sinyalini vermelidir.,diyerek açıklamada bulunmuştur.

Bu nedenle KRM, cinayetlerin bir son bulması ve evlere veya camilere yapılan saldırıların gerçekleştirilmemesi için siyaset ve yargıya, bu aşırı sağcı ağın, onun uzantılarının ve ırkçılığın artık tehlikesizmiş gibi göstermeleri yerine gerekli tedbirlerin alınması için, çağrıda bulunmaktadır.

23.11.2011 tarihli basın açıklaması

Alman hükümetine ve kamuoyuna açık bir mektup – aşırı sağcı görüşler toplumumuzda birlikte yaşamak için bir tehlikedir ve demokrasimizi tehdit etmektedir.

Sayın bayanlar ve baylar,

Aşırı sağcı faillerin yeraltında ve hiç engellenmeden ve fark edilmeden birçok sayıda kurban verilmesine yol açan eylemleri hepimizi sarsmıştır.

Bu olay güvenlik kurumlarının utanç verici başarısızlığının yanı sıra, çok derin ve acı verici bir skandal olarak Alman tarihinde yerini alacaktır. Aşırı sağ terör, vatandaşların devlet kurumlarına olan güvenini büyük ölçüde zedelemiştir. Vatandaşlarını koruması gereken devlet, farklı etnik köken ve dine mensup insanlara karşı kin dolu cinayetleri engelleyememiştir. Devlet kurumlarının bu olaya muhtemelen karışmış olması, faillerin üstüne gidilmemesi ve hatta korunmasının konuşulması durumun dehşet boyutunu arttırmaktadır. Katledilenler için yürütülen soruşturmalar esnasında, yargılama öncesinde ortaya çıkan aşırı sağ motifli odakların ve polisiye entrikaların göz ardı edilerek, katledilenlerin olaya karışmış olma iddiası, sadece mağdurları değil, ailelerini de derinden yaralamıştır. Güvenlik güçlerinin birçok değerlendirilmemiş imkanla erken müdahalesi bu cinayetleri engelleyebilirdi.

Tüm katledilen ailelerine başsağlığı dileklerimizi iletiyoruz. Bilmelidirler ki; onların arkasındayız ve bu korkunç olayların açıklığa kavuşturulmasını sağlayacağız.

Almanya’da yaşayan Müslümanlar olarak olağanüstü derecede endişeliyiz ve bugünlerde güvensizliğin verdiği baskı ve korku duygularıyla yaşıyoruz. Aralarında binlerce Müslüman ve Türk’ün isminin ve kuruluşunun yer aldığı ölüm listesinin varlığı, kendi isminin veya kuruluşunun adının hedef kişi veya kurum olarak listede bulunup bulunmamasından haberdar olunmamasının acizliği, korkuya yol açmakta, endişeyle karşılanmaktadır.

Solingen ve Mölln yaraları, Marwa Sherbini’nin mahkeme salonunda öldürülmesi, göç-

menlerin ev ve camilerinin kundaklanması ve en sonunda akıl almaz kanlı Nazi cinayetleri serisinden sonra tekrar açılmıştır.

Gelinen noktada akla şu soru gelmektedir: Aşırı sağcılığı ve terörizmi ülkemizde kim besliyor?

Olaylara oldukça uzun bir süre uzaktan bakıldı. Hayal ürünü İslam tehlikesinin gölgesinde aşırı sağ engelsiz bir şekilde yayılabildi. İyi maksatlarla ortak yaşamın geliştirilmesi hedefi için sürdürülmüş Alman Milli Uyum Planı ve Alman İslam Konferansı, Müslümanlar hakkındaki bozuk resmi değıştirmek için. Çünkü güvenlik tartışmaları bu sürece üstün gelmiştir.

Yanlış uyum politikası, Türk ve Müslümanların zorunlu evlilik, başörtüsü yasağı veya Almanya'nın İslamlaştırılması konuları bağlamında sorunsallaştırılması, Türk vatandaşlarının aile birleşiminin zorlaştırılması gibi tartışmalar Alman halkının büyük bir kısmının İslam ve Müslümanları tehlike olarak algılamasını sağlamıştır.

Uyum sorununu konu alan medyadaki tek taraflı haberler sonuç olarak Türklerin ve İslam'ın olumsuz imajına genel olarak destek olmuştur.

Bundan başka aşırı sağcılar, göçmenler, Müslümanlar ve İslam'a karşı fikir, tehdit, kin ve kışkırtmaları düşünce özgürlüğü bahanesiyle Müslüman karşıtı internet sayfalarında yayılmıştır. Demokrasi, eşitlik ve azınlıkların toplumdaki katılım şanslarının artması için mücadele eden insanlar, aşırı sağcılar tarafından alaylı olarak ve „saflar“ anlamında “iyi insanlar” olarak yadırganmakta ve karalanmaktadır. Oysa amellerimizde iyiyi takip etmek hepimizin hedefi olmalıdır.

Aşırı sağcılık ve ırkçılık mevcut destekleyici ortamda büyüebilmiştir ve aşırı sağcı kundakçılar ideolojilerini haklı gösterme imkanı bulmuşlardır. Son 10 yıl içinde aşırı sağcılık; çoğu insanların hiç bu boyutlara ulaşabileceğini düşünemediği seviyeye gelmiştir. Boyutları görülemeyecek kadar dev bir örgü ve korunaklı bir yapıdaki terör ağı oluşmuş ve muhtemelen güvenlik kurumlarına sızmıştır. Bu durum sadece göçmen ve Müslümanları değil, demokrasimizi de tehdit etmektedir.

Müslümanlar Koordinasyon Kurulu olarak, aşırı sağın toplum ve politika için yarat- tıkları tehlikelere sürekli dikkat çektik ve maalesef (bunların) pek çoğu sağır kulaklara çarpmıştır. Müslüman sivil toplum örgütleri ve temsilcileri olarak, seri cinayetlerin açıklığa kavuşması gerekliliğini acil bir ihtiyaç olarak görmekteyiz. Ülkemizdeki etnik ve dini çeşitlilik; bir zenginliktir ve korunması gereklidir. Bu çeşitliliğe farklı renk, farklı din ve farklı hayat tarzına sahip bütün insanlar dahildir.

Çeşitliliğin normalleştirilmesinin zamanıdır!

Bundan dolayı Federal Hükümete ve tüm vatandaşlara sesleniyoruz;

Ülkemizin itibarı ve ilerlemesi için çeşitlilik çok önemlidir; bu sebepten dolayı herkesin farklı insanları kabul etmeyi teşvik eden bir kültürün gelişmesineve uygun bir atmosferin oluşmasına destek vermelerini istiyoruz,

Yaygın, toplumun içine girmiş aşırı sağ düşünceye karşı, etkili önlemlerle örneğin vatandaşların aydınlatılması ve bilgilendirilmesi suretiyle, mücadele edilmesi,

Devlet teşkilatı içindeki tüm sorumluların, yanıltma, üstünü kapatma ve baştan savma iş görmeleri, kanıtları kasıtlı olarak saklı tutmayla, yanıltmalarıyla aşırı sağcı teröristleri izleme görevlerini yerine getirmemelerinin hesabının sorulması,

Teröristlerin ve bunların arkasındaki şahısların tümünün aranıp bulunması, mahkeme- meye çıkartılması, evlere, kişilere, camilere ve mezarlıklara yönelik (örneğin; Ludwigs- hafen) açıklığa kavuşmamış saldırılarla ilgili verilerin tekrar değerlendirilmesi,

Aşırı sağ görüşün okullar, kamuya yönelik alanlar ve devlet kurumlarında yayılma- sına karşı mücadele edilmesi ve ilişkisi tespit edilen bu görüşteki kişilerin kurumlardan uzaklaştırılması,

Göçmen kökenlilerin ve Müslümanların gündelik ve iş hayatında, resmi makamlarda ayrımcılığa uğramasına karşı kararlı mücadele edilmesi,

İslam düşmanlığı ve aşırı sağla mücadelenin, İslam ve Müslümanlar bağlamında temel konu olarak, hem Almanya İslam Konferansı gündeminde, hem de güvenlik işbirliğinde yerini alması ve Müslümanlar ile Müslüman kurumların korunmasına yönelik önleyici tedbirlerin hayata geçirilmesi,

İslam ve Müslüman karşıtı suçların, güvenlik makamları tarafından bugüne kadar yapıldığı gibi “siyasi motifli suçlar” olarak değil, kendi başlığı altında listeye alınması.

Bu çağrıya ilk imza koyan kuruluşlar ve temsilciler sırayla belirtilmektedir. Bu belge farklı birçok iletişim yolu vasıtasıyla da imzaya açılacaktır. (www.koordinationsrat.de).

İlk imzalayanlar:

İsim veya Organizasyon

1. Koordinationsrat der Muslime (KRM) – Müslümanlar Koordinasyon Konseyi
2. DITIB Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. – Diyanet İşleri Türk İslam Birliği
3. VIKZ Verband der Islamischen Kulturzentren – İslam Kültür Merkezleri Birliği
4. ZMD Zentralrat der Muslime in Deutschland – Almanya’daki Müslümanların Merkez Konseyi
5. Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland – Federal Almanya Cumhuriyeti İslam Konseyi
6. Verein unabhängiger Industrieller und Unternehmer e.V. – Müstakil Sanayici ve İşadamları Derneği
7. Deutschsprachiger Muslimkreis e.V. – Almanca Konuşan Müslüman Birliği
8. Türk UNID Türkischer Studentenverein Köln – Türk Öğrenci Derneği Köln
9. AIB Europäischer Arbeitgeber und Akademiker Verband in NRW – Avrupalı İşverenler ve NRW Akademisyenler Birliği
10. NITAB Niederrhein türkischer Akademiker Bund – Niederrhein Türk Akademisyenler Birliği

11. Türkischer Caferiten Union in Europa – Avrupa'daki Türk Caferi Birliđi
12. Köln Malatyalılar Verein – Malatyalılar Derneđi Köln
13. UETD Union Europäisch Türkischer Demokraten – Avrupalı Türk Demokratlar Birliđi
14. IGMG Islamische Gemeinschaft Milli Görüs – İslam Toplumu Milli Görüş
15. Köln Galatasaraylılar 1997 e.V. – Galatasaraylılar Köln 1997
16. Islamische Religionsgemeinschaft Hessen – Hessen İslam Toplumu
17. ATIAD Verband türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa e.V. – Avrupadaki Türk Sanayici ve Girişimciler Derneđi
18. AAIB Alevitisch-islamische- Union-Deutschland e.V. – Alevi İslam Birliđi Almanya
19. Zentralrat der Marrokaner in Deutschland – Almanya Faslılar Merkez Konseyi
20. Islamische Gemeinschaft Jama'at-un Nur Deutschland – İslam Toplumu Almanya Nur Cemaati
21. Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung – Türk Çalışmaları ve Entegrasyon Araştırma Merkezi
22. ABTTF Föderation der West-Thrakien Türken in Europa – Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu
23. BTEU Bund Türkisch Europäischer Unternehmer – Avrupa Girişimciler Türk Federasyonu
24. ABAF Avrupa. Ehli-Beyt. Alevi. Federasyonu. -
25. TGB Türkische Gemeinde zu Berlin e.V. – Berlin Türk Toplumu
26. Sineb El Masrar, Magazin Gazelle – Gazelle Dergisi
27. TD-Plattform e.V. -
28. IGBD Islamische Gemeinschaft der Bosniaken e.V. – Boşnak İslam Cemaati

15.01.2012 tarihli basın açıklaması

Almanya'daki Müslümanlar Koordinasyon Konseyi Neo-Nazi terörü serisini aydınlatmak için bir soruşturma komisyonu kurulmasını memnuniyetle karşılamaktadır

Soğukkanlı Neo-Nazi terörü serisinin açıklanması sonrasında birçok soru hala yanıtız kalmıştır. Birçok insan ve siyasi çevre halen birçok haklı sebeplerle sorular sormaktadır, Almanya'da aşırı sağcı teröristler on yıldır saklanıp suçsuz insanları nasıl öldürebilmişlerdir.

Ankara Hacettepe Üniversitesi Göçmenler ve Siyasi Araştırmalar Merkezi'nin temsili bir araştırmasına göre göçmen kökenli insanların, özellikle Türk kökenli insanların Alman hükümetine karşı olan güvenleri derin bir şekilde sarsılmıştır. Bunun bir devamı olarak ise güvenlik yetkililerine karşı şüpheler artmıştır. Araştırmada "Aslında Türker için Almanya düzenli, intizamlı ve çok iyi işleyen güvenlik kurumlarına sahip bir ülkedir. Bu nedenle ankete katılanların çoğu, on yıldır bu cinayetlerin neden aydınlatılmadığını anlamamaktadırlar", tesbitinde bulunulmuştur. İsteksiz ve yavaş ilerleyen aydınlatma işlerinden dolayı, özellikle mağdurların aileleri Alman hukuk devletine olan güvenlerini kaybetmektedirler.

KRM'in sözcüsü Bekir Alboğa, "Bir araştırma komisyonunun kuruluşunu memnuniyetle karşılıyor. Federal Meclis'in araştırmalardaki başarısızlığın, ailelere ve kamuya aydınlatması önemli bir semboldür", şeklinde açıklama yapmıştır. Alboğa, vatandaşlarının korunması ve terör cinayetlerinin kesinlikle aydınlatılması hukuk devletinin doğasının bir parçasıdır, şeklinde sözlerine devam etmiştir.

Bu gelişmeler sonrasında İslami derneklerin camii ve cemaatlerine yapılan saldırılar ve hakaretler ile ilgili olayların bu bağlamda rakamsal olarak yeniden değerlendirilmesi talebi düşündürücüdür. Son yirmi yılda gerçekleşen suçların toplamından daha fazlasının son iki yıl içinde işlenmesi, artan sağ çevrelerde şiddete ve suç işlemeye hazır oluşun bir göstergesidir. Alboğa, "Göçmenlerin ve Müslümanların güvenlik gereksinimleri doğrultusunda, komisyonun en kısa zamanda sonuçları sunmasını ve bu bağlamda kaybedilen güvenin tekrar inşa edilmesini ümit ediyoruz", ifadeleriyle konuşmasını tamamlamıştır.

23.02.2012 tarihli basın açıklaması

Müslümanlar Koordinasyon Konseyi, Berlin’de bir anma töreninde Neo-Nazi cinayet serisi mağdurlarını anmaktadır

Köln, 23.02.2012 tarihi, Perşembe günü – Bugün bir anma töreni ile Neo-Nazi cinayet serisi mağdurları anılacaktır.

Bu anma töreni aşırı sağcı terör grubu NSU’nun mağdur ettiği insanlar adına düzenlenmiştir. NSU Almanya’da fark edilmeden göçmen kökenli insanları planlı bir şekilde Neo-Nazi düşünceleri doğrultusunda katledebiliyordu. Almanya Müslümanlar Koordinasyon Konseyi sözcüsü Bekir Alboğa, halen Almanya’da Neo-Nazi ve aşırı sağ motiflerle insanların öldürülmesini ve hemen hemen günde 3, yılda yaklaşık 900 Neo-Nazi kaynaklı suçun işlenmesini ve göçmenlere, Müslümanlara ve onların kuruluşlarına saldırılar düzenlenmesini bir dehşet olarak değerlendiriyor.

Böylece bugün bu suçlar dolayısıyla mağdur olmuş ve toplumsal zihinlerimize kazınacak olan bu insanları anacağız: Enver Şimşek, Abdurrahim Özdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Theodoros Bulgarides ve Michele Kiesewetter.

Mağdurların ailelerine KRM olarak tekrar başsağlığı dilemek istiyoruz.

KRM sözcüsü, Bekir Alboğa, gelişen olayları şu şekilde özetlemektedir: “Aşırı sağcı suçluların engellemeden ve fark edilmeden gerçekleştirdiği eylemleri ve birçok kişiyi mağdur etmeleri bizleri derinden etkilemektedir. Aşırı sağcı terör tüm vatandaşların devlet kurumlarına olan güvenini büyük ölçüde zedelemiştir. Vatandaşlarını korumakla yükümlü hükümet, suçsuz ve farklı etnik köken ve dinlere mensup insanlara karşı gerçekleştirilen bu nefret dolu cinayetleri engelleyememiştir. Katledilen kişilerin baştan yargılanarak ve suç örgütlerine yakınlıkları olduğunu varsayarak araştırmaların bu yönde sürdürülmesi ve aşırı sağcı bir arka planın olabileceği ihtimalini gözardı ederek, sadece mağdurlara değil, ailelerine hakaret edilmiş küçük düşürülmüşlerdir. Güvenlik güçleri eline geçen fırsatları zamanında değerlendirseydi, bu cinayetler engellenebilirdi.”

Müslümanların Koordinasyon Konseyi bu bağlamda, 23 Kasım 2011 tarihinde Alman hükümetine ve Alman kamuoyuna açık bir mektup ile seslenmiştir, bu mektup birçok İslami topluluk ve birçok farklı göçmen organizasyonu tarafından imzalanmıştır.

Bekir Alboğa sözlerine şöyle devam etti: “Müslümanlar Koordinasyon Kurulu olarak, aşırı sağın toplum ve politika için yarattığı tehlikelere sürekli dikkat çektik ve maalesef (bunların) pek çoğu duymazlıktan gelindi. Müslüman sivil toplum örgütleri ve temsilcileri olarak, seri cinayetlerin açıklığa kavuşması gerekliliğinin ötesinde acil bir eyleme ihtiyaç olduğunu görmekteyiz.”

Neo-Nazi terör grubunun mağdurları, Mölln ve Solingen’den sonra bir ibret anıtı olarak Alman tarihinde yerlerini alacaklardır, bununla birlikte bizler sağ terörü mağdurlarının tekrar anılmasına ihtiyaç kalmamasını umuyoruz. Aslında bu tür eylemlerin sürekli tekrarlanması Neo-Nazi düşüncesinin toplumdan ilelebet uzaklaştırma çabalarının başarılı olmadığını göstermektedir.

Alboğa ayrıca, “Federal Alman Meclisi’nin bir araştırma komisyonunu kurması ve bugünkü merkezi anma töreni, tüm Alman toplumunun ırkçılığa ve yabancı düşmanlığına karşı bir sembolü olarak görülebilir. Ancak aşırı sağcı suçları nihai bir şekilde yok etmek için, bu yeterli olmayacaktır. Demokratik bir hukuk düzeninin korunabilmesi için, aşırı sağcı radikalliğin kabul gördüğü zeminin kurutulması gerekmektedir“, açıklamasında bulundu.

Alboğa, “Yeni atanan cumhurbaşkanının çeşitliliği ile topluluğumuzun birlikteliğini ve kaynaşmasını desteklemesini ümit ediyoruz. Göçmen ve Müslümanlar da dâhil olmak üzere, vatandaşlık haklarının teşviki ve bu çerçevede aynı şekilde Müslümanların da dini özgürlüklerine kavuşması cumhurbaşkanımız için önem arz etmelidir. Ülkemizdeki etnik ve dini çeşitlilik bir kazançtır ve korunması gereklidir. Buna İslam da dâhildir.“ ifadeleriyle konuşmasını tamamlamıştır.

28.05.2012 tarihli basın açıklaması

Unutamayız, unutmak istemiyoruz, görmemezlikten gelmek ve suskun kalmak istemiyoruz!

Genç ailesiyle birlikte, Solingen kenti sakinleri ve tüm Almanya ile dayanışma içinde cemiyetlerimizde bu kalles, hain ve trajik kundaklamanın mağdurlarını anıyoruz. Üzüntü-lüyüz ve 29 Mayıs 1993 tarihinde beş Türk kızın ve bir kadının hayatlarının çalındığını hatırlıyoruz. 1990'lı yıllarda, aşırı sağcı şiddetin en üst düzeyde olduğu dönemde vuku bulan bu korkunç tecrübe, Alman toplumunun ve burada yaşayan göçmenlerin ortak hafızlarında silinmez bir iz bırakmıştır.

Solingen saldırısı, yabancıların sürekli Alman toplumu için bir tehlike oluşturduğu söylemlerinin revaç gördüğü bir esnada gerçekleştirilmiştir. Korkular körüklenerek, “yabancılaşma” , “devlet iflasın eşiğinde”, “gemi batmak üzere” gibi düşüncesizce sarf edilen sözlerle aşırı sağ düşüncesi ve önyargılar toplumda kabul görür hale gelmiştir. “Yabancılara ve sığınmacılara” karşı estirilen bu soğuk ve korku dolu atmosferde, aşırı sağcılar kendilerini haklı görmeye başlamış ve toplumda bugünkü acı sonuçları doğuran bir hareketlilik yaşanmış ve yabancı düşmanlığı ivme kazanmıştır. Özellikle bu durum, toplumdaki gelişmeler için yıkıcı nitelikte olmuştur.

Evrensel insan haklarının, özgürlüklerin ve kişisel hürriyetin bütün toplumu kapsamı için mücadelenin önem kazandığı bir dönemde insana karşı düşmanlık beslemek, nefret ve şiddet eylemlerine yer yoktur. Bir taraftan aşırı sağcı ve insana karşı düşmanlık beslemek gibii düşünceleri toplumun dışına atma mücadelesi devam ederken, aynı zamanda verilen bu mücadeleye orantılı bir şekilde sorun toplum içerisinde devam etmektedir .

Bundan dolayı ki, “yabancıyı da” toplumun doğal, eşit ve değerli bir ünitesi olarak algılayan, insanları aydınlatan ve insana bakış açısından toplumun bütününe olumlu bir yön verme vazifesi gören, olumlu bir insan anlayışına zemin sağlayacak alt yapı ve aktörlere ihtiyaç duyulmaktadır.

Anlaşılan o ki kapsamlı toplumsal yapılar ve süreçler, olumsuz çağrışimli tartışmalar, olumsuz damgalayıcı sosyopolitik yerleştirmeler ile aşırı sağcı, toplumun marjinalleş-

tirilmiş kesimlere karşı uygulanan şiddet ve nefret olaylarının arasında dolaysız etkileşimler vardır.

DITIB-Federasyonun Başkanı Prof. Ali Dere ise, bu bağlamda şunları söylemiştir: “Bu insanlık dışı eylem kişisel, ailevi ve sosyal yaşamda, bu tür eylemlerin azami derecedeki yıkıcı etkisini gözlerimizin önüne sermektedir. Bu son olay, yani Solingen saldırısı, toplumsal, siyasi ve medya çevrelerinde sürdürülen tartışmaların toplumun barışını ve huzurunu geriye döndürülemez bir biçimde etkilediğini hatırlatmaktadır; ve bunun neticesinde sağcı fikir ve kışkırtma yöntemlerinin toplumda gelişmesine, hoşgörülle karşılaşmasına ve hatta normal görülmesine yol açılmaktadır. Bu noktadan ve güncel gelişmeler doğrultusundan hareket ederek, şaşkınlığımızı ve çaresizliğimizi aşip toplumda bu yanlış gelişmeleri tartışmak ve düşüncelerimizi paylaşmamız gerekir.

Bu tür olaylar ile ilgili geniş çaplı toplumsal bir tartışma acil bir ihtiyaçtır, çünkü toplumda huzurlu bir yaşam ancak toplumumuzun etik değerlerinin öne çıkarılıp, yaşanmasıyla mümkündür. Karşılıklı saygı, karşılıklı farkındalık ve toplumsal empati gibi değerler hem dinin hem de demokrasinin sahip olduğu ortak değerlerdir ve tarihten ders alabilmek, bu olaylar çerçevesinde büyük önem kazanmaktadır.

Siyaset, medya ve toplumu, insan sevgisine dönüş ve vurgu yapmaya, empati ve dürüstlüğe, sosyal dengeye ve toplumda dışlanmış, haksızlığa uğramış ve zayıflara karşı adalete davet ediyorum. Çünkü her millet, her topluluk en zayıf üyesi kadar güçlüdür. Bu bizim ölçümüz olmalıdır.

Genç ailesinin, beş ferdinin anlamsız ölümü bize bunu hatırlatıyor ve bizi bu hususta uyarıyor . Solingen kundaklamasının mağdurlarını da dualarımıza dâhil etmek istiyoruz ve mağdur ailelere sabır ve Allah'ın yardımlarını diliyoruz.

Yönetim Kurulu

DITIB-Federasyonu

Kaynaklar:

- Christiane Kohl: Neo-Nazi-Anschlagsserie und der Verfassungsschutz: 24 Aktenordner - und nichts fiel auf. (Neo-Nazi saldırı serisi ve Anayasa Koruma: 24 dosya klasörü – ve hiçbir şey dikkatimizi çekmemiştir) : Süddeutsche Zeitung, 14 Kasım 2011.
- Verfolgung Thüringer Rechtsextremer. Innenminister zweifelt an eigenen Behörden.(Thüringen’li aşırı sağcıların takibi. İçişleri bakanı kendi yetkililerinden şüpheleniyor): faz.net. 12 Kasım 2011.
- Rechtsextreme Terrorzelle: Früherer Bundesrichter Schäfer soll Rolle der Behörden klären. Ex-Verfassungsschützer erhebt Vorwürfe gegen Polizei. (Aşırı sağ terör hücresi: Eski Federal yargıç Schäfer’in yetkililerin rolünü açıklaması gerekiyor. Eski Anayasa Koruması polisler karşı iddialarda bulunuyor) MDR, 15 Kasım 2011.
- Günther Lachmann, Florian Flade: Rechter Terror: Die mögliche Verbindung der Täter zum Geheimdienst. „Legale illegale Papiere“ sichergestellt. (Sağ terörü: Faillelerin gizli servisle olası bağlantısı. “Yasal yasadışı kâğıtlar” sağlanmıştır.): Welt Online. 13 Kasım 2011.
- „Zwickauer Trio“: Thüringer SEK kurz vor Zugriff „zurückgepiffen“. (“Zwickau üçlüsü”: Thüringen’li SEK yakalamaya yakın “geri çağrılmıştır”.) MDR, 18 Kasım 2011.
- NSU-Ermittlungen: Verfassungsschutz führte drei V-Leute im Umfeld des Terror-Trios. (NSU Araştırmaları: Anayasa Koruma Dairesi, üç ajanı terör üçlüsünün çevresinde konuşlandırmıştır): Spiegel Online. 19 Kasım 2011.
- Pannen bei Neo-Nazi-Fahndung: Thüringer Minister attackiert Ermittler. (Neo-Nazi aramalarındaki hatalar: Thüringen’li Bakan soruşturmacılara saldırıyor): Spiegel Online. 16 Kasım 2011.
- Thüringer Verfassungsschutz: Pleiten, Flops und Pannen, (Thüringen Anayasa Koruma: Hatalar, yenilgiler ve kazalar) Spiegel Online, 19 Aralık 2011.
- “Nationalsozialistischer Untergrund”: Verfassungsschützer womöglich in “Dö-

ner-Mord” involviert. (“Nasyonal sosyalist arka plan”: Anayasa Koruması büyük bir ihtimal ile “döner cinayetlerine” karışmışlar): FAZ. 14 Kasım 2011.

- Neo-Nazi-Mordserie: Niedersachsen räumt Panne bei Terrorfahndung ein. (Neo-Nazi cinayet serisi: Aşağı Saksonya terör aramalarında hataya düşüyor): Süddeutsche Zeitung. 16 Kasım 2011.
- “Beweismittel gegen Zwickauer Zelle vernichtet”, (“Zwickau hücresine karşı deliller imha edilmiştir”) Frankfurter Rundschau, 23 Aralık 2012.
- “Chaos und Streit bei Ermittlungen zu NSU-Morden”(“NSU cinayetleri araştırmasında kaos ve kavga”), Süddeutsche Zeitung, 05 Mayıs 2012.
- „Eine Bande aus den Bergen Anatoliens“ (“Anadolu’nun dağlarından bir çete”), taz, 21 Kasım 2011.
- Severin Weiland: Zwickauer Zelle: Republik im Schockzustand. (Zwickau hücresi: Ülke şokta): Spiegel Online. 13 Kasım 2011.
- Attentat in Norwegen: Welche Gefahr droht in Deutschland durch radikalisierte Einzeltäter? (Norveç’te saldırı: Almanya’yı radikal bireysel saldırganlardan ne gibi tehlike bekliyor): Der Tagesspiegel. 24 Haziran 2011.
- Terror-Enthüllungen: Thüringen stoppt bundesweite Imagekampagne. Bundesanwaltschaft war „überrascht“. (Terör açıklamaları: Thüringen Almanya genelinde imaj kampanyasını durduruyor. Federal Başsavcılığı „şaşırmıştı“): Spiegel Online. 17 Kasım 2011, 25 Kasım 2011 tarihinde indirilmiştir.
- Markus Horeld: Rechtsterrorismus: Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist erschüttert. (Sağ terörizmi: Hukuk devletine olan güven zedelenmiştir): Zeit Online. 14 Kasım 2011.
- Yassin Musharbash: Sicherheitsbehörden in der Kritik: Was die Geheimdienste ändern müssen. (Güvenlik yetkilileri eleştiri altında: Gizli servis neleri değiştirmesi gerekiyor): Spiegel Online. 18 Kasım 2011.
- Nils Minkmar: Geheimdienste: Hauptsache, es macht peng! (Gizli servisler: en önemlisi Peng sesi çıkartmasıdır!): FAZ. 20 Kasım 2011

- “Schily gibt schweren Irrtum zu”, (“Schily ağır hatasını itiraf ediyor”) Tagesspiegel, 19 Nisan 2012.
- Gedenken an die Opfer rechter Gewalt, (Sağcı şiddetin mağdurlarını anma) Die Zeit 13 Kasım 2011.
- Bundestag bittet Angehörige der Opfer um Verzeihung, (Federal Meclis mağdurların ailelerinden af diliyor) Die Zeit 22 Kasım 2011.
- Opfer des Rechtsterrors: Merkel bittet Angehörige um Verzeihung, (Sağ terör mağdurları: Merkel ailelerden özür diliyor) Spiegel 23 Şubat 2012.
- John fordert mehr Hilfe für Angehörige der NSU-Opfer, (John NSU mağdurlarının aileleri için daha fazla yardım talep ediyor) Die Welt 22 Şubat 2012.

Bilimsel Araştırmalar:

- Deutsche Zustände: Das entsicherte Jahrzehnt, von Heitmeyer (IKG). (Almanya’daki durumlar: Kildi açılan on yıl)
- Schmidt-Denter, U. (2011). Die Deutschen und ihre Migranten – Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie. Weinheim: Beltz/Juventa. (Almanlar ve göçmenleri – Avrupa kimlik araştırmasının sonuçları)
- Sinus-Milieustudie “Diskriminierung im Alltag, Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft” (2009) herausgegeben von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) (Sinus Çevre araştırması, “Günlük yaşamda farklı davranışlar, farklı davranışın algılanması ve toplumumuzda farklı davranışa karşı siyaset”)
- Studie: “Rassistische Neo-Nazi-Morde in Deutschland: Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten” – Data 4U, Hacettepe Universität im Januar 2012 (Araştırma: “Almanya’da ırkçı Neo-Nazi cinayetleri: Türk göçmenlerin duygusal durumları ve düşünceleri hakkında araştırma”)

Koordinationsrat der Muslime (KRM)
Coordination Council of Muslims (CRM)
Müslümanlar Koordinasyon Konseyi (KRM)

Korrespondenzadresse | Postal address | Yazışma Adresi:
Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.
Subbelrather Str. 17 · 50823 Köln
Tel: +49 221 869970
Fax: +49 221 8699791
info@koordinationsrat.de